

PROTOKOLL

über die 30. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr

am Donnerstag, 22. März 2001, im Rathaus, 1. Stock hinten,

Gemeinderatssitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 14 Uhr

Anwesend:

BÜRGERMEISTER: Hermann Leithenmayr

VICEBÜRGERMEISTER/IN:

Friederike Mach, Dr. Leopold Pfeil, Ing. David Forstenlechner

STADTRÄTE:

Gerhard Bremm, Roman Eichhübl, Gunter Mayrhofer, Ing. Dietmar Spanring

GEMEINDERÄTE:

Kurt Apfelthaler, Rudolf Blasi, Claudia Durchschlag, Martin Fiala, Mag. Michaela Frech, Monika Freimund, Stefan Fröhlich, Günter Fürweger, Walter Gabath, Roswitha Großalber, Ing. Wolfgang Hack, Wilhelm Hauser, Stephan Keiler, Mag. Gerhard Klausberger, Maria Koppensteiner, Andreas Kupfer, Engelbert Lengauer, Helmut Oberreiter, Walter Oppl, Hans Payrleithner, Edith Radmoser, Elfriede Reznar, Rudolf Schröder, Beatrix Toman, Ingrid Weixlberger

VOM AMT:

MD. OSR Dr. Kurt Schmidl, OMR Mag. Helmut Golda, Dr. Michael Chvatal

ENTSCULDIGT:

GR Helga Feller-Höllner, GR Ing. Klaus Hoflehner, GR Dr. Wilfrid Wetzl

PROTOKOLLFÜHRER:

OAR Anton Obrist, Gabriele Obermair

T A G E S O R D N U N G

- 1) Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der Beschlussfähigkeit und Bekanntgabe der Protokollprüfer
- 2) Bildung der gemeinderätlichen Ausschüsse; Änderung in der Zusammensetzung
- 3) Beantwortung von allfälligen Anfragen
- 4) Mitteilungen des Bürgermeisters
- 5) Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. § 54 Abs. 3 StS
- 6) Verhandlungsgegenstände
- 7) Aktuelle Stunde

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. Pkt. 5) der Tagesordnung:

- 1) Präs-86/01 Neuanschaffung eines Speisentransporters.
- 2) Fin-56/01 Österr. Rotes Kreuz; Hilfsaktion für Bethlehem;

Ansuchen um Subvention.

VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

- 1) Ha-7655/91 Finanzierung der Öffentlichkeitsarbeit sowie Schulungs-, Informations- und Sekretariatsaufgaben der im Gemeinderat der Stadt Steyr vertretenen Gemeinderatsfraktionen.
- 2) BauH-54/00 Erneuerung Liftanlage Rathaus.
- 3) GHJ2-6/01 Sofortmaßnahme; Erneuerung der Wasserleitung Hauptschule Tabor.
- 4) ÖAG-10/01 Verkauf der Liegenschaft Kellaugasse 4, EZ 765, KG Jägerberg, an die Ehegatten Mujaga und Mirsada Begic.
- 5) Fin-30/01 Verein der Freunde der Schwimmschule in Steyr; Subventionsansuchen.
- 6) GHJ2-1585/77 Tarife für die Benützung des öffentlichen Gutes über den Gemeingebrauch hinaus.
- 7) GHJ1-3/01 Ankauf eines gebrauchten Belichters und eines Entwicklers für die Hausdruckerei.

BERICHTERSTATTERIN VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

- 8) Fin-100/01 APT; Maßnahmen zur Verlustbedeckung 2001.
- 9) SH-2/01 Brennstoffaktion für einkommensschwache Personengruppen im Jahr 2001.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

- 10) Ge-1225/00 Marktтарифordnung der Stadt Steyr; Neufassung.
- 11) GemHun-1/00 Hundeabgabenordnung der Stadt Steyr; Gebührenregelung; Neufestsetzung der Abgabenhöhe.
- 12) Fin-162/00 Rassekleintierzüchterverein E 23 Steyr; Subvention 2001.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

- 13) FW-1/01 Antrag auf Verleihung der „Feuerwehr-Verdienstmedaille der Stadt Steyr“ an Angehörige der Betriebsfeuerwehren und der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Steyr.
- 14) Fin-120/00 Übertragung nicht beanspruchter, beschlossener Vorhaben vom Finanzjahr 2000 in das Finanzjahr 2001.
- 15) BauGru-660/94 Flächenwidmungsplan Nr. 2.

16) BauGru-8/01 Flächenwidmungsplanänderung Nr. 105; Mazda Lietz.

17) BauGru-660/94 Flächenwidmungsplanänderung Nr. 104; ÖAMTC.

18) VerkR-237/01 OÖ. Verkehrsverbund (OÖVV); finanzielle Beteiligung der Stadt Steyr für das Jahr 2001.

19) Präs-372/99 Europäische Wissenschaftstage Steyr 2001.

BERICHTERSTATTER STADTRAT GERHARD BREMM:

20) Fin-283/98 ASKÖ-Bezirk Steyr/ATSV Steyr; Ansuchen um Gewährung einer außerordentlichen Subvention zur Errichtung von Klub- und Schulungsräumen; 3. und letzte Etappe.

21) BauH-180/00 Bezirkssporthalle Steyr, Architektenhonorar Einreichplanung.

22) Abfall-35/00 Abschluss einer Vereinbarung zwischen der Stadt Steyr und der ARGEV-Verpackungsverwertungs GesmbH. über die Sammlung von Altverpackung im Gebiet der Stadt Steyr.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

23) Stw-18/01 Stadtbad Steyr; Preisanpassung Freibad per 1. 5. 2001.

24) Stw-104/00 Erdgasversorgung; Anhebung der Erdgasabgabepreise aus dem Versorgungsnetz Gaswerk Steyr ab 1. 3. 2001.

25) BauH-3/00 Freibad Steyr; Sportbeckensanierung; Vergabe der Betonsanierung und Baumeisterarbeiten.

26) Stw-1/01 Stadtwerke Steyr - Verkehrsbetrieb; Investitionskostenzuschuss.

BERICHTERSTATTER STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

27) BauStr-14/00 Neugestaltung der Leopold-Werndl-Straße; Mittelfreigabe.

28) BauStr-20/99 Straßenbau City-Point Forum; Erd-, Baumeister- und Asphaltierungsarbeiten (ohne Pflasterung); Teilvergabe Straßenbau.

29) BauGru-46/98 Bebauungsplanänderung Nr. 5 „Christkindl“; Änderung Nr. 5.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

30) Präs-469/97 Zusammensetzung des Personalbeirates; Änderung.

31) Präs-356/00 Neubestellung der Disziplinaroberkommission.

32) Fin-31/01 Kulturverein Röd@ Steyr; Jahressubvention 2001.

33) K-120/00 Projektgruppe „PASSION 2001 Steyr“; Projektförderung 2001.

34) K-119/00 Literaturpreis Steyr; Statutenänderung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, ich eröffne die heutige Sitzung und darf sie alle recht herzlich begrüßen, besonders auch die Damen und Herren aus der Bürgerschaft und die Vertreter der Medien. Ich stelle fest, dass die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde, dass die Beschlussfähigkeit gegeben ist und dass mir als Protokollprüfer die Herrn Gemeinderäte Apfelthaler und Blasi gemeldet sind und diese Funktion auch übernehmen. Entschuldigt sind heute die Frau GR Helga Feller-Höllner, der GR Klaus Hoflehner und der GR Wilfrid Wetzl. Die GR Weixlberger, der GR Lengauer und der GR Gabath wollen etwas später erscheinen, oder sind gezwungen etwas später zu erscheinen.

Zu Punkt 2), Bildung der gemeinderätlichen Ausschüsse, möchte ich über eine Änderung in der Zusammensetzung, die gewünscht wird, berichten.

In der konstituierenden Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 30. Oktober 1997 wurden die gemeinderätlichen Ausschüsse gem. § 40 StS 1992 neu gebildet und deren Mitglieder durch Wahl bestimmt. Nunmehr möchte die Gemeinderatsfraktion der Grünen im Gemeinderat der Stadt Steyr nachstehende Änderung in der personellen Zusammensetzung des Bauausschusses bekannt geben.

Mitglied mit beratender Stimme soll künftig Herr Gemeinderat Kurt Apfelthaler und Ersatzmitglied Herr Gemeinderat Kupfer sein.

Über diesen Wahlvorschlag der Zusammensetzung der gemeinderätlichen Ausschüsse ist nunmehr eine Wahlhandlung durchzuführen, an der nur die Mitglieder der GAL-Gemeinderatsfraktion wahlberechtigt sind.

Wir schreiten zu dieser Wahl und ich darf die Grüne-Fraktion fragen, ob sie diesem Antrag die Zustimmung erteilt? Ja, einstimmig.

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Damit gelten die von der GAL-Gemeinderatsfraktion vorgeschlagenen Ausschussmitglieder als gewählt.

Wir kommen **zu Punkt 3)**, Beantwortung von allfälligen Anfragen.

Frau Gemeinderätin Elfriede Reznar von der F-Gemeinderatsfraktion richtete folgende Anfrage an mich mit der Bitte um Weiterleitung an Herrn Stadtrat Mayrhofer. Ich ersuche nun Herrn Stadtrat Mayrhofer, die Anfrage zu verlesen und zu beantworten.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren. Die Frau GR Elfriede Reznar der Freiheitlichen GR-Fraktion hat eine Anfrage gemäß § 12 Abs. 2) des StS an den Baustadtrat Gunter Mayrhofer in Verbindung mit § 10 der Geschäftsordnung des GR der Stadt Steyr und seiner Ausschüsse gerichtet.

Betrifft: Fassadennetz Rathaus

Sehr geehrter Herr Stadtrat!

Über ihr Betreiben wurde im Spätherbst des Jahres 2000 ein Fassadennetz mit der Abbildung des Steyrer Rathauses mittels Kreditaufnahme und Darlehensaufnahme um S 190.782,-- angekauft, obwohl der Abschluss der Renovierung der Rathausfassade unmittelbar bevor stand. Eines ihrer

Argumente war auch, dass eine Weiterverwendung des Fassadennetzes anderen Bauherrn in der Steyrer Altstadt gegen eine Leihgebühr von S 30.000,-- vorgeschrieben werden könnte.

Aus! Das war die Anfrage.

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:

Nein, das ist noch nicht aus!

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Das war das was mir übermittelt wurde.

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:

Ich habe ordnungsgemäß einen Antrag eingebracht.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Der zweite Teil fehlt ganz offensichtlich.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Da wird es ja einen Einlaufstempel geben?

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Den gibt es und der wurde auch aufgebracht, aber wie sie sehen fehlt hier etwas.

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:

Ich habe aber den Eingangsstempel auf diesem Exemplar.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Ich darf die Anfrage vorlesen.

Wo befindet sich das Fassadennetz?

Wie wird dieses aufbewahrt, damit es wieder verwendbar ist?

Wer bemüht sich um Interessenten?

Gibt es bereits Interessenten? Wenn nicht, warum nicht?

Ich werde ersucht, diese Anfrage in der kommenden Sitzung des Gemeinderates zu beantworten.

Ich darf erstens einmal richtig stellen, das Fassadennetz wurde am 19. 9. 2000 durch die Firma Blow up montiert und das Netz wurde Anfang Dezember durch den städt. Wirtschaftshof demontiert. Insgesamt war das Rathaus vom 7. 8. bis 6. 12. eingerüstet. D. h., 2 ½ Monate ist dieses Netz gehangen von insgesamt 3 Monaten wo die Fassade eingerüstet war.

Bei der Verleihung eines handelsüblichen Fassadennetzes würde von einer Fachfirma eine Leihgebühr von ungefähr S 10.000,-- verrechnet werden. Für die vorhandene Fläche, für die gesamte

Fassadenplane, das sind 342 Quadratmeter mit der Abbildung des Steyrer Rathauses, erscheint uns eine Leihgebühr in der Höhe von S 30.000,- für angemessen, da einerseits ein wesentlich verbesserter Staubschutz und gleichzeitig eine optische Verbesserung des Stadtbildes gegeben ist.

Bei der Verwendung von Teilflächen ist der jeweilige Anteil zu bemerken. Es wird angemerkt, dass diese Fassade sich besonders für Werbezwecke im Bereich der Kultur, Partnerstädte, Tourismusmessen und Festveranstaltungen eignen würde und daher sind wir auch der Meinung, dass die Anschaffung gerechtfertigt ist. Es ist derzeit keine Hausfassade im Innenstadtbereich vorhanden wo wir dieses Fassadennetz verwenden können.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

City Point!

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Haben sie da ein Fassadennetz gesehen?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Na ja, aber man könnte es ja darüber hängen.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

D. h., im Innenstadtbereich, sobald das erste Objekt da ist wo eine Fassadenrenovierung gemacht wird, wird die FA für Altstadterhaltung und Denkmalschutz sich mit dem Bauwerber in Verbindung setzen, um dieses Fassadennetz in Verwendung zu bringen.

Das Fassadennetz wird bei uns im Wirtschaftshof aufbewahrt. Die Abteilung Altstadterhaltung, der Herr Dr. Kaiser, bemüht sich darum.

Damit hoffe ich, ihre Fragen beantwortet zu haben.

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:

Aber es soll in einem sehr desolaten Zustand sein.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Das ist nicht richtig. Sie können sich aber bitte ohne Probleme direkt davon überzeugen. Ich werde den Herrn Dr. Kaiser sagen, er soll mit ihnen eine Besichtigung des Netzes vornehmen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Vielleicht können wir es alle ansehen.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Wenn sie eine Baustelle haben, werde ich selbstverständlich auch an sie herantreten, so wie an jeden anderen auch, der es braucht.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Sie haben ja gesagt, wir werden es den Bauwerbern vorschreiben. Um das geht es ja.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Vorschreiben können wir das nicht und das ist auch von uns nicht behauptet worden. Wir haben gesagt nahe legen und das werden wir.

Haben sie noch eine Frage Frau Kollegin Reznar?

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:

Nein, nein, ich werde es mir schon ansehen. Danke.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Gerne.

GR Ingrid Weixlberger kommt um 14.18 Uhr in die Sitzung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich danke herzlich für die Beantwortung dieser Anfrage. Es gibt eine weitere Frage und zwar Herr GR Fürweger richtete mit Schreiben vom 6. 3. 2001 eine weitere Anfrage an mich, sie lautet:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Städte gibt es, die sind „Werbemittel für sich allein“. *Das mag so sein, allerdings haben wir gerade vor kurzem eine Veranstaltung gehabt, da waren die Kaufleute und Wirte nicht der Meinung, dass man auf Werbung verzichten sollte. Ganz im Gegenteil.* Salzburg z. B. oder auch Krems. Alles Städte von historischen Architekten geprägt. Steyr könnte auch dazu gehören. *Also, ich behaupte die gehören eh dazu.* Aber nur dann, wenn man mehr Rücksicht nehmen würde, und zwar beim Aufstellen von historischen Hausfassaden in unserer Stadt etc.

Bei einem Symposium der Stadt Krems vor einigen Tagen mit dem Thema „Werbung und Stadtbild,, stellte sich die Frage: „Was will man kaufen? Die Stadt als Ganzes oder einzelne aufgestellte Plakattafeln oder -wände.“

Ich stelle daher folgende Fragen:

1. Wer ist für die überdimensionalen Plakatwände, die unsere Stadt in zunehmenden Ausmaß verschandeln in Bezug auf Genehmigung verantwortlich?
2. Wer genehmigte die Aufstellung der Plakatwände unmittelbar vor der Einfahrt zum Kommunalen Zentrum?
3. Warum wird vonseiten des Denkmalschutzes nichts gegen die Plakatwände in der historischen Berggasse, die sich auf der Mauer von Herrn Dr. M. befinden, unternommen?
4. Wird man sich auch in Steyr in Zukunft an Städten wie Krems ein Beispiel nehmen, wenn es um das Thema „Werbung und Stadtbild“ geht?

Ich ersuche sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, diese Anfrage in der nächsten Gemeinderatssitzung zu beantworten.

Ich möchte dazu Folgendes sagen:

Zu Punkt 1):

Wer ist hier zuständig?

Da darf ich sagen, dass hier grundsätzlich die OÖ. Bauordnung im § 27 Bestimmungen für die Errichtung von Werbe- und Ankündigungseinrichtungen vorsieht.

Nach dieser Bestimmung sind Plakatwände mit über 4 m² Fläche bzw. beleuchtete Werbungen unabhängig von deren Größen bloß anzeigepflichtig.

Zuständig für die Genehmigung ist die FA für Baurechtsangelegenheiten, die diesbezügliche Ansuchen mit Bescheid bewilligt. Eine Genehmigung erfolgt jedoch nur dann, wenn eine positive Grundeigentümerzustimmung und entsprechende Stellungnahmen den Fachabteilungen für Hochbau, Tiefbau, Altstadterhaltung und Denkmalpflege usw. vorliegen.

Zu Punkt 2):

Wer genehmigte die Aufstellung der Plakatwände unmittelbar vor der Einfahrt zum Kommunalen Zentrum?

Die Werbetafel im Einfahrtbereich des Kommunalzentrums ist ein Ersatzstandort für eine bewilligte Tafel, die durch die Vergrößerung des im Norden an der Ennser Straße gelegenen Parkplatzes entfernt werden musste. Diese wurde ebenfalls nach dem üblichen hausinternen Verfahren bewilligt.

Ich möchte dazu sagen, ganz persönlich, ich habe die Fotos von ihnen gesehen, ich bin auch nicht der Meinung, dass das ein glücklicher Standort ist, und zwar auch deswegen, weil wir dort Investitionen getätigt haben, vom Kommunalzentrum, im Ausmaß von rund 165 Millionen Schilling und das ist ja nicht unbedingt besonders klug und weise, vor so einer Investition, auf die wir alle stolz sind und wo unser Servicebetrieb der ganzen Stadt untergebracht ist, dass man dort solche Werbetafeln hinstellt und dass man die 165-Millionen-Investition kaum mehr sieht oder jedenfalls der Blick dahin behindert wird. Also, ich habe jedenfalls der Fachabteilung geschrieben, sie sollten sich einen anderen Platz suchen und die umsetzen. Allerdings hat mit die Fachabteilung gesagt, nämlich die Liegenschaft, für die ich gerade jetzt ein paar Wochen zuständig bin, dass ihnen das nicht kundgetan wurde, dass das dort gemacht wird. Offensichtlich weil eine dort gestanden ist haben sich die mit den Stadtwerken und anderen darauf geeinigt, sie dort hin zu stellen. Ich weiß nicht, wie weit der Kollege Eichhübl darüber informiert ist, aber jedenfalls - hast du auch so etwas?

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Ja, ich habe schon zurückgeschrieben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Jedenfalls sagen mir meine Fachabteilungsleute, dass sie den Platz nicht ausgesucht haben. In der Liegenschaft jedenfalls. Vielleicht finden wir ein anderes Platzerl, weil wenn man ein Pardestück hat, dann soll man es ja nicht verhüllen, sondern herzeigen. Insofern gebe ich ihnen Recht Herr Kollege Fürweger.

Zu Punkt 3):

Warum wird vonseiten des Denkmalschutzes nichts gegen die Plakatwände in der historischen Berggasse, die sich auf der Mauer von Herrn Dr. M. befinden, unternommen?

Die Plakatwand an der Liegenschaft des Herrn Dr. Muigg, wir nennen immer ganze Namen, wurde zu einer Zeit errichtet, als nach der OÖ. Bauordnung und deren Übergangsbestimmungen diese zulässig gewesen ist.

Seitens der FA. f. Altstadterhaltung, Denkmalpflege und Stadterneuerung wurde am 11. März 1996 ein Gutachten übermittelt, das die wesentliche Störung des Ortsbildes durch die bestehenden Werbeanlagen in der Berggasse begründet. Da ein rechtsgültiger Bescheid vorliegt, ist eine Beseitigung dieser Werbeeinrichtung nur im Einvernehmen mit dem Grundeigentümer möglich.

Zu Punkt 4):

Wird man sich auch in Steyr in Zukunft an Städten wie Krems ein Beispiel nehmen, wenn es um das Thema „Werbung und Stadtbild“ geht?

Die Stadt Krems sucht ebenfalls nach gangbaren Wegen, um Werbung in das Stadtbild zu integrieren, das war auch Thema des Symposiums in Krems.

Wir werden die Anregungen die hier aus diesem Symposium als Ergebnis zu Tage treten in unsere Überlegungen selbstverständlich mit einbeziehen.

Zu Punkt 4), **Mitteilungen des Bürgermeisters**, kann ich sagen, dass unsere Steyrerinnen und Steyrer großartige Müllsammler und -trenner sind und dass die wiederverwertbaren Altstoffe durch diese Trennung aussortiert wurden. Im Jahr 2000 wurden insgesamt 8.526 Tonnen, fast 400 Tonnen mehr als im Jahr vorher, getrennt. Es ist hier mit Abstand die größte Sammelmenge interessanterweise Pappe und Papier. Bei Problemstoffen und Metall gehen die Werte etwas zurück. Jedenfalls zeigt dieses Jahresergebnis, dass wir uns in diesem Bereich auf einem guten Weg befinden. Ich möchte heute die Gelegenheit auch nützen und der Bevölkerung Dank und Anerkennung aussprechen, dass die Leute die Mühe auf sich nehmen und diese Trennung exakt vornehmen, weil das zum Ziel „Saubere Stadt“ ganz entscheidend beiträgt.

Wir haben weiterhin ein Hoch meine Damen und Herren bei den Gewerbe-Neuanmeldungen in Steyr. Es hat sich also im vergangenen Jahr wieder gezeigt, dass 222 Gewerbe-Neuanmeldungen registriert wurden, zusätzlich 58 weitere Betriebsstätten angemeldet sowie 56 Standortverlegungen nach Steyr durchgeführt wurden. Nach Abzug der Endigungen, Konkurse ect., und Standortverlagerungen auswärts, errechnet sich für das Jahr 2000 ein weiterer Netto-Zuwachs von 79 Gewerbebetrieben bzw. selbständigen Gewerbeberechtigten.

Das zeigt einmal mehr die hohe Attraktivität des Unternehmensstandortes Stadt Steyr.

Ebenfalls positiv aufgenommen wird von der Bevölkerung die neue Steyrer Homepage. Hier kann berichtet werden, dass 71.393 Mal auf diese zugegriffen wurde und es war eine kontinuierliche Steigerung das ganze Jahr über bemerkbar. Ich gehe davon aus, dass sich das auch heuer noch fortsetzen kann.

Ebenfalls sehr zufrieden sind nach einer Umfrage die Besucher der Steyrer Volkshochschule. Jeder dritte Interview-Partner hat hier sehr positive Erfahrungen von sich gegeben, über die Qualität der Kurse und über die organisatorischen Rahmenbedingungen. Vor allen Dingen werden auch die Referenten und Vortragenden dort außerordentlich gut bewertet, ebenso die organisatorischen Voraussetzungen.

60 Prozent der Interviewten haben hier ihre Erwartungen als „völlig“ erfüllt bezeichnet und 30 Prozent haben mit „ziemlich gut“ geantwortet. Nur 3 Prozent sind hier an negativen Bewertungen festzustellen.

Wir haben eine Stellungnahme der Frau BM Dr. Monika Forstinger betreffend unserer Resolution zur Inter-City Haltestelle St. Valentin bekommen.

Es teilt ihr Büroleiter, Herr Mag. Gerhard Sailer, in einem Schreiben Folgendes mit:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Herzlichen Dank für ihr an die Frau BM Dr. Monika Forstinger gerichtetes Schreiben, das ich in ihrem Auftrag den Beamten des Ressorts zur Stellungnahme weitergeleitet habe, die sie in der Beilage vorfinden.

Mit Schreiben vom 7. 2. 2000 wandte sich der Bürgermeister der Stadt Steyr, Herr Hermann Leithenmayr, mit dem Betreff „Resolution des Gemeinderates der Stadt Steyr betreffend InterCity Haltestelle in St. Valentin“ an die Frau Bundesminister.

Die vom Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie mit dem Sachverhalt des gegenständlichen Schreibens befassten Österreichischen Bundesbahnen übermittelten dem Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie jenes Schreiben, welches sie in Beantwortung des gegenständlichen Schreibens vom Bürgermeister der Stadt Steyr diesem direkt gegenüber übermittelten. Dieses Schreiben liegt der Ministerin als Information vor.

Ergänzend stellen die Österreichischen Bundesbahnen in einem Begleitschreiben dem Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie gegenüber fest, dass die von den Österreichischen Bundesbahnen geplante Anschaffung von Neitech-Zügen wirtschaftlich nur dann vertretbar ist, wenn unter anderem eine Straffung des derzeitigen Fahrplanes und eine damit verbundene wesentliche Kürzung der Fahrzeiten zwischen den wichtigsten Ballungszentren auf der Westbahn erreicht wird; nur dadurch können entsprechende Reisendenzuwächse erzielt werden.

Den österreichischen Bundesbahnen ist bewusst, dass die geplante Auflassung einzelner „heutiger IC-Halte“ für die Kunden eine Umstellung der Reisegewohnheiten nach sich ziehen wird. Um die Probleme zu minimieren, ist jedoch eine optimale Anbindung in den Knoten durch den Nahverkehr erforderlich. Die entsprechenden Planungen wurden laut ÖBB bereits initiiert.“

Lied aus. Also, die teilen uns mit, dass sich an dieser Auflassung der Haltestelle in Valentin nichts ändern wird. So lese jedenfalls ich das aus dem amtlichen Deutsch heraus.

Zur Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage kann berichtet werden, dass die Arbeitslosenquote im Februar 6 % betragen hat. Damit hat sich eine Verbesserung gegenüber dem Vorjahr um 0,7 % ergeben.

Die Gesamtsumme der vorgemerkten Arbeitslosen betrug im Februar 2001 2.486 Personen. Diese verringerte sich gegenüber dem Vormonat um 1 Person und gegenüber dem Vorjahr verringerte sie sich um 10,1 % (d.s. 278 Personen). Also wir sind nach wie vor in der Beschäftigung Gott sei Dank gut unterwegs.

Im Februar 2001 sind 528 offene Stellen gemeldet, das sind im Vergleich zum Vormonat um 100 Stellen mehr sowie gegenüber dem Vorjahr um 348 Stellen mehr. Wir sind also nach wie vor auf Kurs.

Unter **Punkt 5)**, möchte ich sie bitten die Beschlüsse des Stadtsenates, die mit den GR-Unterlagen zugegangen sind, zur Kenntnis zu nehmen.

Bevor wir in die Verhandlungsgegenstände eingehen, möchte ich kund tun, dass ein Dringlichkeitsantrag zur Sitzung des heutigen GR vorliegt. Und zwar:

DRINGLICHKEITSANTRAG

Gemäß § 7 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Steyr stellen die unterfertigten GR-Mandatare folgenden Dringlichkeitsantrag:

Der GR wolle beschließen:

Namensänderung des Sparkassenplatzes im Stadtteil Resthof in „Kirchenplatz“.

Begründung:

Eine Bank oder Sparkasse gibt es auf diesem Platz nicht mehr. Mit Schreiben vom 30. 12. 1999 ersucht die Pfarre Tabor/Resthof um obgenannte Umbenennung an. Dieses Ansuchen wurde bis dato nicht behandelt, lediglich im Kulturausschuss vom 15. Februar 2001 wurde darüber diskutiert und abgestimmt. Eine Sparkasse auf diesem Platz gibt es nicht mehr. Von bestehenden Hausnummern wären lediglich betroffen Sparkassenplatz 1, 2, 3, 4. Hier handelt es sich um Geschäftslokale. Die Dringlichkeit ergibt sich aus dem Fertigstellungstermin der Kirche in diesem Jahr.

Zu diesem Antrag kann jede Fraktion das Wort ergreifen und wir stimmen dann darüber ab, ob wir ihm die Dringlichkeit zuerkennen.

Wer wünscht dazu das Wort?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Es geht jetzt nur um die Dringlichkeit.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ja, ja, ich frage ja nur ob zur Dringlichkeit jemand das Wort wünscht?

Zwischenruf: Von wem ist der Antrag?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Freiheitliche GR-Fraktion, ergänzt glaube ich, um einige Mitglieder der ÖVP-Fraktion. Ist das richtig?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Der Grünen und der Liberalen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Nicht der ÖVP?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Doch.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der ÖVP auch. Aha.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Aus Zeitgründen hat einer nicht unterschrieben, ich glaube die Claudia hat nicht unterschrieben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Also gut. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Dringlichkeit zuerkennt, den bitte ich ein Zeichen zu geben. 15 (7 FPÖ, 5 ÖVP, 2 GAL, 1 LIF). Wer ist gegen diese Dringlichkeit? 16 SPÖ.

Gibt es Stimmenhaltungen auch noch? 1 Stimmenthaltung (SPÖ - GR Mag. Klausberger). Der Antrag ist mit Mehrheit abgelehnt. Die Dringlichkeit wurde dem Antrag nicht zuerkannt.

GR Gabath kommt um 14.40 Uhr in die Sitzung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

So, wir kommen nun zur Behandlung der Verhandlungsgegenstände.

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:

Ich ersuche um Aufklärung wegen der Weiterleitung meiner Anfrage. Mir ist es vom Büro des Bürgermeisters bestätigt worden. Ich bitte um Korrektur und Aufklärung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wir werden das weiterreichen. Irgendwo gibt es da anscheinend die zweite Seite.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das kann es ja wirklich nicht sein, dass nur die Hälfte weitergeleitet wird. Ich bitte um Aufklärung, dass diese Anfrage korrekt eingebracht worden ist.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ja, wir werden das überprüfen Frau Kollegin Reznar, was damit geschehen ist.

Diskussion zwischen MD Dr. Kurt Schmidl und GR Elfriede Reznar

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Nur es ist schon sehr eigenartig, wenn von uns Anfragen einfach nur zur Hälfte weiter gegeben werden.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wir müssen da schon sehr konkret und präzise sein, nicht Anfragen in der Mehrzahl der FPÖ-Fraktion werden nicht korrekt weiter gegeben, sondern in diesem ersten und einen Fall ist die zweite Seite offenbar nicht bis zum Herrn Mayrhofer gelangt. Natürlich haben sie an mich geschrieben, aber gleich mit der Feststellung, dass sie an den Herrn StR Mayrhofer gerichtet ist, welcher sie bitte in dieser Sitzung beantworten möge. Logischerweise kommt das aus unserem Büro direkt weiter an das Büro vom Herrn StR Mayrhofer. Es kann schon sein, dass dieses zweite Blatt verloren gegangen ist, aber er hat ja das eh ganz genau klar gestellt und hat dann den Rest der Fragen vorgetragen und auch beantwortet. Es handelt sich dabei um eine Anfrage die vollständig verlesen wurde und vollständig beantwortet wurde. Es war auf jeden Fall die Reparatur, unmittelbar ist diese erfolgt. Es tut mir trotzdem Leid, wenn das nicht passiert, aber ich kenne da ein paar Punkte, die auf Bundesebene momentan passieren, die werden etwas schwieriger zu reparieren sein. Tun wir also nichts überbewerten.

Ich möchte dann noch zur Tagesordnung eine Feststellung machen. Und zwar der Punkt 33), Betrifft Projektgruppe „PASSION 2001 Steyr“; Projektförderung 2001. Hier wurde eine Förderung vom StS im Ausmaß von glaube ich S 190.000,- beschlossen. Damit ist diese Subvention rechtskräftig beschlossen und muss aufgrund unserer Wertgrenzen nicht in den Gemeinderat. Ich beantrag daher diesen Tagesordnungspunkt von der Tagesordnung abzusetzen. Wenn sie mit dieser Vorgangsweise

einverstanden sind, bitte ich sie ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Ist jemand gegen diese Absetzung? Stimmenthaltung wird nicht angezeigt. Der Tagesordnungspunkt Nr. 33) ist damit von der Tagesordnung abgesetzt.

Wir kommen nun zur Behandlung unserer Verhandlungsgegenstände und ich darf hiezu der Frau Kollegin Mach den Vorsitz übertragen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke, ich übernehme den Vorsitz und ersuche den Bürgermeister um seine Berichterstattung.

BE: BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, geschätztes Präsidium. Als ersten Antrag trage ich ihnen den Antrag des StS an den GR, betreffs der Finanzierung der Öffentlichkeitsarbeit sowie Schulungs-, Informations- und Sekretariatsaufgaben der im Gemeinderat der Stadt Steyr vertretenen Gemeinderatsfraktionen, vor.

Es ergeht folgender Antrag:

1) Ha-7655/91 Finanzierung der Öffentlichkeitsarbeit sowie Schulungs-, Informations- und Sekretariatsaufgaben der im Gemeinderat der Stadt Steyr vertretenen Gemeinderatsfraktionen.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Zur Finanzierung der Öffentlichkeitsarbeit sowie Schulungs-, Informations- und Sekretariatsaufgaben der im Gemeinderat der Stadt Steyr vertretenen Gemeinderatsfraktionen erhält jede im Gemeinderat vertretene Fraktion für das Rechnungsjahr 2001 über einen durch die jeweilige Fraktion an den Magistrat der Stadt Steyr gesondert zu richtenden Antrag einen Finanzierungsbeitrag in der nachstehenden Höhe.

Diese Beträge errechnen sich aus den für das Rechnungsjahr 2000 festgelegten Ansätzen.

Eine Valorisierung dieser Beträge hat jährlich gemäß dem Verbraucherpreisindex 1986 - nunmehr für das Jahr 2001 - zu erfolgen. Als Ausgangsbasis für die Berechnung der Wertänderung dient die Indexziffer vom Dezember 1998. Die angeführten Beträge verändern sich im selben Ausmaß, in dem die für den Dezember des Jahres 1999 verlautbarte Indexziffer von der für Dezember 1998 verlautbarten Indexziffer abweicht.

Im Einzelnen ergeben sich demnach für die einzelnen Gemeinderatsfraktionen nachstehende Förderungsbeiträge:

SPÖ

S 247.841,00 (Sockelbetrag)

S 419.868,00 (pro Mandat S 23.326,--)

S 314.892,00 (Fraktionsumlage)

S 17.494,-- pro Mandat)

S 982.601,00

FPÖ

S 247.841,00 (Sockelbetrag)

S 209.934,00 (pro Mandat S 23.326,--)

S 157.446,00 (Fraktionsumlage

S 17.494,-- pro Mandat)

S 615.221,00

ÖVP

S 247.841,00 (Sockelbetrag)

S 139.956,00 (pro Mandat S 23.326,--)

S 104.964,00 (Fraktionsumlage

S 17.494,-- pro Mandat)

S 492.761,00

GAL

S 247.841,00 (Sockelbetrag)

S 46.652,00 (pro Mandat S 23.326,--)

S 34.988,00 (Fraktionsumlage

S 17.494,-- pro Mandat)

S 329.481,00

LIF

S 247.841,00 (Sockelbetrag)

S 23.326 (pro Mandat S 23.326,--)

S 17.494,00 (Fraktionsumlage

S 17.494,-- pro Mandat)

S 288.661,00

SPÖ 982.601,00

FPÖ 615.221,00

ÖVP 492.761,00

GAL 329.481,00

LIF 288.661,00

Gesamtbetrag: 2.708.725,00

Die Finanzierung gelangt nur über Antrag der jeweiligen Gemeinderatsfraktion, der an den Magistrat der Stadt Steyr zu richten ist, zur Auszahlung.

Die Gemeinderatsfraktionen sind verpflichtet, die widmungsgemäße Verwendung der Mittel nachzuweisen. Zu diesem Zweck steht jeder Fraktion einmal pro Jahr zumindest eine halbe Seite des Amtsblattes der Stadt Steyr zur Verfügung.

Durch die gegenständliche Finanzierung der Öffentlichkeitsarbeit sowie Schulungs-, Informations- und Sekretariatsaufgaben der im Gemeinderat der Stadt Steyr vertretenen Gemeinderatsfraktionen wird die Auszahlung der Beiträge für die Schulung der Gemeindefunktionäre, die aufgrund eines Erlasses des Amtes der OÖ. Landesregierung jährlich zu leisten ist, nicht berührt und bleibt daher weiter bestehen.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von **2.708.725,00** werden bei der VSt. 1/000000/757000 freigegeben.

Ich bitte um Debatte bzw. um Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht dazu jemand das Wort? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren, der zweite Antrag beschäftigt sich mit der Erneuerung unseres Personenliftes im Rathaus, welcher bei dieser Gelegenheit erneuert und behindertengerecht ausgeführt werden soll.

Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet wie folgt:

2) BauH-54/00 Erneuerung Lift Rathaus.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Nach Maßgabe des Amtsberichtes des GB III, FA Hochbau, vom 23. 11. 2000 wird der Vergabe der erforderlichen Lieferungen und Leistungen für die Erneuerung des Liftes im Rathaus wie folgt

zugestimmt:

P 1.0 Erneuerung der Liftanlage

P 1.1 Fa. Kone, Linz - S 748.626,60 inkl. USt.

P 2.0 Baumeisterarbeiten

P 2.1 Fa. Alpine, Steyr - S 351.264,54 inkl. USt.

P 3.0 Gerüstarbeiten

P 3.1 Fa. Alpine, Steyr - S 21.914,30 inkl. USt.

P 4.0 Malerarbeiten

P 4.1 Fa. Seywaltner, Steyr - S 20.359,60 inkl. USt.

5.0 Div. Anpassungsarbeiten:

Für div. Anpassungsarbeiten (Tischler, Bodenleger, Elektriker, Statik, ...) die mittels Bestellschein beauftragt werden, sind Mittel in Höhe von S 94.000,-- brutto erforderlich.

In diesem Zusammenhang wird eine Kreditübertragung in Höhe von S 850.000,-- von VSt. 5/029000/010000 (Gebäude Rathaus, Sanierung Aufzug) auf VSt. 5/029000/010300 (Adaptierung Rathaus) vorgenommen.

Die Deckung der erforderlichen Mittel in Höhe von insgesamt gerundet S 1.226.000,00 kann somit bei VSt. 5/029000/010300 gefunden werden.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat Steyr gemäß § 47 (5) des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug des Beschlusses ermächtigt werden.

Ich bitte auch hier, heute im Gemeinderat, um ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall. Dieser Antrag wurde auch einstimmig angenommen. Danke, nächster Punkt bitte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der nächste Antrag beschäftigt sich mit einer Sofortmaßnahme die erforderlich war und zwar mit der Erneuerung der Wasserleitung in der HS Tabor.

Der Antrag lautet:

3) GHJ2-6/01 Sofortmaßnahme; Erneuerung der Wasserleitung Hauptschule Tabor.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Die Bürgermeisterverfügung vom 25. 01. 2001, womit wegen Dringlichkeit gemäß § 49 (7) des

Statutes für die Stadt Steyr Nachstehendes angeordnet wurde, wird hiemit genehmigt.

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 25. 02. 2001 wird den Auftragsvergaben zur Erneuerung der Wasserleitung (Turnsaaltrakt) der Hauptschule Tabor, Taschelried 1, an die

Fa. Engertsberger & Mach, Steyr Installationsarbeiten - S 430.000,-- inkl. USt.

Fa. Alpine, Steyr Baumeisterarbeiten - S 30.000,-- inkl. USt.

Fa. Seyrlehner, Behamberg Fliesenlegerarbeiten - S 15.000,-- inkl. USt.

Fa. Seywaltner, Steyr Malerarbeiten - S 10.000,-- inkl. USt.

sowie einer Kreditübertragung in der Höhe von S 485.000,00 inkl. USt. (vierhundertfünfundachtzigtausend) von der VA-Stelle 5/323000/010000 (Stadttheater Fassade) auf die VA-Stelle 5/212000/010000 (Hauptschulen Gebäude) zugestimmt.

Ich bitte um Debatte bzw. Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht dazu jemand das Wort? Ich möchte nur sagen in meiner Person, ich habe mit der Firma nichts mehr zu tun und darum fühle ich mich auch nicht befangen wenn ich mitstimme. Ich möchte das dem Gemeinderat mitteilen, dass ich dann nicht in der Zeitung lese, ich habe bei dem eigenen Antrag mitgestimmt. Darum bitte ich sie, das zur Kenntnis zu nehmen.

Damit kommen wir zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der nächste Antrag beschäftigt sich mit dem Verkauf der Liegenschaft Kellaugasse 4, Jägerberg, an die Ehegatten Mujaga und Mirsada Begic.

Es ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

4) ÖAG-10/01 Verkauf der Liegenschaft Kellaugasse 4, EZ 765, KG Jägerberg, an die Ehegatten Mujaga und Mirsada Begic.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Privatrechtsangelegenheiten vom 29. Januar 2001 wird dem Verkauf der städtischen Liegenschaft Kellaugasse 4, EZ 765, KG Jägerberg, im Gesamtausmaß von 775 m² zum Kaufpreis von S 650.000,-- an die Ehegatten Mujaga und Mirsada Begic, Steyr, Fischhubweg 4, zugestimmt. Im Übrigen gelten die im Amtsbericht aufgezeigten Bedingungen.

Auch hier wird um ihre Zustimmung gebeten.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Herr GR Fürweger bitte.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren. Gott sei Dank, kann man sagen, ist nun dieses Kapitel mit dem Verkauf des Hauses Kellaugasse 4 abgeschlossen, wobei es natürlich beispielgebend ist, wie die Vorgangsweise bei den städtischen Liegenschaften ist. Man darf das nicht laut hinausposaunen. Ich finde es nicht sehr schön, wenn man dann auch noch von einem hohen Kaufpreis spricht, den hier der Käufer bezahlt, wenn man zwei Absätze vorher lesen muss, dass es sich um ein Abbruchhaus handelt. Aber es ist eben wie gesagt beispielgebend für den Zustand mancher städt. Liegenschaften. Da muss man sich doch einige Fragen stellen. Warum, und ich bin erst vor ein paar Stunden daran vorbei gegangen, das ehemalige Hotel Nagl nun hier steht, ausgehöhlt, ohne Dachstuhl, ohne Decke, ohne Dach, weil man es jahrzehntelang verabsäumt hat dieses Haus instand zu halten. Warum haben die Mieter des städt. Objektes im Laubengang noch immer kein Wasser und keine Toiletten in ihren Wohnungen? Warum hat der Schlossparkpavillon noch immer keine Nutzung und allen Pessimisten zum Trotz? Ich kann es nur betonen: „Mehr Privat, weniger Staat.“ Das Taborrestaurant ist wieder offen, aber der Schlossparkpavillon ist zu. Warum hat das Gesundheitsamt der Stadt in der Redtenbachergasse noch immer keinen Lift? Die Leute müssen zu Fuß in den dritten Stock hinauf. Ich glaube die Frau Vizebürgermeisterin Mach, gerade sie als Sozialreferentin, müsste hier auf die Barrikaden steigen. Ich habe noch gar nicht auf das Gaswerkareal, den Wirtschaftshof mit seiner Kegelbahn und neuerdings mit seinen Wohnwägen und Wohnmobilen und auf das Stadtgut hingewiesen. Alles das, was ich jetzt hier angeführt habe, bedarf einer intensiveren Bearbeitung als bisher. Ich fordere daher den verantwortlichen Referenten, Herrn Bürgermeister Leithenmayr hiemit auf, in den letzten Monaten seiner Amtszeit die Weichen dafür zu stellen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Gibt es noch eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Schlusswort bitte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Also, mit dem Verkauf der Kellaugasse sind sie offenbar zufrieden. Das war das Einzige was ich positiv gehört habe. Ich bin eigentlich auch zufrieden und es stimmt ja auch durchaus. Würden wir aus öffentlicher Hand dieses Haus reparieren wollen, würde sich das wahrscheinlich nicht zusammen gehen und wir würden es wahrscheinlich eher abreißen müssen und hätten Entsorgungskosten zu zahlen. Es gibt natürlich Leute, die mit Liebe und großem Einsatz auch solche Häuser reparieren und reparieren können und daher haben wir zu diesem Kaufpreis, der ansehnlich ist, es hat auch einige Zeit gedauert, diese Verhandlungen zu führen, dieses Haus verkauft. Damit ist dieses Kapitel abgeschlossen. Natürlich, sozusagen eine Ader über die fürchterlichen Zustände der städtischen Häuser in unserer Stadt herunter zu beten und dann halt einige Problemstellen anzumerken, ist natürlich auch nicht zulässig und ist auf jeden Fall nicht objektiv, weil wir ja im ganzen Stadtbereich viele, viele Sanierungen gemacht haben. Das ist ja der Grund, warum die Stadt eigentlich so schön ist. Es gibt aber schon noch einige Probleme und das ist durchaus zutreffend. Sie haben das schon richtig festgestellt. Das ist auch keine Kunst wenn man Makler ist und sich mit diesen Dingen beschäftigt. Aber wenn sie einen guten Wirt haben, Herr Makler, dann bringen sie ihn nur her, wir vermieten den Schlossparkpavillon eh an einen guten Wirt. Es ist nur nicht so leicht. Es finden auch laufend Verhandlungen statt, aber man muss erst einen finden der das ordnungsgemäß macht. Wir haben schon andere gehabt, ich erinnere mich, dass gerade aus ihrer Fraktion die schärfste Kritik gekommen ist. Also, es ist halt nicht so leicht einen richtigen Wirt zu finden, was man wo anders auch sieht, nämlich bei einer Reihe von Gaststätten und Gastronomiebetrieben, mit denen die Stadt eigentlich nichts zu tun hat.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Aber der Schlossparkpavillon gehört zuerst hergerichtet bevor er vermietbar ist. So werden sie nie jemanden finden.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das Thema haben wir ja schon oft erörtert. Ja wie soll ich es denn herrichten, wenn ich nicht weiß wie es der haben will? Das ist ja alles eine Frage. Wir haben klare Beschlüsse getroffen und haben gesagt wir werden die Bauschäden beseitigen und im Inneren muss ein Wirt oder ein neuer Nutzer investieren um sich an dieses Haus auch zu binden und es ordentlich zu führen und wir werden es zu einem günstigen Mietpreis vermieten. Ihr seid alle aufgerufen. Wir diskutieren das jetzt schon seit zwei Jahren und kein Einziger von euch ist jemals gekommen und hat gesagt ich habe einen interessanten Mieter. Aber sie gehen da jedes Mal her und kritisieren. Das ist etwas leichter als die Verhandlungen zu führen. Das bleibt nämlich dann meistens mir übrig.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Bürgermeister, was haben sie mit den 3 Millionen Schilling getan, die wir gemeinsam festgelegt haben für die Grundsanierung dieses Schlossparkpavillons? Keinen einzigen Schilling haben sie dort hinein gegeben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Sie, schauen sie, ich sage ihnen Folgendes. Das war Gegenstand von sieben Debattenbeiträgen ihrer Fraktion, mein lieber Herr Dr. Pfeil, und ich mache da heute nicht einen Replay in dieser Angelegenheit. Das ist eigentlich vorbei.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wir müssen schon zur Sache reden.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Jetzt bin ich zuständig und ich beschäftige mich damit. Ich habe einen interessanten möglichen Nutzer im Gespräch. Aber es ist halt nicht so leicht. Das Taborrestaurant ist Gott sei Dank wieder unter der Haube, sozusagen, das freut mich sehr. Ich war bei der Eröffnung. Ich kann das Haus den Damen und Herren des Gemeinderates sehr empfehlen. Es wird wunderbar gekocht, es schaut auch gut aus. Geht ein bisschen hin, dann wird er sich erfangen. Das wünschen wir ihm nämlich, weil wir brauchen diesen Gastronomiebetrieb sicher für die weitere Tourismusentwicklung in unserer Stadt.

Beim Gesundheitsamt, da haben sie schon Recht. Aber falls es ihrer Aufmerksamkeit entgangen ist, dann bete ich noch einmal vor, dass es unsere Intention ist, so wie bei den Unternehmungen der Stadt, auch im Verwaltungsbereich die Verwaltungsaktivitäten auf zwei Amtsgebäude zu konzentrieren, wobei im Vordergrund weder die Promenade noch die Redtenbachergasse steht. Der Einbau eines Liftes dort würde wahrscheinlich ein verlorener Aufwand sein. Man beschäftigt sich mit dem Raumbedarf, wir brauchen halt natürlich in der Zusammenschau mit den großen Projekten die wir gerade jetzt rundherum so realisieren will auch, eh schon hundert Mal gesagt, eine Sport- und Kulturhalle, eine Volksschule, eine Musikschule, und ich weiß nicht was noch alles, werden wir auch noch ein zweites Amtshaus benötigen. Es ist daher nicht sehr sinnvoll, wie es auch nicht sinnvoll gewesen wäre, ich weiß nicht, den Wirtschaftshof in dem alten Bauernhaus im Schlüsselhof weiter dort durch Investitionen unbedingt zu halten. Das trifft natürlich auch auf diese anderen Bereiche zu. Aber im Prinzip muss ich ehrlich sagen, mit Ausnahme dieses zweiten Amtshauses, sind die Dinge schon alle auf der Schiene. Beim zweiten Amtshaus muss man sich über den Bedarf und den Standort sehr genau auseinander setzen und das wird eine Aufgabenstellung sein, die uns noch eine Zeit lang beschäftigten wird. Im Prinzip ist es aber heute eigentlich nur um den Verkauf der Kellaugasse 4 gegangen. Wir haben nur ein bisschen einen Ausflug in die Peripherie gemacht. Jetzt geht es mir darum, dass dieses Haus verkauft werden soll und dazu wäre eine Zustimmung des Gemeinderates erforderlich.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wir kommen gleich zur Abstimmung. Wer diesem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der nächste Antrag, meine Damen und Herren, beschäftigt sich mit einer Subvention und zwar an den Verein der Freunde der Schwimmschule der Stadt Steyr.

Es ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat:

5) Fin-30/01 Verein der Freunde der Schwimmschule in Steyr; Subventionsansuchen.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Präsidial- und Rechtsangelegenheiten vom 1. Februar 2001 wird beschlossen, dem Verein der Freunde der Schwimmschule in Steyr

eine "lebende Subvention" in der Form zu gewähren, dass die bisherigen Schwimmschul-Mitarbeiter zu Gesamtjahreskosten von ca. ATS 430.000,-- durch die Stadt Steyr angestellt werden (worüber noch ein gesonderter Stadtsenatsbeschluss im Einzelnen ergehen wird), wobei Herr Franz Kaiser ein geringfügiges Beschäftigungsausmaß erhalten sollte und Frau Kaiser und Frau Prückler im Umfang ihrer bisherigen Beschäftigungsausmaße angestellt werden sollten und diese Personen als „lebende Subvention“ dem Verein der Freunde der Schwimmschulen in Steyr unentgeltlich durch die Stadt zur Verfügung gestellt werden.

Ebenfalls in Form einer „lebenden Subvention“ erfolgt für das Betriebsjahr 2001 die operative Führung des Schwimmschulbetriebes durch die Stadtwerke Steyr kostenfrei.

Diese gesamten Maßnahmen sind zur Gänze auf das Jahr 2001 befristet.

Für den Abgang im Betrieb der Schwimmschule im 1. Halbjahr 2001 wird dem Verein der Freunde der Schwimmschule in Steyr eine einmalige außerordentliche nicht rückzahlbare Subvention in Höhe von ATS 250.000,-- gewährt.

Die hierfür erforderlichen Mittel werden bei VSt. 5/771000/777000 freigegeben.

Ich bitte um Debatte und Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Herr Kollege Payrleithner bitte.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Als vor rund einem Jahr das letzte Kapitel der Steyr-Daimler-Puch in der 150-jährigen Geschichte geschrieben wurde, nämlich als der Herr Stronach seine Liegenschaften in Steyr verkaufte, sah es nicht nur düster und nicht sehr zukunftsfreudig für die Schwimmschule aus, es hat sich auch keiner damals wirklich gedacht, dass es dort noch in Zukunft einen Badebetrieb in diesem Traditionsbad geben wird. Inzwischen ist es dank aller Mitglieder und aller Fraktionen hier im

Gemeinderat, vielleicht mit Ausnahme des Liberalen Forums, die sich ja zu diesem Thema glaube ich nicht sehr geäußert haben, bisher, aber vielleicht gehen sie woanders schwimmen, in Zukunft ist das nicht so ein Anliegen des Liberalen Forums, ...

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Herr Kollege Payrleithner, sie werden übersehen haben, dass ich ebenfalls im Verein der Freunde der Schwimmschule drinnen bin.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

... und auch engagierter Benützer des Bades, der treuen Stammgäste und des ehemaligen Bademeisters, ist es letzten Endes gelungen, hier ein Konzept zu erstellen, das zukunftssträftig aussieht. Es ist aber der Betrieb für das Erste nur für heuer einmal garantiert, und ich möchte, und das war eigentlich der Grund, warum ich mich hier zu Wort gemeldet habe, an alle appellieren, fest Mietglieder zu werben, um den Verein mit Leben zu erfüllen, denn nur so kann es auch in Zukunft weiter gehen, dass sich auch viele nicht nur mit der Schwimmschule identifizieren, sondern mit ihrem Beitritt auch die ganzen Angelegenheiten da unten unterstützen. Ich weiß nicht, ob der Herr Bürgermeister zu dem Thema noch etwas sagen wird. Es wird noch große Anstrengungen bedürfen, um das ganze Bad bei den Investitionen auf ein finanzielles Gerüst zu stellen. Es gibt vielleicht auch die Möglichkeit, bei der EU Mittel anzuzapfen, was natürlich auch unseren Säckel etwas entlasten würde, weil die Aufwendungen, das muss uns klar sein, werden gewaltig sein. Nicht nur die Restaurierungsarbeiten, sondern es müssen teilweise überhaupt Neubauten errichtet werden, es gibt ja schon eine Vorstudie zu diesem Thema, und die werden beträchtliche Mittel verschlingen. Es wird absolut notwendig sein, nicht nur aus der Gemeinde, so wie wir es heute machen, Budgetmittel zur Verfügung zu stellen, sondern auch so weit als möglich andere Quellen anzuzapfen. Ich spreche das Land an, es gibt vielleicht auch Möglichkeiten bei der EU usw., alles auszuschöpfen. Ansonsten ist es auch langfristig sehr schwierig.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es noch eine Wortmeldung? Herr StR Eichhübl bitte.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Frau Vizebürgermeisterin, werte Herrn Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates, geschätzte Vertreter der öffentlichen Medien. Um die Bereitschaft und den guten Willen vonseiten der Stadtwerke zu beweisen, möchte ich, so wie im Stadtsenat, nicht verabsäumen, eine Klarstellung auch hier vor dem Gemeinderat zu bringen. Wir wollen natürlich ebenfalls einen Beitrag leisten, vonseiten der Stadtwerke, um zu gewährleisten, dass der Schwimmschulbetrieb weiter geführt wird. Ich möchte aber dazu anmerken, dass die Tätigkeit vonseiten der Stadtwerke, so wie sie hier im Amtsbericht gefordert und auch vom GR beschlossen werden wird, nicht erst mit diesem Beschluss beginnen wird, sondern dass bereits eine Reihe von Vorleistungen vom Herrn Zeilinger gemacht wurden, nämlich unmittelbar vor der Konstituierung des Vereines und auch bis zum heutigen Tage. Es waren eine Reihe von Behördengängen zu erledigen, es war notwendig mit Versicherungen Kontakt aufzunehmen, es war notwendig für den Verein ein Briefpapier, Eintrittskarten zu konstituieren. Es war auch notwendig in den Stadtwerken ein Konto einzurichten, um laufende Zahlung zu tätigen. Jetzt geht es aber darum, und das ist ein sehr wichtiger Teil dieser ganzen Geschichte, gegenüber der Finanzbehörde die Gemeinnützigkeit dieses Vereines darzulegen, denn da geht es um sehr viel Geld, Schenkungssteuer udgl. mehr.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, ich möchte es aber nicht verabsäumen, um meine Erwartungen in den Raum zu stellen und meinen Erwartungen Nachdruck zu verleihen, dass auch die Stadtwerke, im Bezug auf die noch anstehenden, vielen Probleme, im Bereich des Stadtbades ebenfalls eine entsprechende Unterstützung erhalten sollen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wir werden ja heute noch zu dem Punkt kommen. Danke. Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Mag. Frech. Bitte sehr.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Ja, ich kann die Wortmeldung vom Kollegen Payrleithner nicht so einfach auf mir sitzen lassen. 1. Bin ich Vorstandsmitglied im Verein der Freunde der Schwimmschule in Steyr und ich würde wohl nicht, meine Zeit ist auch nicht unbedingt so in einem riesigen Maße vorhanden, dass ich mich wo engagieren würde, wo es mir nicht wichtig ist. Dass ihnen das entgangen ist, Kollege Payrleithner, mag vielleicht sein, man kann es sich nicht immer aussuchen, mit wem man in einem Verein zusammen arbeitet. Sie sind der Schriftführer, ich bin der Schriftführer-Stellvertreter, mag sein, dass ihnen das nicht recht ist und sie es deshalb verdrängt haben.

Gelächter

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Aber ich kann trotzdem damit leben, dass sie der Schriftführer sind.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Reden müsst ihr schon miteinander, wenn ihr in einem Verein tätig seid. Wer wünscht noch das Wort? Niemand. Schlusswort bitte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Es freut mich außerordentlich, dass es so viele Retter der Schwimmschule gibt. Wir werden es eh brauchen, weil das Projekt ist sehr anspruchsvoll und ich gehe einmal davon aus, dass wir 20 bis 25 Millionen brauchen werden und dass wir einige Jahre damit zu tun haben werden, aufgrund dieser Größenordnung. Aber wir haben es uns gemeinsam vorgenommen und ich hoffe, dass niemand zwischen drinnen erlahmt, wenn es einmal dort und da ein bisschen spießt und hapert. Ich möchte auch noch etwas sagen. Ich betrachte nicht, das ist mir ganz wichtig, die Schwimmschule als einen Konkurrenzbetrieb zum Stadtbad. Es gibt auch keine Veranlassung dafür so etwas zu meinen. Gerade du, lieber Roman, weißt ja, dass wir dort auch alle Mühe haben werden, halbwegs zu der Badesaison, oder schon ein bisschen mitten hinein, überhaupt das Sportbecken in Betrieb zu nehmen, weil wir schon wieder in Verzug sind, weil das gar nicht so leicht ist und weil es immerhin an die 15 Millionen Schilling verschlingen wird, die im Budget drinnen stehen. Daher sehe ich da überhaupt keine Schwierigkeit. Jetzt geht es einmal darum, dass wir auf Vereinsebenen, und es ist nur positiv wenn alle Fraktionen auch in diesem Vorstand mitarbeiten, wir werden ergänzen müssen mit Leuten, die dort auch bereit sind und Zeit aufwenden werden vor Ort zu arbeiten, weil sonst haben wir lauter Kutscher und keine Pferde. Das wird nicht funktionieren. In einem Verein braucht man nämlich auch die Arbeitsbienen die vor Ort tätig sein müssen. Es zeigt sich aber, dass die Verbindung und die emotionelle Beziehung zu diesem Bad bei vielen Menschen in unserer Stadt sehr ausgeprägt ist. Ich habe sogar festgestellt, dass das weit über die Stadt hinausgeht und das bestätigt mir sehr, dass wir da auf dem richtigen Weg sind, uns bemühen müssen, auch das in eine Form zu bringen, dass das auch machbar wird. Damit diese Schwimmschule, die immerhin jetzt in das 3. Jahrhundert geht, 1874 bis in unsere Zeit, ins 21. Jahrhundert, dass wir die für die Steyrer, aber auch für die Nachwelt erhalten und natürlich auch wieder zu einen Highlight machen, das auch dem Tourismus einen zusätzlichen Drive verleihen kann. In diesem Sinne freut es mich, dass eine große Einigkeit im Gemeinderat vorhanden ist und bitte um ihre Zustimmung zum vorliegenden Antrag.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke, wir kommen gleich zur Abstimmung. Wer diesem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Stimmenthaltung? Gegenstimmen? Einstimmige Annahme. Danke, nächster Punkt bitte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

So, der nächste Antrag betrifft die Benützung des öffentlichen Gutes über den Gemeingebrauch hinaus. Der Antrag ist ausführlich beraten worden, in vielerlei Beredungen und Ausschüssen und lautet folgender Maßen:

6) GHJ2-1585/77 Tarife für die Benützung des öffentlichen Gutes über den Gemeingebrauch hinaus.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Beschluss

des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 22. 3. 2001, betreffend die Festsetzung des Entgeltes für einen über den Gemeingebrauch hinausgehende Benützung öffentlichen Gutes.

Art. I

Gegenstand

Für eine über den Gemeingebrauch hinausgehende Inanspruchnahme öffentlichen Gutes sind nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen Entgelte an die Stadt Steyr als Verwalterin des öffentlichen Gutes zu leisten.

Art. II

1. Tarife

Für die Einrichtung von Geschäftsportalen, Warenschaukästen, Portalschildern u. ä., bis zu einer Breite von 2 m und einer Ausladung von 15 cm, pro Jahr

seit 1.1.1999 ATS 130,00 / ab 1.4.2001 ATS 135,00 / ab 1.1.2002 EURO 9,80

für jeden weiteren angefangenen Meter in der Breite und jede angefangenen 5 cm in der Ausladung ein Zuschlag pro Jahr von 50,00 / 53,00 / 3,80

für Reklameschilder bis zu 2 m² pro Jahr für jeden weiteren angefangenen m² ist der aliquote Teil pro Jahr in Anrechnung zu bringen 220,00 / 230,00 / 16,70
für Steckschilder und Hinweisschilder pro Tafel bzw. angefangenem m² und Jahr 530,00 / 560,00 / 40,00

für Reklame-Großanlagen mit Neonbeleuchtung oder anderer Starkstromtechnik bis zu 1 m², pro Jahr 220,00 / 230,00 / 16,70
für jeden weiteren angefangenen m² ist der aliquote Teil pro Jahr in Anrechnung zu bringen.

für Vorlegefenster, Kellerlicht- und Warenaufzugsschächte, Stufen u. a., per m² und Jahr

90,00 / 94,00 / 6,80

Die Mindestgebühr bei derartiger Nutzung beträgt: 120,00 / 125,00 / 9,00

Fundamentverbreiterungen, Stützpfeiler neu aufzuführender Vorbauten aufgrund einer baubehördlichen Vorschreibung per m² und Jahr.

90,00 / 94,00 / 6,80

Die Mindestgebühr bei derartiger Nutzung beträgt: 120,00 / 125,00 / 9,00

Vordächer in verschiedenen Ausführungen über Einfahrten, Geschäftseingängen, für jeden angefangenen m² pro Jahr 100,00 / 104,00 / 7,50

Die Mindestgebühr bei derartiger Nutzung beträgt: 120,00 / 125,00 / 9,00

Automaten aller Art, freistehend oder an Gebäuden, Mauern, Einfriedungen udgl. angebracht.

ha) bis zu einer Tiefe von 40 cm und einer Breite von 50 cm je Einrichtung und Einwurfstelle, pro Jahr 1.060,00 / 1.095,00 / 79,50

hb) bei überschreiten einer dieser Ausmaße je Einrichtung und Einwurfstelle, pro Jahr 1.370,00 / 1.415,00 / 102,80

und so weiter, und so weiter, und so weiter

Gelächter

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich verstehe diese Akklamation so, dass ich darauf verzichten darf, dass ich nicht den ganzen Antrag vorlesen muss.

Zwischenrufe: Ja!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Fein!

Personenwaagen, Reklamesäulen usw. je Stück pro Jahr 280,00 / 290,00 / 21,00

für Vorgärten bei Gast- und Kaffeehäusern (Schanigärten)

ja) welche täglich abgebaut werden pro angefangenem m² und Jahr, 160,00 / 166,00 / 12,00

jb) in Form einer festen Einrichtung pro angefangenem m² und Jahr, 370,00 / 383,00 / 27,80

Die Mindestgebühr bei derartiger Nutzung beträgt 310,00 / 321,00 / 23,30

Für Leitungen zu privaten Zwecken, für Leitungen für Stark- und Schwachstrom oder als Kabel verlegt, pro lfm und Jahr. 7,00 / 7,30 / 0,53

Die Mindestgebühr bei derartiger Nutzung beträgt 120,00 / 125,00 / 9,00

Für Rohrleitungen irgendwelcher Art auf öffentlichem Gut, per lfm und Jahr 7,00 / 7,30 / 0,53

Die Mindestgebühr bei derartiger Nutzung beträgt 120,00 / 125,00 / 9,00

Für stabile Rollbahngleise per lfm und Jahr. 25,00 / 27,00 / 1,90

Die Mindestgebühr bei derartiger Nutzung beträgt 120,00 / 125,00 / 9,00

Für Industriegleisanlagen per lfm und Jahr. 25,00 / 27,00 / 1,90

Die Mindestgebühr bei derartiger Nutzung beträgt 120,00 / 125,00 / 9,00

Für Verkaufshütten, Kioske, Verkaufswägen, sonstige geschlossene Verkaufseinrichtungen usw. im Stadtgebiet pro m² und Jahr.

280,00 / 290,00 / 21,00

Die Mindestgebühr bei derartiger Nutzung beträgt 570,00 / 590,00 / 42,80

Diese Einrichtungen sind von vorstehenden Gebühren befreit, wenn sie im Zusammenhang mit Veranstaltungen ausschließlich wohltätiger oder gemeinnütziger Art errichtet werden.

Für öffentliches Gut, das zur Grasnutzung vergeben wird, pro m² und Jahr 1,00 / 1,00 / 0,07

Die Mindestgebühr bei derartiger Nutzung beträgt 120,00 / 125,00 / 9,00

Für öffentliches Gut, das zur gärtnerischen oder feldmäßigen Nutzung herangezogen wird (Schreber-gärten) pro m² und Jahr.

5,00 / 5,25 / 0,38

Die Mindestgebühr bei derartiger Nutzung beträgt 120,00 / 125,00 / 9,00

Für Schaukästen, Anschlagtafeln von Vereinen und sonstigen Institutionen pro m² und Jahr. 90,00 / 94,00 / 6,80

Die Mindestgebühr bei derartiger Nutzung beträgt 120,00 / 125,00 / 9,00

Aufstellung von Zeitungsverkaufsständen, pro Zeitungsverkaufsstelle (Tasche und Entgeltbox) und Jahr

sa) bei Aufstellung an Sonn- und Feiertagen, 240,00 / 248,00 / 18,00

sb) bei täglicher Aufstellung. 690,00 / 715,00 / 51,90

Baustelleneinrichtungen, Aufstellungen von Containern u. ä.

ta) pro m² und Monat 70,00 / 73,00 / 5,30

tb) die gem. lit. ta) ermittelten Entgelte erhöhen sich ab dem vierten Monat der Benützung um 50 %, ab dem siebenten Monat der Benützung um 100 % des ursprünglichen Betrages.

Die Mindestgebühr beträgt je Baustelleneinrichtung bzw. je Container und Monat 180,00 / 186,00 / 13,50

Verkaufsstände, Warenkörbe u.ä., pro m² und Monat 110,00 / 115,00 / 8,30

Informations- und Werbestände bis 6 m² Grundfläche für die Dauer von 3 Tagen und pro weitere angefangene 3 Tage 300,00 / 310,00 / 22,50

bei einer Grundfläche über 6 m² ein Zuschlag pro m² für die Dauer von 3 Tagen und pro angefangene 3 Tage in Höhe von 50,00 / 53,00 / 3,80

Für das Abstellen eines mehrspurigen Kraftfahrzeuges in Gebieten die mit Verordnungen des Gemeinderates zu gebührenpflichtigen Zonen erklärt worden sind, mit Ausnahmen des Stadtplatzes und des Grünmarktes, mit einer Ausnahmegenehmigung gem. § 45 Abs. 2 bzw. Abs. 4 a, StVO 1960 i. d. g. F. ab einer Bewilligungsdauer von 1 Monat je Fahrzeug und Jahr. 8.000,00 / 8.500,00 / 615,00

Für das Aufstellen bzw. das Anbringen von Einrichtungen, die dem Abstellen von Fahrrädern dienen (Fahrradständer u. ä.), ist kein Entgelt zu entrichten.

Eine Inanspruchnahme öffentlichen Gutes über die in Abs. 1 und 2 angeführten Benützungarten hinaus ist nur nach Abschluss von Sondergestattungsverträgen zulässig.

In den Tarifen gemäß Abs. 1 ist die Umsatzsteuer nach den Bestimmungen des Umsatzsteuergesetzes 1994, BGBl. Nr. 663/1994, in der jeweils geltenden Fassung nicht enthalten.

Art. III

Berechnung der Entgelte

Trifft der Beginn (das Ende) einer Benützung, für die ein Jahresentgelt zu entrichten ist, nicht mit dem Beginn (Ende) eines Kalenderjahres zusammen, so ist das Entgelt aliquot nach Monaten auf der Grundlage des Jahresentgeltes zu berechnen. Die Berechnung beginnt mit dem Monat, der dem Beginn der Benützung folgt. Die Berechnung endet mit dem Monat in dem die Benützung endet.

Trifft der Beginn (das Ende) einer Benützung, für die ein Monatsentgelt zu entrichten ist, nicht mit dem Beginn (Ende) eines Kalendermonates zusammen, so ist das Entgelt aliquot nach Tagen auf der Grundlage des Monatsentgeltes zu berechnen. Der Berechnung wird ein Kalendermonat von 30 Tagen zugrunde gelegt.

Art. IV

Fälligkeit

Benützungsentgelte nach Art. II werden durch den Magistrat der Stadt Steyr zur Zahlung vorgeschrieben und werden mit Ablauf von 2 Wochen nach Zustellung der Rechnung fällig.

Wird das Benützungsentgelt nicht spätestens am Fälligkeitstag entrichtet, so tritt mit Ablauf dieses Tages die Verpflichtung zur Entrichtung eines Säumniszuschlages ein. Der Säumniszuschlag beträgt 4 % des nicht zeitgerecht entrichteten Entgeltbetrages, jedenfalls aber S 30,00.

Wird das Benützungsentgelt nicht innerhalb von zwei Monaten nach Zustellung der Rechnung zur Anweisung gebracht, kann eine weitere Inanspruchnahme des öffentlichen Gutes jederzeit untersagt und gegebenenfalls die Entfernung der betreffenden Einrichtung aufgetragen werden.

Art. V

Inkrafttreten

Der Beschluss ist durch Anschlag auf der Amtstafel der Stadt Steyr kundzumachen und tritt mit 1. April 2001 in Kraft. Gleichzeitig tritt die derzeit gültige Tarifordnung außer Kraft.

Also, dieser Antrag steht heute zur Debatte. Die bisher vorgetragenen Zahlen machen augenfällig, dass es sich hier um keine strukturelle, gravierende Veränderung handelt, sondern um eine Anpassung, die aufgrund der Kaufkraftentwicklung und der Euroeinführung uns erforderlich erschienen ist. Ich bitte sie jetzt die Debatte darüber abzuführen und eine Beschlussfassung herbeizuführen. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke, zu Wort gemeldet hat sich Herr Vzbgm. Dr. Pfeil. Ich erteile es ihm.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Besucher. Ich werde nicht beginnen, den Amtsbericht oder den Antrag vorzulesen, sondern gleich zur Sache zu kommen.

Zuerst einmal zum Formalen. So ein wichtiger Antrag sollte zumindest formal richtig sein. Ich habe zuerst auch den Herrn Magistratsdirektor gebeten, diesen Antrag zu verbessern. Wenn sie sich nämlich den Antrag ansehen, er geht nahtlos vom Art. I zum Art. III über. Wie wir gelernt haben kommt nach eins zwei und nicht drei. Irgendwo muss ein Art. II auch versteckt sein. Aber das ist nicht der Grund meiner Wortmeldung.

Der Grund meiner Wortmeldung ist der, dass wir hier Anträge haben, die besser diskutiert oder besser nicht beschlossen werden sollen. Im Besonderen denke ich hier an einen. Wir haben diese Tarife für die Benützung des öffentlichen Gutes über den Gemeingebrauch hinaus in unserer Zeit zweimal beschlossen. Das letzte Mal 1998, aber auch schon, ich glaube es war 1993, wie die Kurzparkzonengebühren eingeführt worden sind, uns sehr, sehr intensiv über die Jahreshöhe des Aufstellens bzw. Parkerlaubnis für Geschäftsleute, für Freiberufler in diesen Zonen auseinandergesetzt. Ich spreche also den Punkt w) vom Art. I oder II an, ich kann das jetzt nicht sagen. „Für das Abstellen eines mehrspurigen Kraftfahrzeuges in Gebieten die mit der Verordnung des Gemeinderates zu gebührenpflichtigen Zonen erklärt worden sind, mit Ausnahmen des Stadtplatzes und des Grünmarktes, mit einer Ausnahmegenehmigung gem. § 45 Abs. 2 bzw. Abs. 4 a, StVO 1960 i. d. g. F. ab einer Bewilligungsdauer von 1 Monat je Fahrzeug und Jahr, S 8.000,--“. Wir haben bei den vorangegangenen Abstimmungen immer wieder darauf hingewiesen, wir haben auch sehr viel Verständnis dafür bekommen, dass S 8.000,-- eine Maximalhöhe ist und auf gar keinen Fall erhöht werden sollte eher gesenkt werden sollte. Es war damals sehr, sehr umstritten und es gab sehr viel böses Blut bei den Innenstadtleuten, insbesondere bei Berufen, die es nicht so dick haben und die aber auf das Auto angewiesen sind. Wenn es uns ernst ist, dass die Innenstadt nicht ausstirbt, dass sie belebt wird, dann sollten wir es hier bei dieser Erhöhung nicht belassen, sondern beim Tarif von S 8.000,-- belassen, weil auch ohne einer Begründung kommt es hier nicht zu einer 3 %-igen Erhöhung, wie im Amtsbericht angeführt zu einer 3,22 %-igen Erhöhung, wie im Durchschnitt angegeben, sondern wir haben hier über den Daumen gerechnet fast eine 8 %-ige Erhöhung. Völlig unbegründet und völlig unnötig.

Zum anderen, wir haben heute eine Reihe von Anträgen, die sich mit Gebührenerhöhungen beschäftigen und hier wird immer von Euro-Anpassung gesprochen, auch hier bei diesem gegenständlichen Antrag. Ich werde noch einmal darauf zurück kommen. Ich kann nicht einmal eine Erhöhung mit einer notwendigen Euro-Anpassung diskutieren und ein anderes Mal ist mir die Euro-Anpassung egal. Ich habe deshalb einen Abänderungsantrag vorbereitet, und ich ersuche, dass sie diesen Abänderungsantrag unterstützen. Der Abänderungsantrag beinhaltet genau dieselbe Euro-

Anpassung, aber den Tarif, den ich angesprochen habe, auf S 8.000,-- belässt. Ansonsten bleibt diese durchschnittliche Erhöhung von 3,22 % gleich. Ansonsten werde ich mich beim Hauptantrag der Stimme enthalten.

Abänderungsantrag

zu Antrag des Stadtsenates

Der Gemeinderat möge beschließen:

Beschluss

des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 22. 3. 2001, betreffend die Festsetzung des Entgeltes für einen über den Gemeingebrauch hinausgehende Benützung öffentlichen Gutes.

Art. I

Gegenstand

Für eine über den Gemeingebrauch hinausgehende Inanspruchnahme öffentlichen Gutes sind nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen Entgelte an die Stadt Steyr als Verwalterin des öffentlichen Gutes zu leisten.

Art. II

1. Tarife

Für das Abstellen eines mehrspurigen Kraftfahrzeuges in Gebieten die mit Verordnungen des Gemeinderates zu gebührenpflichtigen Zonen erklärt worden sind, mit Ausnahmen des Stadtplatzes und des Grünmarktes, mit einer Ausnahmegenehmigung gem. § 45 Abs. 2 bzw. Abs. 4 a, StVO 1960 i. d. g. F. ab einer Bewilligungsdauer von 1 Monat je Fahrzeug und Jahr. 8.000,00 / 8.000,00

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Nächster zu Wort gemeldet ist Herr StR Mayrhofer. Ich erteile es ihm.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren. Wir haben in den Medien in den letzten Tagen sehr viel gehört, gelesen, über die Preistreiberei der Stadt Steyr. Diese Aussagen sind großteils von Kollegen von uns gekommen und ich finde sie nicht richtig, weil sie verunsichern natürlich die Bevölkerung und übergehen eine Tatsache, dass es sich in den meisten Fällen um eine Indexanpassung handelt, die eine leichte Korrektur, und ich betone wirklich eine leichte Korrektur hat im Hinblick auf den Euro. Natürlich wäre es besser nicht drei Jahre mit einer Preisanpassung zu warten, sondern wirklich eine Indexanpassung auch bei einer Verordnung festzuschreiben, sodass wir jährlich unsere, in der Vergangenheit ungefähr 2 %igen Erhöhungen hätten, die gleich gehen auch mit der Erhöhung der anderen Preise, des Verbraucherpreisindex und damit auch zum Teil mit den Einkommen. Die Euroanpassung, wie wir es auch heute in einer Tageszeitung lesen konnten, die bekrittelt wurde, und man sagt, man nimmt den Euro als Vorwand um hier Preise zu erhöhen, also diese Vorgangsweise möchte ich schon einmal klar ablehnen, weil es einfach nicht stimmt. Dass ich natürlich, wenn ich eine Indexanpassung vornehme, mir überlege ob ich geringfügig auf eine

entsprechende gerade Zahl gehe, damit ich es im nächsten Jahr erleichtere, nicht nur für mich, sondern für den Konsumenten, ist glaube ich durchaus legitim. Das sollten wir also wirklich berücksichtigen.

Bei den Dauerstellplätzen im Innenstadtbereich möchte ich schon darauf hinweisen, dass der Erstvorschlag ja bei weitem höher gewesen wäre, dass wir von S 9.000,-- ausgegangen sind und uns dann auf S 8.500,-- geeinigt haben und das auch nicht aus Jux und Tollerei. Das ist eine Erhöhung um 6,25 % und der Herr Dr. Pfeil hat es eh schon gesagt, letztes Mal wurde 1998 angeglichen, das ist drei Jahre aus.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Mit 1. 1. 1999, sind zwei Jahre aus, Herr Kollege.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Dann ist es eine Erhöhung von 3 % pro Jahr, auch das sehe ich durchaus ...

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Warum hier mehr, warum hier das Doppelte als bei den anderen Tarifen? Das müssen sie mir erklären. Es ist erstaunlich, dass sie sich auf die Schienen werfen, für eine Erhöhung ihrer Leute.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Auch das sehe ich durchaus im Rahmen an. Herr Dr. Pfeil, sie haben eine Erhöhung der Kurzparkgebühren von S 5,-- auf S 7,-- auch beantragt, und das sind 40 %. Jetzt Frage ich sie, warum hauen sie sich da nicht auf die Schienen? Weil es halt jetzt schön ist, weil wir uns in den Medien als Retter von irgendjemanden aufspielen können, jetzt sagen wir auf einmal das ist zu hoch. Zuerst sind 40 % überhaupt kein Problem. Ich glaube nicht, dass diese Vorgangsweise wirklich richtig ist. Wir haben sehr ausführlich darüber diskutiert und natürlich wäre es uns allen miteinander lieber, wir müssten nichts erhöhen. Es ist allerdings nicht einzusehen, dass wir für jeden normalen Benutzer die Stundengebühr um ein erkleckliches Maß erhöhen und gleichzeitig bei den Dauerkarten sagen wir, da tun wir überhaupt nichts. Ich glaube, das geht gar nicht, das können wir auch moralisch nicht verantworten. Dieser Kompromiss, mit den 6,25 %, glaube ich ist durchaus ein tragbarer Kompromiss. Ich würde aber trotzdem alle Kollegen ersuchen, wirklich verantwortungsvoll auch mit der öffentlichen Meinung umzugehen und hier nicht bitte schön die Rute ins Fenster zu stellen und sagen, wir bösen Stadtväter, wir rauben das Letzte aus der Tasche heraus, vor allem dann nicht wenn es um solche Erhöhungen geht, die wie gesagt in Höhe einer Indexanpassung sind. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Frau Mag. Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Vertreter der Presse. Ja, man kann natürlich versuchen, das ein bisschen schön zu reden, alleine damit, dass man immer von Preisanpassungen spricht, von Strukturbereinigungen, dass man aber nie das Wort Preiserhöhung oder Tarifierhöhung in den Mund nimmt, kommt nicht von ungefähr, dass es auch in den Amtsberichten nie auftaucht, weil es klingt einfach besser, viel verträglicher. Auch statt zu Kündigungen sagt man halt heutzutage Freisetzungen und zu Preiserhöhungen, Tarifierhöhungen sagt man halt einfach

Anpassungen, Strukturbereinigungen. Einmal habe ich sogar gelesen „marketingmäßige Anpassung der Preise“. Das klingt ja wunderschön. Marketing klingt gut, also muss eine marketingmäßige Anpassung der Preise ja wundervoll sein. Nur ganz so ist es nicht. Vor allem ein Argument, Herr Kollege Mayrhofer, sie haben das jetzt sehr oft gebracht mit der Indexanpassung. Kein Mensch wird sich gegen eine Indexanpassung verwehren, wenn sie Vorleistungen haben. Wenn sie als Stadt, als Kommune Vorleistungen haben die für sie teurer werden und deswegen müssen sie auch ihre Tarife anheben, keine Frage. Wenn heute der Benzin oder der Diesel teurer werden und sie müssen dann ihre Tarife im öffentlichen Verkehr erhöhen aufgrund dieser Erhöhungen, dann schaut das anders aus. Nur wo sind wir denn heute? Wir sind bei den Tarifen ...

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Sind unsere Kosten bitte stehen geblieben, Frau Kollegin?

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Darf ich zu dem kommen wo wir sind? Wir sind bei den Tarifen für die Benützung des öffentlichen Gutes über den Gemeingebrauch hinaus, vulgo kann ich dazu auch Luftsteuer sagen. Die Luft, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist nicht teurer geworden, die hat sich Gott sei Dank noch jeder Indexanpassung verschlossen. Wovon reden wir denn zu einem großen Teil?

Diskussion verschiedener Mandatäre

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Wir reden zu einem großen Teil von Schildern, die über Geschäftsgebäude hinausragen. Alleine dafür, dass ein Schild über mein Geschäftsgebäude hinausragt, muss ich diese Steuer entrichten. Bitte, da können sie mir nicht erklären, dass unsere Vorleistungen größer geworden sind. Generell kann man auch nichts dagegen sagen, wenn man schon ihr Argument vollziehen würde, dem ich nicht nachkommen will, aber wenn man in einem Amtsbericht schon mit diesen 3,22 % argumentiert, dann ist es wirklich nicht einsichtig, wenn man das dann durchrechnet, dass man beim letzten Posten draufkommt, da sind es ja gar nicht 3,22 %, sondern da sind es plötzlich 6,25 % die erhöht werden sollen. Da verstehe ich sie wirklich nicht Herr Kollege Mayrhofer. Gerade sie als Wirtschaftskämmerer und als Vertreter der Wirtschaft, das gut zu heißen, dass ich es jetzt jenen auch noch ein bisschen schwieriger mache, die darauf angewiesen sind, dass sie mit einem Lieferfahrzeug unterwegs sind. Die Argumentation, er muss ja dann für das Parken nichts bezahlen stimmt ja nicht, weil ich muss ja erst überhaupt einmal eine Parkfläche finden. Die Argumentation mit den Parktarifen, dass die ja gestiegen sind, die stimmt. Nur wenn das so ist, dann hätten wir ja auch unsere Bewohnerparkkarten teurer machen müssen. Nur die haben wir nicht teurer gemacht. Ganz im Gegenteil, die haben wir verbilligt. D. h., das Argument ist wirklich nicht stimmig.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Sie wollen also, dass die Bewohnerparkkarten teurer werden?

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Nein, das will ich nicht Herr Kollege Mayrhofer. Sie brauchen einem nicht das Wort im Mund umdrehen. Aber sie können nicht mit der einen Argumentation kommen und sagen, wir haben bei den Parkgebühren erhöht, also müssen wir diese Gebühr auch erhöhen, weil das schlichtweg nicht stimmt. Ich habe zwar diesen Abänderungsantrag von ihnen, Herr Dr. Pfeil, noch nicht in schriftlicher Form bekommen, ...

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Er liegt hier auf.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Er liegt jetzt da auf, aber ich werde den selbstverständlich unterstützen, weil ich finde nicht, dass es irgendein Argument gibt, dem man da nachkommen kann um da jetzt von den S 8.000,- auf die S 8.500,- zu gehen. Vor allem, das ist pro Fahrzeug. Überlegen sie sich das einmal, in einem mittleren Unternehmen das viel ausliefert, wo ich gleich einmal zwei, drei Fahrzeuge habe, ist das eigentlich schon ein ordentlicher Betrag. Also, da würde ich sie bitten, davon Abstand zu nehmen. Eines hätte mich schon längst interessiert. Wenn sie sich einmal bitte diese einzelnen Tarife durchlesen, dann möchte ich wirklich wissen, was alleine die Administration kostet, das alles immer nachzuvollziehen. Da muss einer die ganze Zeit mit dem Maßband unterwegs sein, wenn er das wirklich erfassen will.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Herr Dr. Pfeil.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Nachdem sich von den Vertretern der SPÖ bis jetzt niemand gemeldet hat ...

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Er hat sich ja schon gemeldet!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich bin schon sehr angetan, wer diesen SPÖ-Vorschlag verteidigt. Der Herr Mayrhofer stellt sich hier heraus und verteidigt Preiserhöhungen gegen sein Klientel, die er sozusagen vertreten will.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Sie kennen aber schon den Unterschied zwischen einen Amtsvorschlag und einen Fraktionsvorschlag?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ja, sie wissen, wie das im Hause so ist. Es ist nur wirklich interessant zu bemerken, wer das aller verteidigt und von welcher Seite er Beifall bekommt, der Herr Mayrhofer. Es ist wirklich interessant.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Sagen sie was Gescheites, dann bekommen sie auch Beifall.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Mayrhofer, sie verwechseln wiederum nahezu alles. Gebührenpflichtige Kurzparkzonen sind, ich denke sie sind 9 Jahre nicht verändert worden. Wir haben alle das letzte, oder vorletzte Mal genau diskutiert und hier war es ja wirklich eine Euro-Anpassung, dass wir eine eurofähige Summe bekommen und dass der Wechsel der Parkplätze möglich ist und so haben wir uns gemeinsam auf die S 7,- geeinigt. Ich habe von ihrer Seite hier keine Gegenstimme gehört. Nur jetzt nach zwei Jahren, sie haben zuerst gesagt nach drei Jahren, es sind tatsächlich zwei Jahre, verteidigen sie eine

Erhöhung, die nahezu 7 % ist, im Durchschnitt 3,22 %. Wir haben damals schon gesagt, wie der Herr Finanzreferent Zagler diesen Tarif, diese 8.000-Schilling-Karte, wie sie damals geheißen hat, ins Leben gerufen hat, da gab es einen Aufschrei, auch bei ihren Vorgängern, das ist viel zu teuer und völlig unerklärlich, das können wir unseren Leuten nicht zumuten. Damals ist es halt anders beschlossen worden. Und wer heute einer Erhöhung, heute nach zwei Jahren, wiederum das Wort redet, das sind sie. Ich bin schon sehr, sehr eigenartig berührt von ihrer Stellungnahme. Ich danke ihnen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich möchte aber schon feststellen, dass das ein Amtsvorschlag ist und kein SPÖ-Vorschlag. Dass wir das einmal klären. Wir haben das gemeinsam im Finanz- und Rechtsausschuss durchgenommen, nicht nur die Autogebühr.

Zu Wort gemeldet hat sich Herr StR Bremm. Bitte sehr.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Sehr verehrter Herr Bürgermeister, sehr verehrte Kolleginnen, liebe Kollegen. Ich möchte da auch anschließen, was die Frau Vizebürgermeisterin schon gesagt hat, es ist kein SP-Vorschlag, sondern das ist eine gemeindeeigene Steuer, die von Amtswegen her vorgeschlagen wurde anzupassen. Es ist schon sehr eigenartig, wie die Diskussion aus heutiger Sicht geführt wird. Ich kann mich an so manche Ausschusssitzungen in der Vergangenheit erinnern, wo gerade von ihrer Fraktion, Herr Pfeil, und auch von ihnen, Frau Frech, die sich ja mit Betriebswirtschaft sehr intensiv beschäftigt, massiv immer kritisiert worden ist, weil wir evt. Tarifierpassungen, wie sie das auch genannt haben, nicht in dem Ausmaß gemacht haben, was sie sich vorgestellt haben.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Sagen sie mir ein Beispiel dazu Herr Bremm, ein Beispiel.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Wir haben in der Vergangenheit genügend Diskussionen gehabt wo wir Tarifierpassungen machen mussten, wo sie gesagt haben, die SPÖ hat das seinerzeit verabsäumt und hat nie etwas getan. Ob das bei den Kindergartentarifen war, ob das bei den Autobustarifen war, das ist alles kritisiert worden, wo sie dann von ihrer Partei einen sitzen gehabt haben, der Referent geworden ist. Das ist wieder einmal eine interessante Debatte, lieber Roman Eichhübl, was dein Chef heute zu dir sagt. Nicht? Das wird ja noch interessant. Da hat er dich anscheinend nicht mehr im Griff, weil du tust selbstständig was du willst, ohne dass es mit deinem Chef abgesprochen ist.

Gelächter

STADTRAT GERHARD BREMM:

Ich muss mich dagegen schon verwehren, weil es ist eine ...

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Herr Kollege Bremm, war das jetzt eine Rüge?

STADTRAT GERHARD BREMM:

Nein, die bekommst du dann von ihm, nicht von mir.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das werden wir leicht diskutieren können.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Ich habe geglaubt, du willst unserer Fraktion beitreten.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Nein, ihr seid mir zu uneinig, das halte ich nicht aus.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Was sind wir?

STADTRAT GERHARD BREMM:

Ihr seid euch zu uneinig, das ist nichts für mich, da ist zuwenig Disziplin.

Also, da muss man schon die Kirche im Dorf lassen. Es ist eine parteieigene, Entschuldigung, es ist eine gemeindeeigene ...

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ha, ha, jetzt haben sie es aber gesagt.

Gelächter

STADTRAT GERHARD BREMM:

Es wäre ja schön, wenn die Parteisteuern dort und da steigen würden, weil wir könnten es brauchen, aber wie ich höre, eh sie auch. Es ist eh auch nicht so. Es ist eine gemeindeeigene Steuer wo natürlich unsere Aufwendungen, die wir als Gemeinde haben, auch mit dazu beitragen, das zu finanzieren. Ich verstehe eigentlich gar nicht die Aufregung, dass man sich da um den einen Tarif jetzt mächtig auf den Plan tritt, was das für eine unsoziale Maßnahme ist. Der Herr Pfeil hat es ja versucht ein bisschen so darzustellen, wie wenn das die armen, die wenig verdienenden Kolleginnen aus den Handelsgeschäften betrifft. Die Frau Frech hat es dann deutlicher gesagt, dass es nämlich die betrifft, die mit ihren Firmenautos parken und diese Möglichkeit in Anspruch nehmen. Natürlich ist das ein Steuerungsinstrumentarium. Wir wollen nämlich nicht, dass der ganze Grünmarkt und der ganze Stadtplatz mit lauter Firmenautos verparkt ist. Das wollen ja alle anderen auch nicht, das ist ja eh die Debatte. Wir haben gesagt, wir wollen den Grünmarkt, den Stadtplatz und den Kai für einen größtmöglichen Umschlag ...

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Die sind ohnedies ausgenommen von dieser Regelung.

STADTRAT GERHARD BREMM:

... von Parkplätzen frei halten.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Jetzt kommt ein bisschen ein Leben hinein.

Gelächter

STADTRAT GERHARD BREMM:

Es ist ein gewisser Steuerungsmechanismus. Das soll nicht ein Billigtarif sein, den sich wirklich dann jeder, für alle Autos die er hat, leistet. Darüber hinaus muss man ja noch sagen, wer bezahlt denn das letztendlich wirklich, meine sehr verehrten Damen und Herren? Wie wird denn so ein Aufwand von einem Gewerbetreibenden von einem Unternehmen, von einem Geschäftsmann dann verbucht? Es ist ja nicht so, dass der von seinem Privatgeld das bezahlt, sondern das wird verrechnet. Das ist ja in Wirklichkeit von seinem Ertrag steuermindernd. In Wirklichkeit müsste der Herr Dr. Pfeil in vorauseilendem Gehorsam zum Grasser ja aufschreien und sagen, das ist ja unmöglich, wir können uns das nicht leisten. Es ist ja ein Absatzbetrag von den betrieblichen Steuern. In Wirklichkeit wird das ja auch auf die Dinge aufgeschlagen, die verkauft werden, auf das Produkt, was hier verkauft wird. Letztendlich bezahlt das eh wieder der Kunde.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Da sind wir genau wieder bei der Preistreiberei. Sie argumentieren genau so.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Über Preistreiberei können sie sich dann mit dem Herrn Dr. Pfeil unterhalten, weil da sind sie gerade bei ihm in bester Gesellschaft, weil was da alles passiert, das ist ja eh fast nicht mehr auszuhalten. Also, da passt das jetzt, wenn man über das diskutiert. Es waren schon ungünstigere Zeiten, aber heute sind sie schon günstig.

Also, ich glaube, dass man das wirklich nicht so übertreiben braucht, diesen einen Tarif, so zu tun, als wenn nur mehr Preistreiberei in dieser Stadt betrieben wird. Da geht es nicht um gegenseitig Unterstützung ob die ÖVP die SPÖ unterstützt oder die SPÖ die ÖVP oder die Grünen, hier geht es um Verantwortung, die wir als Politiker in der Stadt Steyr zu tragen haben und wir haben auch zu schauen, wie wir Geld aufbringen um für unsere Aufgaben, die wir zu erledigen haben, das notwendige Geld zur Verfügung haben. Steuern machen keinem Freude, am liebsten bezahlt man keine Steuern, und alle möchten wir alles umsonst haben. Das wäre das Schönste, das spielt es aber nicht. Wir brauchen halt Steuern, damit auch gewisse Dinge abgedeckt werden können. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Herr StR Mayrhofer hat sich zum zweiten Mal zu Wort gemeldet. Bitte sehr.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren, da sind jetzt ein paar Sachen gefallen, die müssen einfach korrigiert werden. Wenn der Kollege Pfeil sagt man kann das nicht vergleichen weil das was er beantragt hat, die Erhöhung, das ist für 9 Jahre gewesen, dann ersuche ich ihn einen Taschenrechner in die Hand zu nehmen, wenn er es mit dem Kopf nicht ausrechnen kann, ...

Unverständliche Zwischenrufe von Vizebürgermeister Dr. Pfeil.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

... aber bei 40 % bitte in 9 Jahren sind wir klar mit einer höheren Erhöhung als mit der jetzt beantragten.

Das 2. bitte schön, die Kollegin Frech, die gemeint hat es muss auch möglich sein dass man zwei, drei Lieferfahrzeuge pro Firma hier am Kai und im Innenstadtbereich, ausgenommen Grünmarkt, ...

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Das habe ich nicht gesagt. Ich habe gesagt, die Gebühr ist pro Fahrzeug.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Es ist nicht vorgesehen und auch nicht erwünscht, weder von mir noch von den Kaufleuten, dass Einzelfirmen mehrere Fahrzeuge hier abstellen, weil da geht es um das Abstellen, nicht um das An- und Zuliefern, sondern hier geht es um das dauerhafte Abstellen während der Verkaufszeit, während der Öffnungszeiten. D. h., es ist ein großer Unterschied, weil wir nähern uns da dem Problem Parkplatzproblem. Gleichzeitig sagen natürlich unsere Kaufleute, bitte wir haben zu wenig Parkraum. D. h., es ist nicht gut Dauerparkplätze zu forcieren, nämlich preislich nicht zu erhöhen und für unsere Kunden, die hereinkommen, die einen Parkplatz finden sollen, für die erhöhen wir es. Das ist ein Ungleichgewicht und ist auch nicht im Interesse.

Herr Kollege Bremm, ein bisschen über das Ziel geschossen sind sie mir schon, wenn ich mir ansehe, steuermindernd und Absatzbetrag und das bezahlt ja im Prinzip eh nicht der Kaufmann. Da möchte ich schon auf die Studie verweisen die vor 14 Tagen in der Presse sehr groß gebracht wurde, dass 50 % aller Einzelhandelsgeschäfte Defizit machen. Wenn sie Defizit machen haben sie keinen Ertrag und sie können auch nichts absetzen. D. h., das bitte schön schon zu berücksichtigen. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Schlusswort Herr Bürgermeister bitte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren. Es ist interessant, wie im Zusammenhang von solchen, von Zeit zu Zeit notwendigen, Erhöhungen von Gebühren oder Tarifen sich die Diskussion auf einmal entflammt. In Wahrheit weiß natürlich jeder im Gemeinderat, dass wir als Stadt diese Einnahmen brauchen. In Wahrheit hat jeder Gemeinderat und jede Gemeinderätin eine Menge Ideen im Kopf, welche Projekt dass wir noch, zu denen die wir eh schon beschlossen haben, zusätzlich machen sollen. Jede Debatte die wir zu diesem Thema durchgeführt haben, nach einer Stunde sind wir in der Lage gewesen z. B. im Stadtsenat 20 Millionen mehr anstelle von weniger auszugeben, bei Budgetklausuren usw. Aber wenn wir darüber reden, dass wir von Zeit zu Zeit eine, ich sage das ganz normal, Erhöhung machen müssen, können einige verschämt Anpassung oder sonst irgendetwas sagen, es ist eine Erhöhung, das ist richtig. Sie trifft natürlich diejenigen, die sie bezahlen müssen und das ist unangenehm. Aber in unserem schönen Land Österreich sind momentan ein paar Dinge, die sind schon deutlich unangenehmer als diese Erhöhungen, die wir da heute beschließen. Das möchte ich schon mit aller Deutlichkeit sagen. Aber es ist schon spannend, wie in diesem Zusammenhang die Luftsteuer erfunden wurde. Aber das ist auch eigentlich ein Serienbegriff, wenn ich mir überlege, dass auch schon die Maschinensteuer erfunden wurde und die Sparbuchsteuer und die Schaumweinsteuer und was weiß ich noch alles. Es ist überhaupt auch keine politisch zuordenbare Geschichte, dass irgendjemand Fantasie beim Besteuern erfinden an den Tag legt, das kann man ja in der ganzen Geschichte der menschlichen Kulturen nachlesen. Wir machen in Wirklichkeit eine vergleichsweise geringfügige Erhöhung und bei uns wird getan, als wenn die Welt einstürzen würde. Ich begrüße das aber trotzdem, wenn man die Dinge in der Debatte ein bisschen ins Lot rückt. Ich meine, der Amtsvorschlag war deutlich höher bei dieser Steuer, bei dieser Gebühr für dieses Dauerparkkarten, als wie sie jetzt tatsächlich ausgehandelt wurde. Aber bitte, es ist ja wirklich unmöglich, dem, der das

für die Einzelparkkarten aus dem Börserl herausbezahlt, das doch beträchtlich zu erhöhen, wenn man die Prozentsätze nimmt. 5 auf 7 ist ja nicht so viel, aber 40 % ist schon viel. Nicht? Ihr zeigt ja das sehr deutlich. Dann lassen wir diese andere Kategorie unbehandelt dort stehen und dort dürfen wir nichts erhöhen. Das verlangen sie. Das kann ich nicht nachvollziehen. Da ist schon eine Frage der Moral, was man vertreten will, auch wenn man einen gewissen Lobbyismus betreibt. Wenn man da einen wirklich heftigen Streit führen würde, Spitz auf Knopf in dieser Angelegenheit, dann müsste man sich noch ein bisschen weiter zurückerinnern, nämlich über den Aufschrei, von dem sie geredet haben, hinaus, wie wir damals den Betrag festgelegt haben, und müsste sagen, ja wieso haben wir das denn überhaupt eingeführt, wenn uns das laufend solche Schwierigkeiten bereitet? Schaffen wir es doch einfach wieder ab und jeder soll seine Schilling bei dem Automaten hineinwerfen, dann haben wir dieses böse Streitthema vom Tisch. Aber wenn ich mich richtig erinnere, sind die Delegationen erschienen und haben gesagt, bitte dürfen wir das nicht haben, wir möchten das gerne haben, wir brauchen das und wir bezahlen auch so viel, als ein durchschnittlicher Parker aus unserer Situation heraus bezahlen würde, wenn er es halt einzeln errichtet, nur wir möchten uns dieses Wege ersparen. So ist das doch eingeführt worden meine Damen und Herren. Jetzt so zu tun als würden diese Herrschaften überbelastet, die eigentlich ein gewisses Privileg haben, das sehe ich eigentlich nicht ein. Jedenfalls sehe ich keinen Grund dafür, dass man sich da so aufregt. Von Zeit zu Zeit wird halt auch in einer Gemeinde, so wie das beim Land oder beim Bund geschieht, eine Tarifierhöhung, Erhöhung oder Verteuerung notwendig werden, weil für uns auch leider alles teurer wird. Es steigen die Gehälter, wir haben mit Kosten zu rechnen und im Gegenteil, dieses Mal sind wir ja sogar damit befasst, dass uns gewisse Einnahmen von Bundesseite her reduziert wurden und ganz deutlich und in Millionenhöhe. Das wird sowieso durch diese Erhöhung, die in Wirklichkeit, wirklich im überwiegenden Bereich, nur eine Anpassung darstellt, nicht ausgeglichen. Daher bitte ich hier, meine Damen und Herren, um die Zustimmung zu diesem, von mir vorgetragenen, Antrag.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wir kommen nun zur Abstimmung. Wir stimmen zuerst über den Abänderungsantrag ab. Der Abänderungsantrag lautet, den Tarif auf S 8.000,- zu belassen. Wer diesem die Zustimmung gibt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. 7 FPÖ. Wer ist dagegen? SPÖ, ÖVP, GAL. Wer übt Stimmenthaltung? 1 LIF. Der Abänderungsantrag wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Jetzt kommen wir zur Abstimmung über den Hauptantrag. Wer diesem die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. SPÖ, ÖVP, GAL. Wer ist dagegen? 7 FPÖ. Wer übt Stimmenthaltung? 1 LIF. Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen. Danke, der nächste Punkt bitte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Mein letzter Antrag, meine Damen und Herren, beschäftigt sich mit dem gewünschten Ankauf eines gebrauchten Belichters und Entwicklers für die Hausdruckerei hier im Hause. Es ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

7) GHJ1-3/01 Ankauf eines gebrauchten Belichters und eines Entwicklers für die Hausdruckerei.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Zentralverwaltung vom 12. 3. 2001 wird dem Ankauf eines gebrauchten Entwicklers und Belichters für die hg. Hausdruckerei bei der Fa. Muhr, 2103 Langenzersdorf, Schulstraße 119, um den Betrag von S 288.000,00 zugestimmt.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von S 150.000,00 bei der VA-Stelle 1/013100/042000 freigegeben, sowie eine Kreditübertragung von der VA-Stelle 1/013100/020000 in Höhe von S 138.000,00 auf die VA-Stelle 1/0131000/042000 bewilligt und dort ebenfalls in dieser

Höhe freigegeben.

Damit kann dieser Kauf, der sich für uns als sehr günstig darstellt und der nur zeitlich befristet möglich ist, aus einer Konkursmasse heraus, getätigt werden. Ich bitte sie daher um ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Ich danke dem Bürgermeister für seine Berichterstattung. Ich möchte den GR fragen, ob wir ein Pause von 20 Minuten machen? Gut, das findet allgemeine Zustimmung.

PAUSE VON 15.50 UHR bis 16.20 UHR

GR Günter Fürweger verlässt um 16.20 Uhr die Sitzung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates wir nehmen unsere Sitzung wieder auf. Nächste Berichterstatteerin ist die Kollegin Mach. Sie wird gebeten ans Rednerpult zu treten.

BE: VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Presse, liebe Gäste. In meinem ersten Antrag geht es um Maßnahmen zur Verlustabdeckung für das Jahr 2001 für das Alten- und Pflegeheim Tabor. Es wird nach Bedarf ausbezahlt in Absprache mit der Verwaltung beim Finanzdirektor der Stadt Steyr.

Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

8) Fin-100/01 APT; Maßnahmen zur Verlustabdeckung 2001.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Zur Liquiditätssicherung des Alten- und Pflegeheimes Tabor werden die im Budget 2001 vorgesehenen Mittel zur Verlustbedeckung des o. H. bei der Voranschlagsstelle 1/42000/759200 in Höhe von S 17.000.000,- und des ao. H. bei der Voranschlagsstelle 5/420000/775000 in Höhe von S 2.000.000,- grundsätzlich freigegeben. Grundsätzlich hat die Auszahlung nur im für die Liquidität erforderlichen Ausmaß, in Abstimmung mit dem Geschäftsbereich für Finanzen, zu erfolgen.

Ich ersuche um Zustimmung zu diesem Antrag.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr für diesen Antrag. Ich darf fragen ob jemand das Wort wünscht? Ich sehe keine Wortmeldung. Wir kommen daher gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich ein Zeichen zu geben. Danke. Gibt es eine gegenteilige Auffassung oder Stimmenthaltungen? Das ist nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig angenommen. Nummer 9) bitte.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. In meinem nächsten Antrag geht es um die Brennstoffaktion für einkommensschwache Personengruppen im Jahr 2001.

Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

9) SH-2/01 Brennstoffaktion für einkommensschwache Personengruppen im Jahr 2001.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Zur Durchführung der Brennstoffaktion 2001 wird der Betrag von **S 850.000,-** (Schilling achthundertfünfzigtausend) aus den bei der VSt. 1/429100/403000 präliminierten Mittel freigegeben.

Die Brennstoffaktion ist nach Maßgabe des Amtsberichtes der Fachabteilung für Soziales vom 06. Februar 2001 durchzuführen. Die stadträtliche Referentin ist ermächtigt, wie in den Vorjahren in berücksichtigungswürdigen Fällen bei Richtsatzüberschreitungen Sondergenehmigungen zu erteilen.

Ich ersuche auch hier um ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wird zum Antrag Nr. 9) das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich ein Zeichen zu geben. Ich sehe das ist einstimmig so beschlossen.

Ich bedanke mich für die Antragstellung bei der Kollegin Mach. Nächster Berichterstatter ist Herr Vzbgm. Dr. Pfeil. Ich erteile ihm das Wort.

BE: VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke Herr Bürgermeister. Meine sehr verehrten Damen und Herren, in meinem ersten Antrag geht es um die Marktтарифordnung der Stadt Steyr. Lt. dem Amtsbericht der von der Abteilung Marktangelegenheiten vorliegt, sollen die Marktтарife für die Stadt Steyr auf Eurofähigkeit angepasst werden. Mit der Begründung, dass hier bar kassiert wird und dass eben Cent-Beträge, also 0,73 € die hier einzuheben wären, sehr schwierig zu administrieren sind und deshalb vorgeschlagen wird auf 0,80 zu gehen. Ansonsten hält sich diese Erhöhung in Grenzen. Es sind seit 1994 keine Tarifierhöhungen. Es würde derzeit einer Tarifierhöhung zum Jahr 1994 von 10,08 % entsprechen.

Ich darf dazu aber auch hier anmerken, dass zuerst Ende des letzten Jahres, per Weisung von Seiten der Finanzabteilung, die Führung des Marktamttes veranlasst worden ist, einen Erhöhungsvorschlag zu machen, weil sie zuerst kundgetan haben, dass keine Erhöhung sinnvoll wäre, weil ansonsten die Attraktivität des Standortes Stadtplatz insbesondere in Frage gestellt werden könnte. Andere Städte haben es schon so weit gebracht, auch im nahen Ausland, in Deutschland, dass solche Marktstände sogar subventioniert werden.

Mit diesem Kompromissvoranschlag, der hier eine sehr, sehr minimale Erhöhung vorsieht, von derzeit in der Regel von S 10,- auf S 11,-, könnte man leben. Insbesondere weil eben das Inkasso von 0,80 € besser ist als 0,73 € Ich bin gerne bereit, auf Wunsch, über die ganze Diskussion Würstelstände, Obstfrau und Gemüsehändler hier auch Auskunft zu geben und hier mit zu diskutieren, falls das gewünscht ist. Ich möchte es auch hier sagen, weil es hier auch eine laufende Diskussion gibt und insbesondere bei der unterschiedlichen Bewertung von diesen beiden, inhaltlicher Weise, insbesondere Gemüsefrau und Würstelstand, gibt. Ich bedanke mich und ersuche um Diskussion bzw. Abstimmung.

10) Ge-1225/00 Marktтарифordnung der Stadt Steyr; Neufassung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Lebensmittelpolizei und Marktangelegenheiten vom 5. März 2001 wird die in der Anlage beigeschlossene Neufassung der Marktтарifordnung der Stadt Steyr genehmigt. Gleichzeitig wird die Marktтарifordnung der Stadt Steyr vom 21. 12. 1994 aufgehoben.

Diese Verordnung tritt mit 1. 1. 2002 in Kraft. Die Kundmachung dieser Verordnung hat gemäß § 65 Abs. 1 des Statutes der Stadt Steyr, LGBl. Nr. 9/1992 i.d.g.F., durch Verlautbarung im Amtsblatt der Stadt Steyr zu erfolgen. (Beilage)

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Zu Wort gemeldet hat sich Herr StR Mayrhofer. Bitte sehr.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben sehr ausführlich im Stadtsenat darüber auch diskutiert, vor allem auch über diese Ungleichbehandlung. Wir wurden aber in der letzten Stadtsenatssitzung da aufgeklärt, dass eine vollkommene Gleichstellung herrscht, also dass der Würstelstand genau so viel bezahlt wie die Gemüsefrau, auch bei vergleichbarer Fläche. Es gibt da zwei die vollkommen gleich sind, also ein Gemüseverkäufer und der Würstelstand, direkt beim Brunnen, und die bezahlen auf den Schilling genau dasselbe. Das war auch der Grund, warum wir dann letzten Endes in der Stadtsenatssitzung zugestimmt haben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es weitere Wortmeldungen? Frau Kollegin Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste. Ja, was für mich bei diesen Marktтарifen schon ein Aspekt wäre ist, dass es bis jetzt keine Differenzierung zwischen jenen, die es wirklich gewerblich betreiben und denen, die nur tatsächlich einmal am Samstag ihre Eier oder ihre Äpfel oder sonst etwas feil bieten und ich mir denke, ich möchte keine Erhöhung für diese Personengruppe, die das wirklich nur so als Zuverdienst zu ihrer ohnedies kleinen Pension nimmt. Ich gehe selbst viel am Markt einkaufen und das wünsche ich mir nicht, dass man für die, die wirklich nur ihre paar Äpfel und Eier dort verkaufen, Erhöhungen vornimmt. Ich kann mir durchaus höhere Tarife im gewerblichen Bereich vorstellen. Aber bis jetzt gibt es diese Differenzierung leider nicht, die gerade angesprochen worden ist. Jetzt nicht zwischen Würstelstand und Marktfrau. Ich nehme an, sie meinen wahrscheinlich das Unternehmen Flath, um das es konkret gegangen ist, sondern wirklich zwischen denen, die das gewerblich betreiben und denen, die sich hin und wieder auf den Markt hinstellen. Da finde ich, sollten wir sehr wohl eine Preisdifferenzierung überlegen. Von denen ist im Amtsbericht überhaupt keine Rede. Aber wie gesagt, das ist leider nicht diskutiert worden, zumindest habe ich das nicht mitverfolgt. Im Stadtsenat war es eine Diskussion, aber ansonsten glaube ich bis dato nicht, dass man sich das vielleicht einmal überlegt, ob man nicht differenzieren könnte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Schlusswort Herr Dr. Pfeil.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ja Frau Frech, sie laufen da bei mir offene Türen ein. Ich habe vor zwei Jahren hier gesagt, gerade diese angesprochenen Würstelstände, die gesamte Diskussion ist einen Querschnittsmaterie, wo die verschiedensten Referenten dabei sind. Ich habe um ein Gespräch gebeten, dass wir uns alle einmal zusammen setzen, das hat bis jetzt nicht stattgefunden. Ich habe dann vor 14 Tagen eingeladen und es

gibt jetzt eine Arbeitsgruppe, die sich damit beschäftigt, besonders Neufestsetzung, nicht nur der Gebühren, sondern auch der Rahmenbedingungen, weil es hier im gewerblichen Bereich in letzter Zeit Probleme gegeben hat. Ich bin gerne bereit, dass ich ihnen das dann später auch noch mitteile.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Warum beschließen wir es dann jetzt schon?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Da dürfen sie nicht mich fragen. Wie ich am Anfang schon gesagt habe, dass dieser Antrag per Weisung von der zuständigen Abteilung eingefordert worden ist. Aber wenn wir von Eurofähigkeit reden ist eine Erhöhung in diesem Bereich vertretbar. Im gesamten Gebührensystem, wir haben auch eine Umfrage in Österreich gemacht, sind hier, was die Tarife, sowohl im gewerblichen als auch im nichtgewerblichen Bereich betrifft, in der Mitte. Auch vergleichbare Städte. Da habe ich nicht so ein Problem damit. Aber ich gebe ihnen Recht, inhaltlich muss man diskutieren, da gibt es einige offene Probleme.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Die Gewerbebetriebe zahlen Abgaben und Steuern, die anderen nicht.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Das wollte ich auch gerade sagen, das muss man auch mit einkalkulieren.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Im Prinzip ist es so, dass wir von jedem pro m² dasselbe verlangen. Wenn wir von diesem Prinzip abgehen, das seit Menschengedenken so gehandhabt wird, dann müssten wir nach Branchen oder irgendwo Unterscheidungen treffen, dann werden wir vor die schwierige Aufgabe gestellt, ist hier die Marge bei einem Würstelverkäufer besser als bei einem Gemüseverkäufer oder wie sieht das aus bei jemanden der hier Textilien anbietet oder was weiß ich. Also, sich auf dieses schwierige Terrain zu begeben, werden wir uns sehr gut überlegen müssen. Ich glaube, dass also die Vorgangsweise wie gehabt und auch im Vergleich mit anderen Städten hier zu schauen wie die Tarife sind, es wurde auch traditionell in der Vergangenheit so gehandhabt. Wir haben das Marktrecht ja jetzt nicht erfunden, sondern seit 700 in unserer Stadt. Da sind wir gar nicht so schlecht gefahren. Der Markt wird auch reagieren. Ich finde schon, dass das der beste Platz am Stadtplatz ist, um dort etwas zu verkaufen. Ich habe mir eine Stellungnahme machen lassen, die Marktleute beschwerten sich nicht über die Höhe der Tarife und es gibt also eher immer das Problem immer welche abweisen zu müssen, sagt unsere Abteilung dazu. Bitte vor dem Hintergrund wird der hohe Gemeinderat ersucht, dieser Veränderung in der Tarifordnung zuzustimmen.

Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen. SPÖ, FPÖ, ÖVP, GAL. Danke sehr. Gibt es Gegenstimmen? Stimmenthaltung? 1 (LIF). Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen. Danke, Nummer 11) bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Im nächsten Antrag geht es um die Hundeabgabenordnung der Stadt Steyr; Gebührenregelung - Neufestsetzung der Abgabenhöhe. Es gibt hier einen Amtsbericht vom 16. Jänner 2001 der Finanzabteilung, den ich ihnen hier einmal so zur Kenntnis bringen darf. Die zur Zeit geltende Hundeabgabenordnung stammt aus dem Jahre 1992. Die dort festgesetzten Abgabensätze betragen S 400,- für den ersten und für den zweiten und jeden weiteren Hund S 800,--. Aufgrund der Tatsache,

dass auf Gemeindeebene die Dienstleistungen an der Bevölkerung immer mehr werden und dadurch die Ausgaben alljährlich steigen, erscheint es gerechtfertigt, auch am Einnahmensektor, im Besonderen bei den Steuern und Abgaben, Erhöhungen durchzuführen. Es wird daher vorgeschlagen, um einerseits Mehreinnahmen für die Stadt zu erzielen und andererseits gegenüber anderen Städten bei den Tarifen nicht nachzuhinken, die Hundeabgabe neu mit S 500,-- für den ersten Hund festzusetzen. Das entsprechen 36,30 € Der Tarif von S 800,-- (58 €) für jeden zweiten und weiteren Hund soll derzeit nicht erhöht werden. Es folgen dann Vergleiche zwischen Linz, Wels und Wien. In Linz sind es S 600,-- und S 600,--, in Wels S 510,-- und S 1.020,--, in Wien S 600,-- und S 900,--. Es sollte dieser Antrag rückwirkend zum 1. Jänner 2001 in Kraft gesetzt werden. Es steht auch hier noch hinten: An den Gemeinderat als das nach dem Statut der Stadt Steyr hierfür zuständige Organ ergeht daher im Einvernehmen mit dem zuständigen stadträtlichen Referenten der Antrag, die in der Anlage beigeschlossene neu verfasste Hundeabgabeordnung der Stadt Steyr genehmigen zu wollen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, hier ist einiges dazu zu sagen. Ich glaube, ich mache keinen Hehl daraus, dass dieser Antrag in dieser Form nicht meine Zustimmung finden kann, weil wir schon im Jahr 1992 insbesondere die damalige massive Erhöhung und insbesondere die völlig unerklärliche Verdoppelung des Zweithundes hier diskutiert und sehr stark kritisiert haben. Ich halte es auch für sehr merkwürdig, dass das jetzt der zweite Antrag ist. Der erste Antrag ist am 22. 11. 2000 geschrieben und dem Stadtsenat vorgelegt worden. Damals haben wir ja nach inhaltlich guter Diskussion im Stadtsenat gesagt, dieser Antrag ist noch nicht reif, da muss inhaltlich diskutiert werden. Insbesondere hat mir die Stellungnahme der wirklich zuständigen Abteilung, der Behörde, gefehlt, und zwar der Veterinärbehörde. Die holen wir noch ein und die bauen wir dann ein. Ich habe diese Stellungnahme dann einholen lassen und darf sie ihnen zur Kenntnis bringen. Für mich überraschend war dann schon, dass diese Stellungnahme hier im Hause nicht bekannt war, bis Mittwoch letzter Woche, einen Tag vor dem Stadtsenat. Weil wenn wir heute schon gesprochen haben, in einem anderen Antrag im Zusammenhang, dass hier besonders nicht nur Partei-, Fraktions- oder lobbyistische Meinungen hier Geltung haben sollen, sondern die Fachmeinung, dann ist hier eine Fachmeinung ganz besonders zu respektieren. Ich darf ihnen die Fachabteilungsmeinung vorlesen: „Über Ersuchen der Fachabteilung für Steuerangelegenheiten vom 31. 1. 2001 wird zur geplanten Erhöhung der Hundesteuer Folgendes mitgeteilt:

1. Erhöhung der Hundesteuer:

Aus veterinärbehördlicher und tiergesundheitsrechtlichen Gründen wird von einer Erhöhung der Hundeabgabe abgeraten und die Ablehnung wie folgt begründet: Die Verpflichtung zur behördlichen Anmeldung einer Hundehaltung jedes über 8 Wochen alten Hundes beim zuständigen Gemeinde- bzw. Veterinäramt ist eine Maßnahme zur Verhinderung des Ausbruches und der Verbreitung der Tollwut bei Tieren und zum Schutze des Menschen vor Ansteckung mit dieser tödlichen Zoonose. Sie ist in den Paragraphen 41 und 42 des Tierseuchengesetzes in Verbindung mit der Verordnung des Landeshauptmannes vom 23. 12. 1963, LGBl. 67/63 vom 4. 12. 1997 zusätzlich verankert. Durch den vermehrten Reiseverkehr mit Tieren, dem wir ja alle unterliegen, dem Import von Tieren, insbesondere von Hunden und Katzen aus den Ostblockstaaten, und die Mitnahme von herrenlosen Tierhunden aus Urlaubsländern mit einem unklaren Seuchenstatus, ist permanent mit dem Einschleppen und dem Auftreten der urbanen Form der Tollwut zu rechnen. Nach wie vor eine unheilbare Zoonose bei Menschen. Nicht umsonst ist dieses Tierseuchengesetz so drastisch formuliert. In Österreich treten vor allem in den östlichen Bundesländern regelmäßig Tollwutfälle auf. Ich kann ihnen berichten, derzeit haben wir es im Burgenland. Die exakte Registrierung der Hundehaltung und die Kennzeichnung der Hunde mit Hundemarken ist für die Veterinärbehörde, die Exekutive, die Justiz und vor allem für das Gesundheitswesen (Spital, Arzt, Sanitätsbehörde) zur raschen Identifizierung und Rückverfolgung nach Bissverletzungen von Menschen oder bei Aufgreifen von herrenlosen Hunden für weitere Maßnahmen der Seuchen- und Infektionsabwehr z. B. impfen von gebissenen Personen, Kontomats und Quarantäne von Hunde, Tieren ect. ausschlaggebend. Für die bürokratische Verbindung der veterinären Maßnahmen, Anmeldung, Kennzeichnung mit Hundemarken und Evidenzhaltung mit fiskalischen Ausgaben, Abgaben und Steuern ist daher grundsätzlich kontraproduktiv. Jetzt kommt der springende Punkt. Manche Hundehalter werden durch die Abgabepflicht überhaupt abgehalten ihre Tiere ordnungsgemäß

anzumelden. Andere versuchen die Abgaben zu minimieren, indem sie die Hundehaltung illegalerweise in einer Nachbargemeinde, Zweitwohnsitz, Firmensitz oder den Zweithund bei Verwandten ect. anmelden. Übertretungen der Meldungen nach dem Tierseuchengesetz werden und können erfahrungsgemäß äußerst selten festgestellt und geahndet werden. Da systematische Kontrollen weder von der Bundespolizeidirektion Steyr noch von der Bezirksverwaltungsbehörde angeordnet worden sind und nur gelegentlich im Zuge von Bissverletzungen oder Verkehrsunfällen nach polizeilichen Ermittlungen eine illegale Hundehaltung amtsbekannt geworden ist.

Zum nächsten Punkt, Steigerungsbedarf für den zweiten Hund. Eine Anhebung der Hundesteuer für den zweiten Hund ...

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Haben wir ja eh nicht!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Na selbstverständlich Frau Vizebürgermeisterin. Eine Anhebung der Hundesteuer für den zweiten Hund im selben Haushalt gehaltenen Hund, für den ersten Hund würden wir S 500,- für den zweiten Hund S 800,- benennen, ist nicht begründbar und es wird von dieser Vorgangsweise abgeraten. Die gemeinsame Haltung von zwei Hunden kommt deren natürlichen Sozialverhalten entgegen und verhindert daher die Gefahr von Verhaltensstörungen gegenüber der Einzelhaltung. Solche Tiere sind ausgeglichener, sind leichter alleine in einer Wohnung zu halten und erregen so weniger Anstoß in der Umgebung. In der Gebrauchshundehaltung wird häufig zu einem älteren, erfahrenen Tier ein Junghund gesellt, damit dieser fließend vom älteren Artgenossen lernt und bei Ausfall des Althundes die Kontinuität gewahrt wird. Die zusätzlichen Einnahmen aus diesem Titel sind eher geringfügig. Häufig wird durch taktische und nicht überprüfte Aufteilung der Hundehaltung auf verschiedene Haushalte die bestehende Regelung umgangen. Sh. auch Amtbericht vom 26. 5. 1992.

Zum 3., Erfassung der Hunde ab der 8. Lebenswoche. Bisher wurde der Erfassungszeitpunkt für die Hundesteuerpflicht für alle mehr als drei Monate alten Hunde festgelegt. In Zusammenhang mit der Wutkrankheit erforderlichen Anmeldung und Kennzeichnung mit den amtlichen Hundemarken, ist mit Verordnung des Landeshauptmannes die Erfassung aller über 8 Wochen alter Hunde vorgeschrieben. Zur Vereinheitlichung wird vorgeschlagen, auch für Hundeabgabe ein Mindestalter von 8 Wochen einzuführen, soweit dies den Rechtsgrundlagen entspricht. Auch hier gibt es schon eine Stellungnahme von 1992.

4., zur Ausbildung von Hund und Herrl bzw. Frauerl. Als Anreiz bzw. als Belohnung für die Hundehalter, die freiwillig eine Hundeschule besuchen, wird eine zeitbegrenzte Hundsteuerbefreiung von ein bis zwei Jahren angeregt.

5. Kontrolle und Strafen. Um die Anzahl der illegal gehaltenen Hunden zu reduzieren, um den Auftrag des Veterinärdienstes der OÖ. Landesregierung der Gemeinden nach regelmäßigen Kontrollen nachzukommen, wird die Beauftragung des gewerblichen Wachdienstes mit stichprobenweisen Kontrollen, der Kennzeichnung der Hunde, evt. in Verbindung mit der Überwachung des Leinenzwanges gemäß oö. Polizeistrafgesetz vorgeschlagen. Die bisherigen Strafrahmen für derartige Übertretungen sollen insoweit angehoben werden, dass er zumindest den doppelten Hundesteuersatz ausmacht.

6. Inkrafttreten. Die rückwirkende Einhebung einer allenfalls erhöhten Hundesteuer ab 1.1.2001 wird als problematisch angesehen, da bisher den neuen Hundehaltern auf Anfrage der geltende Steuersatz bekannt gegeben worden ist. Soweit die Stellungnahme des Amtes.

Ich darf ihnen auch noch einige Beispiele geben, weil wir uns immer gerne mit anderen Städten vergleichen, was woanders der Hund kostet, weil hier sind natürlich nur die drei teuersten Städte

herangezogen worden. Wr. Neustadt S 400,--, S 400,--, St. Pölten S 450,--, S 450,--, Klosterneuburg S 350,--, S 500,--, Krems S 300,--, S 400, Amstetten S 350, S 450,--, Waidhofen S 300,--, S 300,--, Linz S 600,--, S 600,--, Wels S 520,--, S 1.040,--, Klagenfurt S 300,--, S 300,--, Villach S 200,--, S 200,--. Jetzt wird es auch noch interessant, weil wir haben natürlich viele Probleme über Schein- oder Gefälligkeitsanmeldungen in den Nachbargemeinden. Was kostet es dort? Das sind diese Problematiken, von denen der Herr Dr. Fellingner gesprochen hat. Aschach S 350,--, S 525,--, Dietach S 275,--, S 550,--, Garsten S 300,--, S 450,--, und jetzt kommt ein Ausreißer, es ist ja bekannt, dass die Gemeinde Sierning sehr hundefeindlich ist, sie haben auch die meisten Sperrgebiete in Österreich, in Sierning S 600,-- und S 900,--. Das ist der einzige Ausreißer. St. Ulrich, für uns wieder interessant, S 340,--, S 540,--, Wolfers S 300,--, S 450,--, Haidershofen, auch für uns sehr interessant, S 180,--, S 180,--. Soweit die Nachbargemeinden. Was mich dabei wirklich stört, bei dieser gesamten Diskussion, dass man hier eine fachliche Stellung nicht einmal ignoriert. Gerade in Zeiten wie diesen, wo die ganze Hundeproblematik im letzten Jahr so heftig diskutiert worden ist, sollte man gerade diesem Punkt mehr Bedeutung schenken, dass gerade die Ausbildung von Hunden belohnt werden sollte. Auch die Kennzeichnung sollte genauer gemacht werden. Ich habe überhaupt kein Problem damit, wenn wir hier verschärfte Maßnahmen machen.

Unverständlicher Zwischenruf!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das ist ein Rahmensatz, ich weiß nicht die Obergrenze. Aber es werden um die S 1.000,-- gestraft, die Verwaltungsstrafe. Aber das Problem ist, wir leben in einer Zeit wo wir uns nicht bemühen, dass bestehende Gesetze und Verordnungen ausreichend kontrolliert oder umgesetzt werden, wir bemühen uns immer wieder neue Gesetze und Verordnungen zu schaffen. Wenn ich hier zu dieser Problematik da nur einen Satz sagen darf. Es ist völlig ausreichend und geklärt, in der Straßenverkehrsordnung, über die Verschmutzung von Gehsteigen und Straßen bezüglich Hundekot. Deshalb ist ihre Aussage, Herr Kollege Forstenlechner, nicht richtig, die sie heute hier in der Zeitung getroffen haben, dass hier vermehrt Einsatz von Straßenreinigungspersonal, wie haben sie es geschrieben, eben notwendig ist. Mir ist kein einziger Fall bekannt, dass die extra ausrücken hätten müssen. Eine Straßenreinigung wird immer gemeinsam gemacht. Aber ich habe kein Problem und würde es sehr unterstützen, wenn die Verursacher dieses Problems wirklich bestraft werden. Es gibt im Zentrum einige wenige Hunde, die frei herumlaufen. Jeder kennt sie und niemand exekutiert unsere Verordnung. Wir haben es auch bei Spielplätzen. Mir ist kein Fall oder kaum ein Fall, bei Spielplätzen gibt es einige wenige Fälle, aber ansonsten gibt es keinen Fall, wo wir wirklich die bestehenden Verordnungen exekutieren. Gerade bei Spielplätzen, da hat ein Hund, ein Katze nichts zu suchen, dass sie hier dort die Exkremente eben loslassen. Da wird aber auch eine Gebührenerhöhung, die durch nichts gerechtfertigt ist, außer dass man hier massiv wiederum die Hundebesitzer bestraft, in schwierigen Zeiten, nichts ändern. Ich denke schon, dass wir hier eine inhaltliche Diskussion führen müssen, die nirgends stattgefunden hat. Man sollte nicht hier als hundefeindlich dastehen und die ganze Steyrer Gesellschaft, weil sehr, sehr viele Steyrer haben Hunde, ich habe die genauen Zahlen da, wenn es jemanden interessiert, es sind mit Stichtag von letzter Woche 1.234 Hunde gemeldet und es gibt 66 Doppelmeldungen. Also, wir sprechen in Wahrheit nicht wirklich von sehr vielen finanziellen Auswirkungen, aber wir verdrängen dabei dieses System immer mehr in eine Grauzone wo wir es nicht haben wollen.

Ich habe hier auch deshalb den Kollegen Fellingner gebeten, aufgrund seiner amtlichen Stellungnahme, einen Abänderungsantrag vorzubereiten, den ich hier heute einbringen, ganz sachlich und nüchtern, der bedeutet, dass eben die Erhöhung der Hundesteuer von derzeit S 400,-- auf S 500,-- abgelehnt wird, dass die Staffelung der Hundesteuer für den zweiten und jeden weiteren Hund und die Festsetzung auf S 800,-- abgelehnt wird, dass ein neuer Paragraph eingeführt wird, als Anreiz bzw. Belohnung für Hundehalter, die mit ihrem Tier eine Hundeschule besuchen und erfolgreich absolvieren, wird auf die Vorschreibung der Hundesteuer zu diesem Hund für die Zeitdauer von zwei Jahren verzichtet, und ein rückwirkendes Inkrafttreten der Verordnung wird abgelehnt. Ich gebe noch

meine Unterschrift darauf, ansonsten habe ich diesen amtlichen Antrag nicht verändert. Ich ersuche um Debatte und um Berücksichtigung dieses Themas und auch meiner Einwände und ich ersuche auch den zuständigen Finanzreferenten, nachdem das im ersten Anlauf wirklich ganz gut ausgesehen hat, aber im zweiten Anlauf nicht einmal ignoriert worden ist, ich war schon etwas mehr als betrübt, weil sie haben nicht einmal die Unterlagen vor der StS-Sitzung von der Veterinärabteilung gehabt, ich weiß nicht warum, wo hier der Fehler gelegen hat, aber in diesem Bereich braucht man Diskussionen. Einfach eine Gebührenerhöhung umzusetzen, es ist eh egal, man fährt einfach drüber und erhöht das. Und die Bevölkerung hat auch wenig Verständnis dafür. Ich bedanke mich und darf ihnen den Abänderungsantrag so in dieser Form geben.

11) GemHun-1/00 Hundeabgabenordnung der Stadt Steyr; Gebührenregelung; Neufestsetzung der Abgabenhöhe.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Steuerangelegenheiten vom 16. Jänner 2001 wird die in der Anlage beigezeichnete Hundeabgabeverordnung der Stadt Steyr genehmigt.

Die Kundmachung dieser Verordnung hat gemäß § 65 Abs. 1 des Statutes der Stadt Steyr, LGBl. Nr. 9/1992 i.d.g.F., durch Verlautbarung im Amtsblatt der Stadt Steyr zu erfolgen. Die Verordnung tritt mit 1. 1. 2001 in Kraft. (Beilage)

Abänderungsantrag

Zu § 2, lit. b), 1. Zeile:

Die Erhöhung der Hundesteuer von derzeit ATS 400,-- auf ATS 500,-- wird abgelehnt.

Zu § 2 lit. b), 2. Zeile:

Die Staffelung der Hundesteuer für den zweiten und jeden weiteren Hund und deren Festsetzung auf ATS 800,-- wird abgelehnt.

3. Neuer Paragraph:

Als Anreiz bzw. als Belohnung für Hundehalter, die mit ihrem Tier eine Hundeschule besuchen und erfolgreich absolvieren, wird auf die Vorschreibung der Hundesteuer zu diesem Hund für die Zeitdauer von zwei Jahren verzichtet.

4) Zu § 3 Abs. 1:

Ein rückwirkendes Inkrafttreten der Verordnung wird abgelehnt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Ich darf die Frage stellen, wer als Nächster das Wort wünscht. Die Kollegin Frech hat sich schon gemeldet und dann der Kollege Forstenlechner.

GR Engelbert Lengauer kommt um 16.50 Uhr in die Sitzung.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste. Ja, drei Punkte zu dem vorliegenden Antrag. Erstens einmal halte ich absolut nichts davon in jedem Fall eine Verordnung

rückwirkend zu beschließen, das kann nicht sein. Wenn die Politik im Jahr 2001 eine Erhöhung vornehmen möchte, dann muss sie sich das zeitgerecht überlegen. Wenn sie das nicht schafft, dann muss sie halt wieder ein Jahr warten. Das kann nicht sein, dass ich sage, ich mache rückwirkend eine Verordnung. Also, alleine dieser Punkt ist für mich Grund genug, dem nicht meine Zustimmung zu geben.

GEMEINDERAT WALTER OPPL:

Die sind ja noch gar nicht vorgeschrieben.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Das macht ja nichts, aber zum Zeitpunkt. Der Bürger soll mit 1. 1. wissen, welches Recht mit 1. 1. gilt und nicht erst im März oder April erfahren, was wir mit Gültigkeit 1. 1. beschließen. Das ist der erste Punkt.

Der zweite Punkt ist, wir diskutieren heute sehr viel über Abgaben und sollten uns deshalb vielleicht einmal bewusst sein, was Abgaben bewirken sollen. Das eine ist einmal, dass man eine Einnahmenerhöhung hat. Das hat man in diesem vorliegenden Fall. Lt. Amtsbericht glaube ich geht man von S 120.000,- Mehreinnahmen aus. Wobei ein Punkt dabei ist, wo ich wirklich finde das kann nicht sein, dass wir da überhaupt etwas einnehmen, sondern ich glaube da bezahlen wir sogar etwas drauf. Nämlich im Bereich der Wachhunde und Hunde, die zur Ausübung eines Berufes oder Erwerbes notwendig sind. Da werden nämlich pro Jahr und Hund S 20,- eingehoben. Die Einhebung von S 20,-, da bin ich mir ziemlich sicher, dass da die Vorschreibung, Einhebung und Verwaltung mehr kostet, als diese S 20,- bringen. D. h., wenn ich schon finde, dass Wachhunde und Hunde, die zur Ausübung eines Berufes notwendig sind, einen Sonderfall bilden, ja dann kann ich gleich hergehen und sagen, die sind befreit. Aber S 20,- zu verlangen, finde ich, ist lächerlich. Das bringt von der Einnahmensituation überhaupt nichts, verursacht nur Verwaltungsaufwand. Das kann nicht sein, dass man so etwas heute da beschließt.

Der nächste Punkt, was Abgaben auch bewirken sollten, ist eine Steuerungsfunktion, eine Lenkungsfunktion. Wenn man gerade in den letzten Jahren sieht, dass man verstärkt diese Hundediskussion führt, auch aufgrund von Sicherheitsaspekten, dann wäre es ja sinnvoll mit dieser Abgabe auch einen Steuerungseffekt zu bewirken. Dass ich eben jene Hundebesitzer, die freiwillig eine Hundeschule besuchen, auch steuerlich begünstige, indem ich sage, die befreie ich eben von der Hundeabgabe oder ich verlange halt nur 50 %. Das kann man sich ja dann überlegen. Anreize schaffen, dass die Hundehalter mit ihren Hunden auch ordentlich umgehen können. So eine Hundeschule zu besuchen werden sie halt eher machen, wenn ein finanzieller Anreiz dabei ist. Das fehlt mir auch in diesem Amtsbericht, sie haben es in ihrer Abänderung angesprochen. Das würde ich für sinnvoll erachten.

Genau aus diesen drei Gründen sehe ich nicht ein, diesem Antrag die Zustimmung zu geben. Wobei, was für mich wirklich auch interessant ist, ist, ich würde mich gerne darauf verlassen dass das, was in einem Amtsbericht steht, auch stimmt. Wenn da drinnen steht im Einvernehmen mit dem zuständigen Referenten, mir der Referent aber erklärt er hat da nie die Zustimmung gegeben, dann möchte ich wissen, woran das liegt.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Es ist darüber gar nicht gesprochen worden.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Dann finde ich das, wie gesagt, sehr eigenartig. Der andere Punkt ist das mit dem Reinigungsbeitrag,

der heute schon angesprochen worden ist. Es war auch für mich nicht möglich zu eruieren, hat das jetzt mit der Reinigung zu tun oder nicht. Im ursprünglichen Amtsbericht ist drinnen gestanden, von dieser Hundeabgabe ist ein gewisser Betrag ein Reinigungsbeitrag für die Gehsteige. Das ist so drinnen gestanden. In dem Amtsbericht steht es nicht mehr drinnen. Also, ist der Reinigungsbeitrag nicht Teil der Hundeabgabe, ich weiß es nicht, es hat sich scheinbar geändert. Aber das ist nur ein Detail am Rande. Wie gesagt, aufgrund der rückwirkenden Abgabenerhöhung, aufgrund dessen, dass S 20,-- für einen Wachhund wohl die Einhebung mehr kostet als sie bringt und aufgrund dessen, dass wir überhaupt keine Steuerungsfunktion haben, gerade in Zeiten wo man in dieser Diskussion eingreifen sollte und Anreize schaffen sollte, dass Hunde und ihre Besitzer besser ausgebildet sind, finde ich nicht, dass diesem Antrag die Zustimmung zu geben ist.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Weitere Wortmeldungen? Herr Kollege Forstenlechner.

VIZEBÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Wertes Präsidium, werte Damen und Herren des Gemeinderates, werte Gäste. Nachdem mich der Herr Dr. Pfeil direkt angesprochen hat, möchte ich natürlich auch darauf antworten. Es ist nicht so gewesen, dass wir die Stellungnahme vom Amtstierarzt nicht gehabt hätten, sondern wir haben ihn gehabt und wir haben diese Hundeabgabe auch in unserer Fraktion ausführlich diskutiert. Das war einmal zu dieser Sache.

Zu dem Thema, dass die Hundebesitzer in die Nachbargemeinden abwandern könnten und dort ihre Hunde anmelden, das ist aus meiner Sicht ein sehr paradoxer Vorschlag, weil ich kann mir nicht vorstellen wenn ich einen Hund habe, dass ich zu meinem Bruder nach Behamberg gehe und sage, bitte melde mir meinen Hund an. Das wird wahrscheinlich die außergewöhnlichste Ausnahme sein, wo so etwas passiert.

Zu den Tarifen der Nachbargemeinden möchte ich natürlich auch etwas sagen. Die Nachbargemeinden haben durchwegs, wenn sie St. Ulrich, Haidershofen als Beispiel hernehmen, sehr niedrige Hundeabgaben. Die sind aber darin begründet, dass das ein ländliches Gebiet ist. Die Stadt Steyr, da gibt es halt Hundebesitzer, die wohnen mitten in der Stadt und die müssen mit dem Hund halt irgendwo Gassi gehen und der muss ja auch irgendwo hinmachen. Die Gefahr, dass da irgendetwas verunreinigt wird, ist ja in der Stadt wesentlich größer. Wir haben auch wesentlich mehr öffentliche Einrichtungen wie Spielplätze und Ähnliches, gegenüber den Landgemeinden. Da ist für mich auch klar, dass deswegen auch die Hundeabgabe höher sein muss. Es steht so die Aussage, dass wir für Ordnung und Sauberkeit eine bestimmte Verantwortung tragen und zu der bekenne ich mich auch. Deswegen bitte ich auch die Hundebesitzer um Verständnis, dass wir diese Hundeabgabe um S 100,-- erhöhen. Danke sehr.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Die Kollegin Mach hat sich gemeldet.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Sehr geehrtes Präsidium, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Ich möchte jetzt einmal sagen, ich war selbst 27 Jahre Hundebesitzer, wir haben immer einen Schäferhund gehabt. Wenn ich jetzt so höre, wenn ich pro Tag um 27 Groschen für meinen Hund mehr bezahle, weil mehr ist es nicht um was wir reden, bzw. um S 8,30 im Monat, dann möchte ich einmal beginnen. Wenn ich so einen kleinen Welpen mit 8 Wochen bekommen ist der erste Weg der Tierarzt. Da muss ich ihn impfen, entwurmen und weiter untersuchen lassen. Damit ist viel mehr Geld verbunden. Ich muss Futter kaufen und am Anfang kaufe ich, das wissen wir alle, man soll dem Hund ein Ei geben, man soll ihm ein Faschiertes geben, ein bisschen ein Rindfleisch, damit das Fell besser wird. Das kostet

sehr viel Geld. Wir diskutieren hier herinnen um S 100,-- im Jahr, was wir Erhöhung haben. Ich muss sagen, wenn ich heute einen Hund habe, dann übernehme ich Verantwortung, dann war es für mich selbstverständlich, dass ich eine Hundeschule besucht habe, weil ich will ja selbst, dass der Hund erzogen ist und mir nicht die Wohnung demoliert. Ich muss mir ja Gedanken mache, wenn ich mir einen Hund anschaffe, wie werde ich mit dem Hund fertig, wie erziehe ich den Hund und wie geht es weiter. Ich glaube, ich habe das auch im Stadtsenat gesagt und sage das auch hier im Gemeinderat, dass der Herr Vzbgm. Dr. Pfeil aufgrund seines Berufes direkt teilweise ein bisschen befangen sein müsste. Ich sage es auch da herinnen. Ich kann heute nicht so ein Theater wegen S 100,-- in den Zeitungen machen. Wenn ich heute einen Hund will, dann weiß ich, dass das mit Kosten verbunden ist. Das fängt schon damit an, wenn ich den Hund kaufe. Der kostet x-tausend Schilling. Dann weiß ich auch, dass ich für den Hund Verantwortung habe. Wir reden über Sachen, wenn ich mir vorstelle wie die Rezeptgebührenerhöhung gekommen ist, das ist ein Betrag von S 11,-- bei einem Rezept. Wenn ich auf meine armen Pensionisten denke, die gerade über der Ausgleichszulage darüber sind, die müssen das jetzt bezahlen und die brauchen oft bis zu 10 Medikamente. Bitte, das sind im Monat S 110,-- mehr, was die brauchen. Wenn ich über die Ambulanzgebühren rede, da muss ich sagen, da sind auch alle betroffen aber da wir nicht darüber geredet, das wird eingeführt und damit basta. Wir reden um S 100,-- im Jahr und haben wochenlang oder monatelang in den Zeitungen Berichte und jeder ist entsetzt. Ich muss sagen, wenn ich mir einen Hund nehme, dann nehme ich ihn weil ich ein Tierfreund bin, weil ich selbst einen Hund will. Ich sehe das auch nicht ein, dass ich meinen Hund in einer anderen Gemeinde anmelde, weil ich stehe zu dem, wenn ich mir ein Tier nehme. Ich glaube, wir rede da wirklich um den Kaiser seinen Bart, wie man so schön sagt, weil wegen S 100,-- im Jahr und wegen 27 Groschen am Tag, das muss mir mein Hund wert sein, weil sonst ist es besser ich nehme mir gar keinen Hund. Der zweite Hund kostet S 800,-- und der kostet seit 1992 S 800,--. Ich glaube, da brauchen wir den überhaupt nicht mit einbeziehen, weil der hat das gekostet und das wird nicht um einen Schilling erhöht. Jeder, der einen Hund hat, wird sich damit einverstanden erklären, dass er 27 Groschen pro Tag mehr hergibt. Ich ersuche auch den Gemeinderat um Zustimmung, weil ich glaube, dass das nicht negativ ist. Herrenlose Hunde wird es immer geben. Ich nehme ja nicht den Hund wegen der Hundesteuer, sondern weil ich eine Tierliebe habe. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Nächster am Wort ist Herr Kollege Apfelthaler.

GEMEINDERAT KURT APFELHALER:

Es ist eh zum Heulen, wertee Präsidium, meine Damen und Herren im Gemeinderat. Wenn wir jetzt die sogenannte Hundesteuer jetzt um S 1.000,-- erhöhen würden wäre es auch egal, weil es sowieso nicht exekutiert wird. Wir hören heute schon zum zweiten Mal, dass es ja einerseits die Vorschreibung der Stadt gibt, in dieser Höhe, nur kontrolliert es kaum wer, bis gar niemand. Also, wenn wir sie jetzt erhöhen, wer schaut denn nach ob die vielen Hunde, und ich komme aus Münchenholz, die da ohne Band herumlaufen. Die nämlich das wirkliche Problem darstellen, wie der Herr Dr. Pfeil heute schon sehr ausführlich dargelegt hat. Also jene, wo wir nicht wissen wem sie gehören, wo wir nur wissen, dass sie ein bisschen seltsam sind und die man am besten mit einem Bogen umgeht. Das ist das wahre Problem. Wenn wir wollen, dass wir in die Sicherheit investieren, was ja eine weitaus größere und bessere Investition wäre, wenn wir sagen würden wir schaffen Anreize, dass, wenn wer eine Ausbildung mit macht, er dann vielleicht einen Teil seiner Steuer rückvergütet bekommt ect. Das wäre ja eine weit intelligentere Lösung als zu sagen wir erhöhen jetzt die Hundesteuer, wir exekutieren sie eh nicht, oder es ist noch niemand draufgekommen, dass wir das tun sollten und wir tun nichts für die Sicherheit. Da liegt der Hund begraben, meine Damen und Herren, weil das bringt nämlich fast bis gar nichts. Warum sollen wir es dann auch tun? In diesem Sinne finde ich, alle jene Hundebesitzer die solidarisch ihren Hund anmelden, die erhöhen wir und die, die ihren Hund nicht anmelden, die trifft es ohnehin nicht, weil sie tun es nicht. Also wäre mir ehrlich gesagt, wenn wir das kontrollieren würden was es alles an freilaufenden Hunden ohne Marken

gibt, glaube ich zu schätzen, könnte man locker diese S 120.000,--, die da drinnen als mögliche Mehreinnahme des Herrn Kollegen Forstenlechner stehen, hereinbringen. Wir hätten das mitexekutiert, und um das geht es in Wahrheit, um die Sicherheit, das was uns ständig Probleme macht. Diese 17 Tonnen Hundekot, welche die Hunde in Steyr produzieren, das hat unser Kollege Gergelyfi ausgerechnet, und ist so eine kolportierte Geschichte, ich denke mir, für die wird seitens der Straßenverwaltung gesorgt sein. Um das geht es nicht so. Ich will nicht den Begriff in den Griff bekommen, ich möchte ihn nicht in den Mund nehmen, weil ich glaube, dass das nicht das größere Problem ist. Ich glaube das größere Problem ist die Sicherheit und für die Sicherheit sind wir letztendlich verantwortlich. D. h., wir müssen wissen wie viele Hunde es gibt, und diese Maßnahme ist nicht dafür geschaffen, und wir müssen Anreize schaffen, dass jene Hundebesitzer, die einen Kurs machen, die schauen, dass das mit der Tierhaltung in Ordnung geht, dass die nicht auch noch mitbestraft werden.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Gibt es weitere Wortmeldungen? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Schlusswort Herr Referent.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin etwas erschüttert über den Verlauf der Diskussion. Ich dachte schon, dass ich sehr eindringlich auf die Gefahren hingewiesen habe, wenn man die Anmeldung vom Realen in die Grauzone drängt. Wie der Kollege Apfelthaler schon richtig gesagt hat, die Grauzone ist groß. Ich habe von Steyr keine zuverlässigen Schätzungen. Ich habe von Wien relativ zuverlässige Schätzungen und man nimmt an, dass im Raum Wien, in der Stadt Wien, ca. die Hälfte der Hunde nicht angemeldet sind. Sie wissen, was das bedeuten kann. Wien hat schon Maßnahmen gesetzt, da gibt es eigene vom Magistrat ausgebildete sogenannte Hundesherriffs, die gehen allen Hunden nach und überprüfen die Anmeldung, weil es eben tatsächlich ein Seuchenproblem werden kann. Ich hoffe nicht, dass es irgendwann einmal eintritt, aber wenn wir nicht wissen wie viele Hunde wo sind, dann kann es einmal ein massives Problem für die Menschen geben. Die Tollwut ist nach wie vor eine Zoonose, die unheilbar ist, meine Damen und Herren. Ich erzähle ihnen eine Geschichte, wie es jetzt mit der BSE läuft. Wir haben letztes Mal am Rande der GR-Sitzung kurz über die BSE gesprochen. Die Schweiz hat sehr viel Erfahrung mit BSE. Aus unerforschlichen Gründen hat die Schweiz eine vermehrte Ansammlung, in den letzten Jahren, von BSE-Fällen gehabt, obwohl sie sich vom übrigen Markt sehr abgeschottet haben. Es gibt Richtlinien der EU, dass es sogenannte Rindschlachtungen über einen BSE-Herd gibt. Das halten Tierschützer bzw. Seuchenexperten für kontraproduktiv, ähnlich wie hier, aus folgendem Grund. Es ist nicht nur ein ethisches Problem, sondern ein Seuchenproblem. Die Schweiz hat hier sehr große Erfahrungen. Das ist letzte Woche sehr ausführlich diskutiert worden, die Schweiz hat früher das Gleiche getan, hat früher einen Ring um einen betroffenen Hof gemacht. Was ist passiert? Die Bauern oder auch die Veterinäre haben sich nicht mehr getraut, alle Verdachtsfälle zu melden. Was ist passiert? Das ist jetzt keine Übertreibung, tatsächlich hat man dann Wiederkäuer, Rinder, tot am Weg mit abgeschnittenen Ohren gefunden, um eine Identifizierung zu vermeiden, weil natürlich die Bauern die Angst gehabt haben, dass das ganze Dorf ausgerottet wird. Jetzt macht die Schweiz schon seit Jahren sehr erfolgreich folgenden Weg, zur Bekämpfung von BSE, dass sie klinisch kranke Tiere woanders schlachten, in einem sogenannten Seuchenschlachthof und eine sogenannte Kohortenschlachtung macht, d. h., Tiere die genetisch und in der Umgebung einen engen und engsten Kontakt mit dem betroffenen Tier gehabt haben. Das betrifft dann nur max. 5 Tiere. Was ist passiert? Die Schweiz kontrolliert genau so streng jedes geschlachtete Tier auf BSE und die BSE-Fälle bei der normalen Schlachtung sind drastisch zurückgegangen. D. h. wir müssen, gerade wenn wir von Seuchenverhinderung sprechen, in die Richtung gehen, dass hier eine ganz offene Deklaration der Tiere möglich ist. Deshalb bin ich auch ein großer Verfechter der Kennzeichnung der Tiere, die unverwechselbar sein muss mit einem Chip, das ist heute überhaupt kein Problem mehr, mit einem Mikrochip und jeder Hund ist sein Leben lang identifizierbar. Dahin sollte man kommen. Aber, meine

Damen und Herren, dieser Antrag ist kontraproduktiv.

Herr Kollege Forstenlechner, es war halt so. Am Mittwoch vor der StS-Sitzung haben wir kurz gesprochen, das war letzte Woche, und da haben sie diese Stellungnahme noch nicht gekannt.

VIZEBÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Oh ja!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Vielleicht habe ich damals schlecht gehört. Ich habe sie dann kopiert und ihnen gegeben.

Eine Aussage noch zur ortsfremden Anmeldung. Herr Kollege Forstenlechner, es ist tatsächlich so, dass eine Umgehungsanmeldung im Raum Steyr massiv stattfindet. Wenn man sich die Gebühren woanders ansieht, es ist so, das ist eine Tatsache, das kann ich ihnen aus meinem eigenen Bereich und aus meinem Beruf melden. Wenn die Frau Vizebürgermeisterin meint ich sei hier befangen, dann mache ich das gerne. Wenn ich befangen bin weil ich von dieser Sache mehr verstehe, weil ich das eben studiert habe, dann bin ich in dieser Sache gerne befangen, aber im Antrag bin ich sicher nicht befangen. Ich ersuche noch einmal dringend dem Abänderungsantrag zuzustimmen, dem Hauptantrag keinesfalls die Zustimmung zu geben, das wäre nämlich kontraproduktiv. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wir kommen zur Abstimmung. Ich lasse zuerst über den Abänderungsantrag abstimmen. Wer für den Abänderungsantrag ist, den bitte ich ein Zeichen zu geben. FPÖ, GAL, LIF. Wer ist gegen den Abänderungsantrag? SPÖ, ÖVP. Stimmenthaltung? Keine Enthaltung. Danke. Der Abänderungsantrag ist abgelehnt.

Ich lasse nunmehr über den Hauptantrag abstimmen. Wer für diesen ist, den bitte ich um ein Zeichen. SPÖ, ÖVP. Wer ist gegen den Hauptantrag? FPÖ, GAL, LIF. Wer übt Stimmenthaltung? Niemand. Der Hauptantrag ist mit Mehrheit angenommen.

Nummer 12) bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Die Abstimmung ist ein Beweis dafür, dass man durch Sachargumente eine Überzeugung der Mandatäre nicht erreichen kann.

Meine Damen und Herren, in meinem letzten Antrag geht es um den Rassekleintierzüchterverein E 23 Steyr, eine außerordentliche Subvention für das Jahr 2001. Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

12) Fin-162/00 Rassekleintierzüchterverein E 23 Steyr; Subvention 2001.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB VIII - FA Veterinärwesen vom 2. März 2001 wird dem Rassekleintierzüchterverein mit Tier-, Natur- und Umweltschutz E 23, 4400 Steyr, Kopernikusstraße 4, für das Jahr 2001 eine einmalige außerordentliche, nicht rückzahlbare Subvention, zweckgebunden für die Adaptierung des ehemaligen Bauernhofes „Distelberger-Gut“, Neustifter Hauptstraße 11, 4407 Steyr, als Zuchtanlage und den Einbau von Klubräumlichkeiten in Höhe von S 300.000,- gewährt.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von **S 300.000,-- (dreihunderttausend)** bei der VA-Stelle 5/581000/777000 freigegeben.

Meine Damen und Herren, ich unterstütze diesen Antrag sehr gerne und ich bin auch sehr froh, dass dieser Verein eine Bleibe gefunden hat, nicht im zuerst diskutierten Stadtgutareal, sondern in der Nähe des Tierheimes, weil ich dort auch eine Verwendung des Bauernhofes, der ja sehr desolat war, gesehen habe, der ja im Eigentum der Stadt Steyr ist. Wenn man einen Verein hat der mit viel Liebe, wie der E 23, an die Sache herangeht, dann kann das nur etwas Gutes werden. Sie machen auch sehr viel in Eigenregie und ich sehe diesen Verlauf dort oben mit sehr großer Zuversicht entgegen.

Eine kleine Bemerkung habe ich noch. Bei den Umwelttagen, die letztes Jahr stattgefunden haben, oben im Bereich des Distelberger-Gutes, habe ich Herrn StR Bremm angesprochen. Herr StR Bremm, wenn sie mir kurz die Aufmerksamkeit schenken würden. Ich habe sie damals angesprochen, nachdem dort ein wunderschönes Biotop war, ein Naturbiotop, und das ist leider bei den relativ rasanten Umbaumaßnahmen zugeschüttet worden. Obwohl ich damals schon immer aufmerksam gemacht habe, weil ich damals öfter ins Tierheim gekommen bin, ist es einfach zugeschüttet worden und dann ist die Raupe darüber gefahren. Sie haben damals versprochen, dass sie das Biotop wieder zum Leben erwecken wollen und ich ersuche sie, das auch umzusetzen und sich dafür zu verwenden, weil gerade dieser Verein und gerade mit dieser Verwendungswidmung wäre ein natürliches Biotop dort von außerordentlicher Bedeutung. Ich ersuche sie, da nachzustoßen. Ansonsten ersuche ich um Zustimmung für den Hauptakt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Eine Hauslacke war dort.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ja, eine wunderschöne Hauslacke, wie es jedes Bauerngehöft gehabt hat.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Gut. Gibt es zu dieser Subvention eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wir kommen gleich zur Abstimmung. Wer für diese Subventionierung ist, den bitte ich um ein Zeichen. Danke sehr. Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Ich danke Herrn Dr. Pfeil. Nächster Berichterstatter ist Herr Vzbgm. Ing. Forstenlechner.

BE: VIZEBÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates, liebe Gäste. In meinem ersten Antrag geht es um die Verleihung der Feuerwehr-Verdienstmedaille der Stadt Steyr an Angehörige der Betriebsfeuerwehren und der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Steyr. Im Konkreten geht es um Mitglieder der Feuerwehr der Stadt Steyr und zwar um den Oberbrandinspektor Holzinger Guido, um den Hauptfeuerwehrmann Mitterbauer Christian, um den Brandmeister Riha Christian, um den Hauptlöschmeister Biegel Daniel und um den Hauptfeuerwehrmann Schaurecker Peter und von der Betriebs-Feuerwehr BMW Motoren um den Amtswalter Lang Norbert. Ich verlese den Antrag.

13) FW-1/01 Antrag auf Verleihung der „Feuerwehr-Verdienstmedaille der Stadt Steyr“ an Angehörige der Betriebsfeuerwehren und der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Steyr.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Dem Antrag auf Verleihung der „Feuerwehr-Verdienstmedaille der Stadt Steyr“ an die im Amtsbericht der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 04.01.2001 genannten Personen wird zugestimmt.

Ich bitte um Zustimmung bzw. Debatte.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Ich habe inzwischen den Vorsitz übernommen. Wünscht dazu jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

In meinem zweiten Antrag geht es um die Übertragung nicht beanspruchter, beschlossener Vorhaben vom Finanzjahr 2000 in das Finanzjahr 2001. Ich verlese den Antrag.

14) Fin-120/00 Übertragung nicht beanspruchter, beschlossener Vorhaben vom Finanzjahr 2000 in das Finanzjahr 2001.

Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA Buchhaltung, Kassa und Lohnverrechnung vom 6. März 2001 werden die in der Beilage angeführten Kreditüberschreitungen im ordentlichen Haushalt in Höhe von S 13,438.500,-- und im außerordentlichen Haushalt in Höhe von S 47,270.200,-- in Summe S 60,708.700,-- genehmigt.

Die Deckung der Kreditüberschreitungen erfolgt durch die im ursprünglichen Antrag vorgesehenen und beschlossenen Mittel. (Beilage)

Ich bitte um Zustimmung bzw. Diskussion.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Frau GR Reznar bitte.

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:

Geschätztes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren. Es ist selbstverständlich absolut sinnvoll, dass man für nicht abgeschlossene oder nicht durchgeführte Arbeiten einen Budgetübertrag vornimmt. In unserem speziellen Fall, und auch wenn sie das vielleicht jetzt wirklich nicht mehr hören möchten oder wollen, aber ich vermisse in der Budgetübertragung die Budgetmittel für den Schlossparkpavillon. Wir haben das ja bereits mehrmals erörtert und es sind für den Schlossparkpavillon doch etliche Budgetmittel vorgesehen gewesen und nach einigen Diskussion hat sich ja herausgestellt, bei einer der letzten GR-Sitzungen, dass die Mittel nicht verwendet wurden und ein Teil davon für eine Stützmauer bei der Taubenmühle im Wehrgraben verwendet worden wäre, was absolut nicht stimmt, weil die Stützmauer ist nicht gemacht worden. Jetzt erhebt sich aber doch nun für mich die Frage:

Wo sind diese finanziellen Mittel, die noch übrig geblieben sind und was soll jetzt mit dem Schlossparkpavillon absolut und wirklich geschehen? Man braucht ja nicht unbedingt die Augen großartig zu öffnen, dass man sieht, dass das Objekt Schlossparkpavillon zusehends verfällt und

dieses, doch für Steyr einzigartige, städtebauliche Juwel, achtlos dem Verfall preisgegeben wird. Jetzt frage ich mich aber wirklich: Warum geht man justament mit dem Objekt Schlossparkpavillon so grausam um? Es ist den Verantwortlichen offensichtlich ganz egal, dass von außen her der Verfall sichtbar ist, dass die Türen und Wände verschmiert, die Fensterscheiben eingeschlagen sind und das Unkraut bis über das Dach hinaus wächst und außerdem die Wände ja noch zusätzlich zerstört sind. Also, es ist ja wirklich kein Vergnügen, wenn man dort den Parkplatz benützt, der da gegenüber liegt, sich das Objekt anzusehen. Es ist eine ausgesprochene Schande, dass da nichts unternommen wird, obwohl die Budgetmittel dafür vorhanden gewesen wären. Warum passiert nichts? Der Schlossparkpavillon könnte heute wie ein Schmuckkästchen dastehen und sogar für Einheimische und Touristen eine Attraktion sondergleichen sein. Es ist ja etwas ganz Einzigartiges in Steyr, so etwas zu besitzen. Wir müssen ja stolz sein darauf. Es ist völlig egal und nicht ausgeschlossen, dass man da unbedingt ein Lokal daraus machen muss. Wir haben bereits einige andere Vorschläge gebracht, wo man vielleicht ein kleines Cafehaus integrieren könnte, aber es muss nicht unbedingt zuerst einmal ein Pächter oder ein Wirt gefunden werden der das betreibt. Das ist absolut nicht notwendig. Wenn das sauber aussieht, dann wird sich auch jemand finden.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wünscht noch jemand das Wort? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Schlusswort bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ich versuche natürlich, so weit es geht, das zu beantworten. Es ist so, dass es bei diesem Antrag um Themen geht, die schon einmal beschlossen wurden und noch nicht abgeschlossen sind. Beim Schlossparkpavillon ist es so, dass diese Beträge noch nicht beschlossen worden sind und verfallen dadurch automatisch.

Zum Thema was wir mit dem Schlossparkpavillon machen sollen, ich glaube da hat heute unser Bürgermeister schon Ausführungen darüber gemacht was geplant ist und dass Verhandlungen laufen und dass eine Menge Diskussionen zu diesem Thema stattfinden. Mehr kann ich dazu auch nicht beitragen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich glaube es ist auch wichtig dass man sagt, wenn Ideen kommen, man muss auch dann sagen, wie kann man die umsetzen. Ideen sind genug vorhanden gewesen, aber wir haben nie über die Umsetzung und über den Kostenpunkt gesprochen. Das ist für mich auch Grundvoraussetzung. Wir haben auch vom Bürgermeister vorhin gehört, dass jetzt ein paar Interessenten da sind und man muss auch mit denen sprechen was wollen die investieren und wie kann man das dann umsetzen. Ich glaube, wir haben das Thema wirklich ausführlich behandelt und es ist uns auch allen klar, dass es kein schöner Anblick ist. Es kann aber nicht nur sein, dass Kritik kommt, sondern es müssen auch Vorschläge kommen, wie man das umsetzen kann. Das ist meine Meinung.

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:

Die Vorschläge haben wir schon gebracht.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Aber wie man es finanziert noch nicht. Oder?

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:

Das wäre gar nicht so teuer gewesen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Da habe ich noch nichts gesehen. So, wir kommen nun zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme.

VIZEBÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Bei meinem nächsten Antrag geht es um den Flächenwidmungsantrag Nr. 2. Dieser Antrag geht schon auf das Jahr 1997/98 zurück, wo Änderungen im Flächenwidmungsplan beantragt wurden. Diese Änderungen wurden in Zusammenarbeit mit der OÖ. Landesregierung, mit den Nachbargemeinden und mit allen Betroffenen verhandelt. Wir kommen heute zu einem, sage ich einmal, für die Stadt sehr bedeutenden Antrag. Ich verlese den Antrag.

15) BauGru-660/94 Flächenwidmungsplan Nr. 2.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Gegenständlicher Flächenwidmungsplan Nr. 2 und das unter Zugrundelegung der vom Gemeinderat der Stadt Steyr vom 8. Februar 1997 beschlossene und im Zuge des Flächenwidmungsplanverfahrens überarbeiteten Stadtentwicklungskonzept, datiert mit 2. März 2001 - wird entsprechend den Plänen der Fachabteilung Stadtentwicklung und Stadtplanung des Magistrates der Stadt Steyr vom 2. März 2001 sowie nach Maßgabe des Amtsberichtes der Fachabteilung Baurechtsangelegenheiten vom 8. März 2001 gemäß §§ 33 und 36 des OÖ. Raumordnungsgesetzes, LGBl. Nr. 114/1993 idGF., beschlossen. (Beilage)

Ich bitte um Zustimmung bzw. Diskussion.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Es liegt mir bereits eine Wortmeldung vor und zwar von der GR Mag. Frech. Ich erteile ihr das Wort.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Wenn sie sich diesen vorliegenden Amtsbericht durchlesen, er ist ja relativ umfangreich, dann sind da einige Stellungnahmen kurz zitiert, die gekommen sind. Von der Wasserrechtsabteilung, vom Amt der Landesregierung usw. Beim Punkt Nr. 11) bin ich dann irgendwo hängen geblieben und habe mir gedacht, wenn in dem eigenen Amtsbericht der Stadt Steyr derart massiv formuliert wird, dann muss diese Stellungnahme vom Amt der OÖ. Landesregierung schon sehr hasch ausgefallen sein über den ursprünglichen Entwurf. Ich darf ihnen vorlesen: „Seitens der Abteilung überörtliche Raumordnung des Amtes der OÖ. Landesregierung wird der übermittelte Planentwurf massiv kritisiert, insbesondere wird darauf hingewiesen, dass seitens der Stadt Steyr niemals um Bekanntgabe der überörtlichen Ziele und Festlegungen angefragt wurde und daher der Flächenwidmungsplanentwurf mangelhaft erscheint.“ Also ich denke mir, wenn man einen so bedeutenden Schritt setzt, dass man einen neuen Flächenwidmungsplan macht, dann wird man sich wohl auch über die Zielsetzungen die dahinterstehen informieren und beim Land einmal anfragen, weil das war ja in den Sitzungen das Argument, kann ich mich erinnern, dass man gesagt hat es gibt jetzt landesweit einen neuen Flächenwidmungsplan und wir müssen da auch etwas tun. Dann werde ich mich wohl mit dem Land einmal in Verbindung setzen und anfragen. Das ist niemals passiert, Erkundigungen über Ziele und Festlegungen. „Insbesondere ist eine Überprüfung der im Flächenwidmungsplan bestehenden und im

örtlichen Entwicklungskonzept geplanten Einkaufszentren aufgrund der schlechten Lesbarkeit des Planes „Entwicklungskonzept“ nicht nachvollziehbar.“ D. h., wir haben scheinbar dem Land OÖ. einen Entwurf geschickt, der nicht einmal lesbar ist. „Die in der Beschreibung zum Flächenwidmungsplan 1998 angeführte Aufstellung der Geschäftsgebiete stimmt weder mit den Widmungen in der Plandarstellung noch mit den bestehenden Verordnungen zur überörtlichen Raumordnung überein.“ Das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen. „Als Beispiel wird unter anderem festgestellt, dass das Projekt Einkaufszentrum Forum nicht im Flächenwidmungsplanentwurf enthalten ist. Die Denkmalschutzzonen sind mangelhaft im Flächenwidmungsplan ausgewiesen. Desgleichen betrifft dies die Ausweisung von Altlasten und Verdachtsflächen. Desgleichen findet die im örtlichen Entwicklungskonzept bereits grundsätzlich gekennzeichnete Westumfahrung in keiner Weise einen Niederschlag im Flächenwidmungsplan. Zusammenfassend kann daher seitens der überörtlichen Raumordnung festgestellt werden, dass weder dem örtlichen Entwicklungskonzept noch dem Flächenwidmungsplan zugestimmt werden kann.“ Das war jetzt einmal der Entwurf. Dann liest man weiter und da steht: „Lt. Verständigung und schriftlicher Bestätigung usw. wurden die Stellungnahmen, nämlich unter anderem die Stellungnahme des Landes OÖ., soweit vertretbar, eingearbeitet“. So, soweit vertretbar eingearbeitet. Da interessiert mich natürlich, hat das stattgefunden, sind diese Mängel, die kritisiert worden sind, auch behoben worden? Hat man diesen Flächenwidmungsplan auch ein zweites Mal noch der Landesregierung vorgelegt oder nicht? Deshalb habe ich mir den Akt angesehen. Da war eines ganz interessant. Es gibt ein Aktenverzeichnis in diesem Akt, das umfasst insgesamt 86 Positionen, alle möglichen Stellungnahmen, nur sie werden da drinnen in diesem Akt keine einzige Stellungnahme finden. Natürlich auch nicht die Stellungnahme des Landes OÖ. und auch nicht die Möglichkeit darauf zu reagieren, ist das jetzt beseitigt worden oder nicht. In dem Akt finden sie die Liste, Aktenvermerk, was müsste alles drinnen sein, nur sie finden die Stellungnahme vom Land OÖ. nicht. Aus dem Grund kann ich mir als Gemeinderat - ...

Unverständlicher Zwischenruf von GR Andreas Kupfer.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

... - ja Andy es ist so, schau dir den Akt an - wirklich nicht die Meinung bilden, ist das jetzt alles korrigiert worden was kritisiert wurde oder nicht. Ich bin kein Experte im Bereich Flächenwidmungsplan und aus diesem Grund werde ich mich der Stimme enthalten.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wir haben das im Ausschuss alles durchgenommen Frau Kollegin.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Warum sind die Sachen nicht im Akt?

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Vizebürgermeister Pfeil. Bitte sehr.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Frau Vorsitzende, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich bin auch der Meinung, dass dieser Akt, Flächenwidmungsplan Nr. 2, der wohl wichtigste Antrag heute zu beschließen ist und wahrscheinlich auch in diesem Jahr mit Auswirkung auf die Stadt Steyr und die Entwicklung der Stadt Steyr. Ich täte mir jetzt leicht zu sagen, da ist so viel Kritik drinnen und wir lehnen das einfach ab und hinter uns die Sinnflut. Insbesondere deshalb auch, weil wir die vorausschauenden Stadtentwicklungspläne und auch die Vergabe des Flächenwidmungsplanentwurfes an Prof. Breitling

sehr massiv kritisiert haben und auch damals schon die mangelnde Zusammenarbeit mit dem Land OÖ und die Voraussetzungen dazu, die jetzt angesprochen worden sind, auch hier damals schon kritisiert haben und wir auch dem Stadtentwicklungskonzept vom Prof. Breitling nicht die Zustimmung gegeben haben. Wenn man sich mit der zuständigen Fachabteilung über das Formale hinaus, da gebe ich ihnen durchaus Recht, dass hier formale Mängel sind, die offensichtlich hier in diesem Hause vermehrt einreißen, dass Akte nicht vollständig sind für Gemeinderäte die sich ein Bild machen wollen, umfassend von einer Lage. Aber wenn man sich mit den Verantwortlichen in den Abteilung auseinandersetzt und diskutiert, dann kommt man zur Auffassung, wird man zwangsweise zur Auffassung kommen, dass es notwendig ist, diesen Flächenwidmungsplan, der aus dem 78iger Jahr stammt, mit einem neuen Plan zu ersetzen, weil er viele Vorteile hat, natürlich bei weitem noch nicht das Gelbe vom Ei ist, zum einen und zum anderen ein Flächenwidmungsplan nie fertig sein wird. Wir haben in den guten alten Zeiten, 1978, wie mir mitgeteilt worden ist, von 36 Einwendungen 34 positiv erledigen können. Heute haben 153 Einwendungen Einfluss genommen und davon sind 60 % allerdings gleichlautend. Ein Gutteil der Einwendungen waren von den Siedlern im Bereich Hinterberg bzw. BMW und Haager Straße, in diesem Siedlungsgebiet. Das konnte zur Zufriedenheit der Bewohner geklärt werden und es gibt natürlich eine Reihe von offenen Punkten, das muss man ganz klar sagen, wo mir auch lieber wäre, dass das auch eingearbeitet worden wäre. Wir werden auch im Anlassfall wahrscheinlich Sonderwidmungen oder Sonderregelungen treffen müssen. Ich sage auch dazu, dass hier mit der Raumordnung, mit der Raumplanung wir in Steyr einen Quantensprung brauchen. Wir brauchen vorausschauende Planer und wir brauchen hier neue Leute, die uns dabei helfen, gerade wenn man denkt an Stadtteile, die zur Beplanung anstehen, wie z. B. Tabor, die ganze Entwicklung der inneren Stadt. Hier müssen wir Planer haben, die das Gesamte beurteilen können und die hier aktiv daran teilhaben. Ich ersuche sie auch bei der Auffindung solcher Planer Ausschau zu halten und solche dann zu unterstützen. Deshalb, aus dem Gesagten, werden wir diesem Vorschlag zustimmen, mit Einschränkung des Gesagten, aber es ist notwendig, dass die Fachabteilungen ein Instrument für die nächsten Jahre in der Hand haben, wo sie aufbauen können. Das ist auf alle Fälle besser, als das bestehende 78iger Instrument und deshalb werden wir zustimmen. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es noch eine Wortmeldung? Herr GR Kupfer bitte.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich gebe dem Kollegen Pfeil völlig Recht, dass das eine der wichtigsten Entscheidungen ist, die wir heute treffen. Es ist eigentlich schon einige Jahre zu spät, dass wir diesen Flächenwidmungsplan heute beschließen. Ich glaube 1997 oder 1998 waren wir beinahe schon so weit und eben mit diesen Abänderungen und diesen Behördenverfahren, dass es noch länger gedauert hat. Die Entwicklungen in den letzten Jahren und speziell in den letzten Monaten hat gezeigt, dass unser Entwicklungskonzept einer Überarbeitung bedarf. Es ist vor kurzem von zwei Stadträten angeregt worden das Verkehrskonzept zu überarbeiten. Ich denke, dass wir uns auch in geraumer Zeit überlegen müssen, das Stadtentwicklungskonzept, zumindest in Teilbereichen, zu überarbeiten. Die Biotopgradierung ist ja im Gange. Also die Diskussion wird nicht enden. Ich denke es ist ganz, ganz wichtig diesen Schritt mit dem Flächenwidmungsplan heute zu einem Abschluss zu bringen, rein aus Gründen der Planungssicherheit, weil sehr, sehr viele darauf warten mit Genehmigungsverfahren ähnlich baureife etc. zu erreichen. Aus diesem Grund ist mir die Stellungnahme der Kollegin Frech doch ein bisschen zu polemisch. Auch aus dem Grund, weil sie...

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Das ist der Amtsbericht!

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

... in diesem Amtsbericht Stellungnahmen zitiert, die zum Teil zwei, drei, vier Jahre alt sind,

mittlerweile überholt sind, eingearbeitet sind.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Wo sind die Akten dazu?

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Wenn du genau gelesen hättest, es ist auch ein Satz drinnen der lautet: „Bei der Planerstellung wurden die festgelegten Planungen des Bundes und des Landes berücksichtigt.“

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Wo sind die Akten dazu? Wo sind die Schreiben dazu?

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Ich kann dazu nur so viel sagen, und alle die im Stadtplanungsausschuss sitzen, wir haben unzählige Sitzungen, ich kann es nicht zählen, wie viele Sitzungen wir gehabt haben, wo wir genau über diese Punkte Bund, Land und speziell die Einwürfe der Bürger dieser Stadt diskutiert haben und versucht haben, einen Kompromiss zu schließen und das ist passiert. Ich habe jetzt gerade das Protokoll gesehen, du warst bei der letzten Sitzung auch nicht mehr anwesend, wo wir alle gemeinsam gesagt haben, es ist der Zeitpunkt erreicht, jetzt müssen wir den Flächenwidmungsplan beschließen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Der Herr Bürgermeister hat sich auch zu Wort gemeldet.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren, ich bin eigentlich auch sehr froh darüber, dass endlich dieser Flächenwidmungsplan für die Stadt auf dem Tisch liegt. Wir haben ja oft Einzelwidmungen behandelt und diskutiert und es gibt auch heute einige nebenbei, die noch behandelt und beschlossen werden sollen. Aber es ist schon eindeutig der wichtigste Antrag von allen, der auf der heutigen Tagesordnung steht. Man muss sich darüber im Klaren sein, dass wir uns 1991 verständigt haben ein Stadtentwicklungskonzept zu machen. Man muss sich darüber im Klaren sein, dass wir 3 ½ oder 4 Jahre gebraucht haben, um dieses Stadtentwicklungskonzept überhaupt beschlussreif zu machen. Es war auch damals, das ist durchaus richtig, leider aus meiner Sicht, auch heute noch rückblickend betrachtet, nur ein Mehrheitsbeschluss. Ich hätte gerne in dieser Materie einen einhelligen, einstimmigen Beschluss gehabt. Es war nicht möglich. Wir haben so viele Veränderungen vorgenommen und haben wirklich versucht allen Argumenten, so gut es ein bisschen geht, Rechnung zu tragen. Es hat sich aber gezeigt, dass wir einen einstimmigen Beschluss nicht zustande bringen. Wir haben in der Folge und als richtige Schlussfolgerung ja diesen Flächenwidmungsplan beauftragt und auch an dem arbeiten wir ja schon wieder Jahre. Es hat sich noch etwas gezeigt, dass eine gewisse Haltung beim Land OÖ. da war, die sich vielleicht so dargestellt hat, dass sie gesagt haben, wir wollen Einzelwidmungen eigentlich nicht machen, bringt uns keine vorbei, ihr habt ja ohnehin den Generalfächenwidmungsplan und packt das da alles hinein und damit wird das ohnehin einer Erledigung zugeführt. Es hat sich aber gezeigt, dass das endlos dahingeht. Am Anfang haben wir ja, wenn ich mich richtig erinnere, 172 Einwendungen gehabt. Wir haben jede einzelne Einwendung abgehandelt und darüber diskutiert und versucht eine Lösung zu finden, auch so weit es möglich war auf die Wünsche der Einwender einzugehen. Aber es hat sich sogar im letzten Moment gezeigt, dass das Land gesagt hat, ihr könnt ihn uns bringen, ungefähr so, aber ihr dürft nicht mit einer Zustimmung des Landes rechnen. In einigen Punkten haben wir also ganz zum Schluss jetzt eigentlich neuerlich Abstriche machen müssen. Es ist also eine ungeheuerlich schwierige Materie,

man wird nie damit fertig und es zeigt sich, dass das ungeheuer lebt. Es zeigt sich aber auch, dass, wenn wir unsere Intentionen verfolgen wollen, z. B. Betriebsansiedlung machen wollen, hier eigentlich die Leute, wenn sie sich entschieden haben zu investieren, auch große Summen, das schnell machen wollen und dass irgendein Deal, ein Geschäft halt, fast immer unter Zeitdruck letztendlich steht und dass wir den Zeitpunkt nicht erwarten können, wo das also dann so schnell, wie sich das die Konsenswerber vorstellen, abgewickelt werden kann. Vor dem Hintergrund habe ich auch persönlich X-Mal, seinerzeit mit dem Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Leitl, und jetzt auch mit beiden sogar, geredet, auch in Punkten die heute zur Debatte kommen, dass das nicht so sein kann, dass man sagt ihr wollt also möglichst wenig Bürokratie haben, schnelle Behördenverfahren, das ist zweifelsohne notwendig in unserer Zeit, auf der anderen Seite wollt ihr aber einen Generalfächenwidmungsplan an dem weiß ich was für Experten mit unterschiedlichsten Meinungen arbeiten. Wir haben aber Leute auf der Matte stehen, die eine rasche Erledigung wollen, was ihr in den politischen, offiziellen Aussagen auch wollt. Wir müssen also eine Möglichkeit schaffen, auch schnelle, notwendige Verfahren trotzdem zu erledigen, wenn auch der Generalfächenwidmungsplan sozusagen noch nicht so beschlussreif ist. Das ist auch wirklich gelungen, das jetzt so quasi nebeneinander abzuwickeln. Die heutige Tagesordnung ist ein Beweis dafür. Ich erwarte mir, dass wir das auch noch einige Male machen müssen. Ich denke z. B. an spezielle Betriebsansiedlungen, an unseren neuen Wirtschaftspark, wo wir selbst eigentlich in einer zweiten Phase eine Erweiterung vorgeschlagen haben und wo aber die Widmung nicht den Wünschen der dort Ansiedlungswilligen zur Gänze entspricht und sich aber die Beamten der OÖ. Landesregierung am Stadtentwicklungskonzept orientieren und genau dort drauf bleiben wollen, was wiederum diese Wunschwidmung nicht ermöglicht. Wir haben ja in der letzten Sitzung eine sehr tiefeschürfende Diskussion gehabt. Aber es zeichnet sich ab, indem wir also viele Gespräche geführt haben, dass uns das doch möglich sein wird, auch in Abänderung dieser Haltung da zurande zu kommen. Ich glaube, dass das insgesamt gesehen sehr wichtig ist. Man muss einfach in diesen schwierigen Materien, wo so viele mit sprechen und Experten die natürlich hier eigenständige Positionen vertreten, einfach bereit sein, auch Kompromisse einzugehen. Für mich ist das ein ganz wichtiger Meilenstein in der Planungssicherheit einer Stadt und darauf aufbauend kann auch die zukünftige Entwicklung in Wahrheit erst Platz greifen und sich weiter entwickeln. Wir müssen uns alle im Klaren sein, dass wir mit dieser Materie immer beschäftigt sein werden und dass es sich um rollende Planungen in Wirklichkeit handelt, weil sie wirklich in das Leben und in die Entwicklung im wirtschaftlichen, menschlichen und gesellschaftlichen Bereich eingreift. Daher bin ich sehr froh, wenn heute dieser Generalfächenwidmungsplan beschlossen wird und ich hoffe auch, dass die OÖ. Landesregierung wirklich auch in dem Zeitraum von 4 Monaten, wie ich hoffe, nicht nur uns eine neuerliche, irgendwo zum Teil negative Stellungnahme übermittelt, sondern dass wir auch eine Zustimmung erfahren, wengleich wir wissen, dass wir dahinter, das ist heute auch gesagt worden, schon wieder mit einer Abänderung auch des Stadtentwicklungskonzeptes beschäftigt sein werden und neue Entwicklungen eintreten werden. Aber wir brauchen einmal eine Basis auf der wir uns quasi orientieren und fest bewegen und zu neuen Schritten aufbrechen können. Insofern bin ich sehr dankbar, wenn heute mit großer Mehrheit, oder einstimmig, wie ich mir erhoffe, dieser Beschluss getätigt wird.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Schlusswort bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ich möchte vielleicht noch erwähnen, dass, Punkto Stadtentwicklungskonzept, Steyr zu den ersten Gemeinden in OÖ. gehört hat, die ein Stadtentwicklungskonzept entwickelt haben und wir eigentlich Vorbild für viele andere Gemeinden in OÖ. waren. Alles andere, glaube ich, ist gesagt worden. Ich bitte um Abstimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um

ein Zeichen mit der Hand. SPÖ, FPÖ, ÖPV, GAL. Wer ist dagegen? Wer übt Stimmenthaltung? 1 Enthaltung (LIF). Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

Ich gebe den Vorsitz wieder an den Bürgermeister zurück.

VIZEBÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Bei meinem nächsten Antrag geht es um die Flächenwidmungsplanänderung Nr. 105, Mazda Lietz. Ich verlese den Antrag.

16) BauGru-8/01 Flächenwidmungsplanänderung Nr. 105; Mazda Lietz.

Antrag des Ausschusses für Angelegenheiten der Stadtentwicklung und Stadtplanung an den Gemeinderat

Der Gemeinderat möge beschließen:

Gegenständliche Flächenwidmungsplanänderung Nr. 105 - Mazda Lietz - wird entsprechend den Plänen der Fachabteilung Stadtentwicklung und Stadtplanung des Magistrates der Stadt Steyr vom 15. Jänner 2001 sowie nach Maßgabe des Amtsberichtes der Fachabteilung Baurechtsangelegenheiten vom 8. März 2001 gemäß §§ 33 und 36 des OÖ. Raumordnungsgesetzes, LGBl. Nr. 114/1993 idGF., beschlossen.

Ich bitte um Zustimmung bzw. um Diskussion.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wird zu diesem Antrag das Wort gewünscht? Ich sehe das ist nicht der Fall. Wir kommen gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich ein Zeichen zu geben. Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltung wird nicht vorgebracht. Der Antrag ist einstimmig angenommen. Nr. 17) bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Im nächsten Antrag geht es wieder um eine Flächenwidmungsplanänderung, die Flächenwidmungsplanänderung Nr. 104. Da geht es um den ÖAMTC-Stützpunkt, der ja aufgrund des Umbaus der Ennstalbrücke Richtung Ennsstraße verlegt werden soll. Ich verlese den Antrag.

17) BauGru-660/94 Flächenwidmungsplanänderung Nr. 104; ÖAMTC.

Antrag des Ausschusses für Angelegenheiten der Stadtentwicklung und Stadtplanung an den Gemeinderat.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Gegenständliche Flächenwidmungsplanänderung Nr. 104 „ÖAMTC“ wird entsprechend den Plänen der Fachabteilung Stadtentwicklung und Stadtplanung des Magistrates der Stadt Steyr vom 15. Februar 2001 sowie nach Maßgabe des Amtsberichtes der Fachabteilung Baurechtsangelegenheiten vom 7. März 2001 gemäß §§ 33 und 36 des OÖ. Raumordnungsgesetzes, LGBl. Nr. 114/1993 idGF., beschlossen.

Ich bitte um Zustimmung bzw. um Diskussion.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wir kommen daher gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen. Nr. 18) bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Hier geht es um die finanzielle Beteiligung der Stadt Steyr für das Jahr 2001 am OÖ Verkehrsverbund. Ich verlese den Antrag.

18) VerkR-237/01 OÖ. Verkehrsverbund (OÖVV), finanzielle Beteiligung der Stadt Steyr für das Jahr 2001.

Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für öffentliche Rechtsangelegenheiten und Verfassungsdienst vom 08.3.2001 wird der Freigabe der Mittel zur Bezahlung des Kostenbeitrages der Stadt Steyr zum Aufwand am OÖ Verkehrsverbund für das Jahr 2001 in Höhe von ATS 3.471.300,00 in Form einer Akontozahlung jeweils quartalsweise gegen nachträgliche Endverrechnung zugestimmt.

Zu diesem Zweck wird bei der VASSt. 1/690000/751000 die Freigabe des budgetierten Betrages in Höhe von ATS 3.471.300,00 bewilligt.

Ich bitte um Zustimmung bzw. Diskussion.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Kollege Eichhübl bitte.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates. Nur zur Ergänzung zu dem was vor mir bereits Herr Vizebürgermeister Forstenlechner im Zusammenhang des OÖVV und die Beteiligung der Stadt gesagt hat, wäre aus meiner Sicht anzumerken, dass sich ja seit 1995 dieser Verkehrsverbund im OÖ Lande bewegt und inzwischen einige Veränderungen eingetreten sind. Ich meine da positive Veränderungen, die durchaus erwarten lassen, dass das Ziel erreicht wird, dass man eben mit einem Fahrschein alle öffentlichen Verkehrsmittel benutzen kann.

Aber was die finanzielle Beteiligung betrifft, möchte ich doch auch ein Wort deshalb sagen, weil diese mir durchaus gerechtfertigt erscheint. Im Zusammenhang des Ankaufes von unserem neuen Fahrscheinsystem, das sind 74 Entwerter, wobei teilweise drei in einem Bus eingebaut werden, und 36 Fahrschein drucker, die insgesamt etwa 9 Millionen Schilling kosten, so bezahlt uns das Land dafür, und das finde ich sehr positiv, 6,2 Millionen, sodass für die Stadtwerke bzw. für die Stadt als Eigentümer 2,7 Millionen Schilling übrig bleiben. Wir haben bereits diesen Beschluss gefasst, aber ich wollte das nur im Zusammenhang sehen, dass dieser Betrag, den wir hier leisten, gegenüber dem OÖVV durchaus gerechtfertigt ist.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es weitere Wortmeldungen? Da ist nicht der Fall. Schlusswort?

VIZEBÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Roman, schönen Dank für deine Ergänzungen. Ich bitte um Abstimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich ein Zeichen zu geben. Danke, das war einstimmig. Nächster Punkt bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Bei den Europäischen Wissenschaftstagen geht es um einen Subventionsbetrag der Stadt Steyr von einer Million Schilling. Bei den Europäischen Wissenschaftstagen geht es um das Thema „die psychologischen und soziologischen Grundlagen des Wirtschaftslebens“. Es sind zu diesem Zweck eine ganze Reihe von namhaften Wissenschaftlern aus der ganzen Welt in Steyr. Ich glaube es ist eine sehr sinnvolle Sache, dass diese Veranstaltung in Steyr durchgeführt wird. Ich möchte aber kurz aus dem Amtsbericht zitieren. „Da der zwischen dem Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr, dem Land OÖ und der Stadt Steyr vereinbarte Finanzierungsschlüssel, der für den Bund einen Finanzierungsanteil von 3/6, für das Land Oberösterreich von 2/6 und die Stadt Steyr von 1/6, somit ein Verhältnis von 3:2:1 vorgesehen hat, vonseiten des Bundes einseitig aufgekündigt worden ist, und lediglich ein Finanzierungsbeitrag von 1 Million zugesagt worden ist, wurde in der Vorstandssitzung vom 10. November 2000 ein Jahresvoranschlag für das Budgetjahr 2001 und somit auch für die diesjährige Veranstaltung in Höhe von 4 Millionen Schilling erstellt. Die Aufteilung dieser Summe sollte, vorbehaltlich der Zustimmung der zuständigen Gremien, mit 2 Millionen Schilling auf das Land Oberösterreich, 1 Million Schilling auf das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur und 1 Million Schilling auf die Stadt Steyr erfolgen.“

Ich verlese den Antrag.

19) Präs-372/99 Europäische Wissenschaftstage Steyr 2001.

Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund der im Amtsbericht der Magistratsdirektion beinhalteten Darstellung über die Durchführung der „Europäischen Wissenschaftstage in Steyr 2001“ wird ein Subventionsbetrag in Höhe von öS 1 Million bei der VSt. 1/289000/757200 freigegeben.

Ich bitte um Zustimmung bzw. Diskussion.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Der Antrag steht zur Debatte. Wünscht jemand das Wort? Herr Kollege Apfelthaler bitte.

GEMEINDERAT KURT APFELHALER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren im Gemeinderat. Wie sie sich erinnern können war die ursprüngliche Intention quasi für diese Europäischen Wissenschaftstage in Steyr eine populärwissenschaftliche Veranstaltung, die quasi auch dem nichtwissenschaftlichem Publikum zugänglich sein soll. Das nichtwissenschaftliche Publikum kann sehr wohl dort teilhaben nur die Art des Vortrages, kann ich mich erinnern, hat voriges Jahr teilweise auf ein Staunen bis hin zum Unverständnis gesorgt, weil manche mit den Übersetzungsmöglichkeiten nicht zurande gekommen sind. Nun lese ich aber in dem jetzigen Antrag, dass die Herrn Wissenschaftler, die hier wieder vortragen sollen, wahrscheinlich im Durchschnitt nicht populäres Deutsch sprechen werden, sondern dass die Schwierigkeit wieder gegeben sein wird, dass dort mit Übersetzung gearbeitet werden muss.

Also wir geben praktisch für drei Tage eine Million Schilling aus und ich möchte zumindest die Sicherheit haben, dass die ursprüngliche Intention populärwissenschaftlich auch stattfinden kann. Vielleicht kann der Kollege etwas dazu sagen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Ich kann dazu nur sagen, dass wir das auch so betrachtet haben und in einem recht eindringlichen Brief habe ich an den Präsidenten eine Manöverkritik angebracht, der auch diesen Punkt betroffen hat. Es wurde uns versichert, dass man die Einsparung die voriges Jahr beim Übersetzen getroffen wurde, im Jahr vorher ist ja simultan übersetzt worden, dass man im kommenden Jahr wieder übersetzen wird. Ich habe das auch den Professoren direkt am Abend, am Ende der Veranstaltung gesagt und es ist ein bisschen halt bei den Herrschaften die Meinung vorherrschend, dass sowieso jeder perfekt Englisch spricht und auch eine außergewöhnlich schwierige Materie und um die handelt es sich ja in vielen Fällen, obwohl die Professoren aufgefordert sind sozusagen populär zu sprechen, also verständlich das auch zu übersetzen. Wenn aber natürlich Englisch und eine komplizierte Materie zusammen kommt, dann werden selbst Leute die verhältnismäßig gut Englisch können aber das halt nicht täglich benötigen, überfordert sein und das hat sich sehr deutlich gezeigt. Also wir gehen davon aus, der Herr Magistratsdirektor sitzt ja im Vorstand dieses Vereines der das betreibt, dass es dieses Jahr auch wieder ins Deutsche übersetzt wird, sodass auch wir wieder das Vergnügen haben, den Vorträgen besser folgen zu können.

Gibt es noch ein Schlusswort?

VIZEBÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Aber es ist halt so, dass es wirklich in Zukunft so sein wird, unsere Kinder werden wahrscheinlich diese Übersetzungen nicht mehr genießen können, sondern das ist vielleicht noch eine Zeit wo man es jetzt noch die nächsten 10 oder 20 Jahre genießen kann, dann ist das aber sicher einmal aus. Es ist in vielen Kreisen, und ich glaube in der EU geht auch die Richtung dahin, dass die Englische Sprache irgendwann einmal so selbstverständlich ist, dass es jeder einmal können muss.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Das werden aber schon deine Enkelkinder sein.

VIZEBÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Na ja, meine Kinder sind es schon.

Ich bitte um Abstimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wir kommen zur Abstimmung: Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich ein Zeichen zu geben. Danke sehr, das ist einstimmig erfolgt. Der Antrag ist somit angenommen.

Ich danke dem Kollegen Vizebürgermeister Forstenlechner. Nächster Berichterstatter ist Herr StR Bremm.

BE: STADTRAT GERHARD BREMM:

In meinem ersten Antrag, meine sehr verehrten Damen und Herren, geht es um eine außerordentliche Subvention und zwar die 3. und letzte Etappe für die Errichtung des ASKÖ- und ATSV-Klubheimes im Ausmaß von S 400.000,--. Ich ersuche dem Antrag die Zustimmung zu geben.

20) Fin-283/98 ASKÖ-Bezirk Steyr/ATSV Steyr; Ansuchen um Gewährung einer außerordentlichen Subvention zur Errichtung von Klub- und Schulungsräumen; 3. und letzte Etappe.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Schule und Sport vom 5. Februar 2001 wird dem ASKÖ-Bezirk Steyr und dem ATSV Steyr für die Aufstockung bzw. Neuerrichtung und die erforderlichen Sanierungsmaßnahmen als dritte und letzte Rate im Jahr 2001, eine außerordentliche, nicht rückzahlbare Subvention von ATS 400.000,-- gewährt.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von **ATS 400.000,-- (iW vierhunderttausend)** werden bei der VSt. 1/269000/777000 freigegeben.

Die Auszahlung des oa. Betrages erfolgt erst nach Einreichung der Förderungserklärung bzw. des Verwendungsnachweises samt Originalrechnungen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wird zu dem Antrag das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Wir kommen gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen. Das ist einstimmig. Danke sehr, der Antrag ist angenommen.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Danke. Im nächsten Antrag geht es auch um einen wichtigen weiteren Schritt und zwar um das Honorar für den Architekten für die Einreichplanung der Bezirkssport- bzw. Kulturhalle in Steyr im Ausmaß von 1.837.000,-- Schilling. Ich ersuche den Gemeinderat diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

21) BauH-180/00 Bezirkssporthalle Steyr, Architektenhonorar Einreichplanung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III, FA Hochbau, vom 23. 2. 2001 wird der Vergabe der Einreichplanung an das Arch. Büro DI Ing. Schmid, Steyr, zum Preis von gerundet **S 1.837.000,00** bei VSt. 5/263000/010000 zugestimmt.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von S 1.837.000,00 notwendig, die hiemit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehensbedingungen wird auf Basis einer vom GB für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Frau Kollegin Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste. Ja so sehr ich froh bin, dass es zu dieser Sporthalle kommt, ist für mich leider im Laufe der ganzen Diskussion und Sitzungen die es dazu auch gegeben hat, stellt sich eigentlich für mich verstärkt dar, dass es nie zu dieser tatsächlichen Dreifachturnhalle kommen wird, nämlich auch mit der Nutzung durch kulturelle Veranstaltungen. Es ist ja nicht von ungefähr, dass da oben steht Bezirkssporthalle Steyr und nicht Dreifachturnhalle oder Veranstaltungszentrum, sondern es wird eine Sporthalle sein. Dagegen habe ich nichts, aber gerade

wo uns in Steyr absolut eine Möglichkeit fehlt Konzerte abhalten zu können, größere Veranstaltungen durchführen zu können, wäre es mir ein großes Anliegen, dass das auch möglich ist, dass das auch technisch möglich ist, dass es verkehrsmäßig möglich ist usw. Bis dato habe ich diesen Eindruck aber leider nicht gewonnen. Das ist der Grund, warum ich diesem Antrag nicht die Zustimmung geben werde, sondern mich schlichtweg enthalten werde, einfach aufgrund dessen, dass ich nicht unterstützen möchte, dass da am Schluss etwas dasteht, was eigentlich nicht mehr mit den Grundintentionen in Einklang zu bringen ist.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Schlusswort Herr Referent.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Frau Kollegin Frech, vielleicht kann ich doch noch dazu beitragen, dass sie ihr Stimmverhalten ändern. Wenn wir eine reine Dreifachsporthalle errichten würden, dann würden wir heute nicht von einem Betrag von 105 Mio. Schilling sprechen, sondern von einer Maximalinvestition von 40 - 45 Mio. Schilling. Die Wortwahl für diese Halle, dass wir Dreifachbezirkssporthalle gewählt haben, hat fast ausschließlich den Grund, dass wir bei Förderungsansuchen bei den offiziellen Stellen, beim Land und beim Bund, hier auch eine offene Türe haben. Aus dem Grund haben wir diese Wortwahl genommen, hat aber auch mit der grundsätzlichen Konzeption der Halle von den Ausmaßen her, die den Sportbereich betreffen auch zu tun, weil da gibt es genaue Maße, die Länge und die Breite, die Teilung auf Dreifachsporthalle. Die Halle aber ist so konzipiert, dass wir Besucherzahlen, und weil wir da schon glauben, dass wir auch Großveranstaltungen, wie immer in welcher Form und in welche Richtung, dort durchführen können. Die Halle ist so konzipiert, dass dort 3.500 Zuseher maximal Platz finden. Die Höhe der Halle ist so gewählt worden, dass nicht nur der reine Turn- und Sportbetrieb möglich ist. Was aber ein ganz wesentlicher Punkt für die Konzeption der Halle ist, ist, dass auch außerhalb des Bereiches, was Sport ist, genügend Platz ist, dass also im Foyer-Bereich Großveranstaltungen abgewickelt werden können, dass die gastronomische Vorsorge gegeben ist, um das alles zu machen. Es ist alles danach ausgerichtet. Für den Sport alleine wäre die Halle wesentlich zu groß konzipiert, wie wir sie wollen, also es können dort auch dementsprechende Kulturveranstaltungen stattfinden. Wobei man natürlich auch sagen muss, wir haben keine geeignete Sporthalle und diese Halle wird natürlich schon in einem hohen Ausmaß von den Sportvereinen und Schulen frequentiert werden. Aber es können auf alle Fälle auch große kulturelle Veranstaltungen stattfinden.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich ein Zeichen zu geben. Gegen den Antrag ist niemand. Stimmenthaltung übt die Frau Frech.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Also ist es nicht gelungen. Vielleicht wenn sie dann steht.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Dann wird sie bei der Eröffnung in der ersten Reihe sitzen.

Gelächter

STADTRAT GERHARD BREMM:

Wenn die erste Kulturveranstaltung stattfindet, ersuche ich sie, dass sie ihr Stimmverhalten

rückgängig machen.

Gelächter

STADTRAT GERHARD BREMM:

In meinem letzten Antrag geht es um ein umfassendes Vertragswerk und zwar dem Abschluss einer Vereinbarung zwischen der Stadt Steyr und der ARGEV-Verpackungsverwertungs Ges.m.b.H. über die Sammlung von Altverpackungen im Gebiet der Stadt Steyr. Es geht da um die Kunststoff-, Blech- und Holzsammlung. Diese Vereinbarung ist ja auf Bundesebene ausverhandelt worden und liegt zur Beschlussfassung vor. Ich ersuche den Gemeinderat dieser Vereinbarung die Zustimmung zu geben.

22) Abfall-35/00 Abschluss einer Vereinbarung zwischen der Stadt Steyr und der ARGEV-Verpackungsverwertungs Ges.m.b.H. über die Sammlung von Altverpackungen im Gebiet der Stadt Steyr.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des vorstehenden gemeinsamen Amtsberichtes der Fachabteilungen für Umweltschutz und Abfallwirtschaft sowie Privatrechtsangelegenheiten vom 8. März 2001 wird dem Abschluss einer Vereinbarung mit der ARGEV-Verpackungsverwertungs Ges.m.b.H. über die Sammlung der Altverpackungen im Gebiet der Stadt Steyr entsprechend dem beigeschlossenen Vertragsentwurf zugestimmt. (Beilage)

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Meine Damen und Herren wir konzentrieren uns auf die Debatte oder Abstimmung. Debatte wird keine geführt, wie ich sehe. Wir kommen daher zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen. Keine gegenteilige Auffassung? Keine Stimmenthaltung? Damit ist der Antrag einstimmig angenommen. Ich danke dem Kollegen Bremm.

Nächster Berichterstatter ist Kollege Eichhübl.

BE: STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates, ich habe die Ehre noch vor der Pause meine vier Anträge vorzutragen. Der erste Antrag kommt aus dem Verwaltungsausschuss für die wirtschaftliche Unternehmung Stadtwerke Steyr und betrifft das Stadtbad, nämlich eine Preisanpassung, sprich Preisanhebung um nicht die Frau Kollegin Frech zu beleidigen, ab 1. 5. 2001. Bevor ich zum Antragstext komme, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, möchte ich noch kurz einige Anmerkungen machen. Abgesehen davon, dass aufgrund von noch länger andauernden Umbau- und Sanierungsmaßnahmen im Bereich des Sportbeckens des Freibades der Stadt Steyr es abzusehen ist, ich habe mich in den letzten Wochen und auch heute noch davon überzeugt, wird es bedauerlicherweise nicht möglich sein den Besuchern des Freibades dieses Mal mit Beginn der Saison am 15. 5. diese Anlage zur Verfügung zu stellen. Aber Tatsache ist, und es wurde bereits heute darauf hingewiesen, dass sie in diesem Freizeitbereich, wenn dann die Sanierung und die Verbesserung abgeschlossen ist, immerhin etwa 15 bis 16 Millionen Schilling investiert werden wird. Dem gegenüber, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, und das ist abzulesen, nach den Abschlüssen des Jahres 1999, stehen Aufwendungen im Bereich der Bäder von 9,6 Millionen Schilling 2,3 Millionen Schilling Erlöse gegenüber. D. h., das ist zu etwa 24 %, wenn man diese Zahlen betrachtet, gedeckt. Das war schließlich Anlass dafür, dass sich der Verwaltungsausschuss mit der Thematik befasst hat und schlussendlich auch nach einer längeren Diskussion dem Antrag der Stadtwerkedirektion nachgekommen ist und eine entsprechende Erhöhung beantragt, wobei nicht ausdrücklich im Amtsbericht darauf hingewiesen wurde, darum sage

ich es jetzt, dass diese Beträge natürlich euroumrechnungsfähig sind. Sie sind aber deswegen in dieser Auflistung nicht angeführt, weil ja erst bei der übernächsten Saison die Euroumwährung dann tatsächlich in Kraft treten wird. Ich darf ihnen, meine Damen und Herren, daher folgenden Antrag zur Verlesung bringen.

23) Stw-18/01 Stadtbad Steyr; Preisanpassung Freibad per 1. 5. 2001.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke Steyr vom 11. 01. 2001 über die Preisanpassung für das Freibad mit Wirksamkeitsbeginn 01. 05. 2001 und zufolge des Beschlusses im Verwaltungsausschuss für die wirtschaftliche Unternehmungen „Stadtwerke Steyr“ entsprechend der Beilage wird der Anwendung der neuen Eintrittspreise zum genannten Zeitpunkt zugestimmt. (Beilage)

Herr Bürgermeister ich darf sie bitten, über meinen Antrag die Diskussion bzw. die Abstimmung durchzuführen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Der Antrag steht zur Debatte. Wer wünscht das Wort? Es ist lange darüber geredet und verhandelt worden. Es ist kein Diskussionsbedarf daher kommen wir gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich ein Zeichen zu geben. Danke, das ist einstimmig beschlossen.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Der zweite Antrag, meine Damen und Herren, den ich ihnen vorzutragen habe, ist bedauerlicherweise ebenfalls ein Erhöhungsantrag. Er betrifft die Anhebung des Erdgasabgabepreises aus dem Versorgungsnetz Gaswerk Steyr ab 1. 03. 2001. Dazu darf ich ebenfalls einige Anmerkungen machen. Meine Damen und Herren des Gemeinderates, jeder von ihnen der in den letzten Jahren den Rohölpreis am Weltmarkt, also nicht nur hier in Österreich hat das seine Auswirkungen gehabt, sondern europaweit und natürlich auch weltweit, wer also diese Preisspirale beobachtet hat, hat feststellen müssen, dass die in nicht unerheblichem Ausmaß sich stetig nach oben bewegt hat. Jeder hat das auch in seinem eigenen Geldbörsel gespürt, sei es, dass er etwa petrochemische Produkte gekauft hat, sei es, dass er mit seinem Fahrzeug bei einer Tankstelle vorbeifahren musste, sich seinen Tank auffüllen lassen musste, sei es, dass er einen Ölwechsel durchführen lassen musste oder seien es jene Hausbesitzer, die sich eben mit Energie, sprich Heizöl, eindecken mussten. Die derzeitige Preisreduktion bei Treibstoffen dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass alleine im vergangenen Jahr beispielsweise der Dieselkraftstoff um mehr als 40 % oder Heizöle um bis zu 70 % teurer geworden sind. Aber auch beim Wertgas zeigt die Preisentwicklung in den letzten 5 Jahren beim Einkauf eine Erhöhung von 160 %, weil ebenfalls diese Preisentwicklung vom vorhin genannten Rohölpreis abhängig ist. Alleine von Jänner 2000 bis Februar 2001 waren Mehraufwendungen für den Erdgaseinkauf vonseiten der Stadtwerke von 25 Mio. Schilling erforderlich. Die Preiserhöhung für die Abgabe von Erdgas ab Oktober 2000 in Höhe von 12,5 % bewirkte zwar Mehreinnahmen von etwa 8 Mio. Schilling, sodass aber trotzdem ein ungedeckter Abgang von etwa 17 Mio. Schilling verbleibt. Nach der neuerlichen Anhebung des Einstandspreises unseres Lieferanten der oö. Ferngas ab Beginn des Jahres 2001 bedeutet dies, dass wir in den Monaten Jänner und Februar dieses Jahres einen tatsächlichen Verlust von etwa 7 Mio. Schilling erlitten haben bzw. in diesen beiden Monaten quasi ein subventionierter Erdgasabgabepreis im Gegensatz zu anderen Städten in Kraft war. Um weiteren wirtschaftlichen Schaden von dem Gasversorgungsunternehmen der Stadt Steyr abzuwenden, hat daher der Verwaltungsausschuss in seiner Sitzung am 19. 2. d. J. einen Antrag der Direktion der Stadtwerke auf Anhebung des Erdgasabgabepreises in Höhe von 11,5 % zugestimmt und stattgegeben. Anzumerken ist, meine Damen und Herren des Gemeinderates, dass trotz dieser bedauerlichen Preisanhebung, die uns von Außen her aufgezwungen wird, die Tarife für Heiz- und Kochzwecke immer noch unter jenen anderer vergleichbarer Städte, wie z. B. Wels und Linz, liegen.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, im Lichte dieser Situation trage ich ihnen folgenden Antrag vor.

24) Stw-104/00 Erdgasversorgung; Anhebung der Erdgasabgabepreise aus dem Versorgungsnetz Gaswerk Steyr ab 1. 03. 2001.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke Steyr vom 8.2.2001 wird der Anhebung der zuletzt mit Beschluss des Verwaltungsausschusses vom 20.9.2000 und des Gemeinderates vom 5.10.2000 genehmigten Erdgasabgabepreise um 11,5 % für die Tarifabnehmer entsprechend der diesem Amtsbericht beigeschlossenen Anlage zugestimmt.

In Anbetracht dessen, dass in den Monaten Jänner, Februar und März entsprechende Erdgasabgabemengen abgesetzt werden und diese - bei Anhebung der Tarife - den erwarteten Verlust verringern helfen, wird um Herbeiführung eines Beschlusses des Verwaltungsausschusses gem. § 5, Abs. 4 des Organisationsstatutes für die wirtschaftliche Unternehmung „Stadtwerke Steyr“, wonach die Stadtwerke zum sofortigen Vollzug ermächtigt werden, gebeten. (Beilage)

Herr Bürgermeister ich darf sie bitten über den von mir vorgetragenen Antrag die Diskussion bzw. die Abstimmung durchzuführen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Die Ausführungen stehen zur Debatte. Herr Kollege Hack bitte.

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:

Geschätztes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Diese ganze Geschichte zeigt das Dilemma, das eigentlich die Querverbundsubventionierung mit sich bringt, auf. Ich weiß nicht genau, ich habe es leider noch nicht erfahren können, ob jetzt das Gaswerk für sich alleine momentan effektiv einen Verlust macht oder nicht. Wie viel Verlust macht es jetzt, Herr Eichhübl? Können sie mir das sagen?

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Ich habe es ihnen vorhin gerade gesagt.

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:

Wie viel Millionen oder welcher Betrag ist das, die jetzt effektiv rein nur das Gaswerk macht? Wenn man sich den Jahresbericht 1999 ansieht, wenn man den damaligen Gewinn und jetzt diese Preise gegenüberstellt, dann würde sich kein Verlust ergeben, sondern dann würde das Gaswerk in etwa ausgeglichen bis leicht positiv bilanzieren. Das ist die Problematik. Im Vernehen nach wird der Gaspreis jetzt wieder sinken, so wie die Ölfördermengen und die Entwicklung am Weltmarkt aussieht, aber es ist das Riesenproblem diese Quersubventionierung und ich finde und glaube es sollte wirklich ernsthaft daran gegangen werden die Quersubventionierung, diese ganze Systematik in den Stadtwerken einmal zu überdenken. Es kann eigentlich nicht sein, dass die Gaskunden die Verluste oder die Kosten der Busse oder der Busfahrer bezahlen und es ist bis heute auch eine Verbesserung in der Buslinienführung und eine Verbesserung im Angebot der städtischen Busse nicht erkennbar. Also, ich halte es für sehr problematisch, was hier gemacht wird.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es weitere Wortmeldungen? Kollege Kupfer bitte.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Ich will jetzt nicht direkt auf das Thema, das eigentlich zur Beschlussfassung ansteht, reden, eher auf das was der Kollege Hack jetzt gesagt hat, aber es hängt ja indirekt zusammen. Ich denke mir, man macht es sich schon sehr leicht wenn man rausgeht zu diesem Thema und sagt, die Quersubventionierung das ist etwas Arges und die EU wird es irgendwann verbieten und eigentlich dürften wir das gar nicht mehr machen. Von dem abgesehen, dass die EU das mittlerweile ja gar nicht mehr in dieser Form vor hat zu verbieten oder wir zu überdenken. Ich frage nur, was ist der Umkehrschluss, wenn wir das machen? Wer bezahlt es dann? Die Verkehrsbetriebe ...

Unverständlicher Zwischenruf von GR Ing. Wolfgang Hack!

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Aber dann sag mir bitte eine Alternative, wer es sonst bezahlen soll? Dieses System ist in Steyr seit Jahren und Jahrzehnten gang und gäbe. Wolfgang, wenn du die Behauptung machst, dann musst du zumindest sagen, wer es sonst bezahlen soll. Du hast schon Recht, dass es bei den Verkehrsbetrieben einen Reformbedarf gibt und dass das mit den Linien zum Teil nicht stimmt. Da gebe ich dir vollkommen Recht, nur einfach zu sagen, man muss sich das irgendwie anders überlegen und es wird schon irgendwie gehen, ich meine das ist einfach zu wenig.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Nächster am Wort ist der Kollege Hauser.

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:

Geschätztes Präsidium, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Sehr geehrter Herr Kollege Hack, es ist so, dass zuerst ausdrücklich gesagt wurde, dass hier um 7 Millionen Schilling nur in zwei Monaten mehr aufgewendet werden musste um Gas einzukaufen und rein als Geschäftsmann müssten sie sagen, dass das nicht geht. Es geht nicht, dass sich der Einstandspreis in diesem Maß erhöht und man dreht dann nicht an der Schraube, dass sozusagen die Gewinnsituation halbwegs im Lot bleibt. Gerade sie als Geschäftsmann müssten unter anderem wissen, dass sie in ihrem Geschäft Produkte haben, die halt keine Gewinne abwerfen und die anderen werfen Gewinne ab und auch sie werden ihre Produkte so austarieren, dass schlussendlich unter dem Strich etwas Positives bleibt. Daher gibt es also sicherlich Situationen wo man darüber diskutieren kann ob die Systeme passen, nur wir stehen dazu. Ich sage ihnen das ganz offen und ehrlich. Wenn sie sagen die Quersubventionierung muss aufgehoben werden und wir zahlen dem Finanzamt Millionen weg, an den Gewinnen die wir einfahren, dann müssen sie mir auch sagen, wer die Verluste auf der anderen Seite trägt, wenn wir das Geld plötzlich nicht mehr zur Verfügung haben. Daher müssen wir letztendlich auch ehrlich sein. Wenn wir den öffentlichen Verkehr rein wirtschaftlich führen müssten, dann kann sich keiner mehr das Autofahren leisten. Daher ist es für mich ein Hohn, wenn man auf der einen Seite hergeht und ständig neue Linien, ständig andere Linienführungen fordert, ständig darauf schaut, dass der öffentliche Verkehr eigentlich noch mehr und besser werden sollte und auf der anderen Seite aber nicht bereit ist, auch das Geld dafür auszugeben. Wenn sie mir erzählen, dass wir die Quersubventionierungen aufhören müssen, dann müssen sie mir aber auf der anderen Seite sagen, wo wir sie woanders einsparen, damit wir nämlich aus dem Budget das Geld dazu schießen. Daher kann man es sich auch als Geschäftsmann nicht so leicht machen hier herzugehen und zu sagen, hören wir das auf, weil das ist unsauber oder wie immer sie das dann titulieren und auf der anderen Seite sagen sie aber nicht wie die Alternativen letztendlich sind.

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:

Ich habe gesagt man muss sich das ansehen, man muss das überprüfen.

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:

Das sagen sie uns schon seit Jahren. Wir sitzen gemeinsam in dem Verwaltungsausschuss und vorher im Kommunalausschuss, aber es kommt kein Vorschlag wie das anderes gelöst werden soll, dass die Bedingungen dieselben bleiben und die Aufwendungen der Stadt nicht höher werden. Daher muss ich ihnen sagen, es ist ein bisschen eine schwache Partie, die sie hier liefern.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Herr Mayrhofer bitte an das Rednerpult.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir hätten uns wirklich von diesem Amtsbericht ein bisschen mehr Aufklärung erwartet. Z. B., wenn wir so weiter machen, welchen Verlust zahlen wir ein? Welches Ergebnis fahren wir ein, wenn wir um diesen Prozentsatz erhöhen? Das steht nämlich nicht drinnen. Schauen sie sich das genau an. Welches Ergebnis werden wir dann erzielen? Das geht aus dem Amtsbericht nicht hervor. Auf der zweiten Seite dieses Amtsberichtes steht, dass die Stadtwerke zum sofortigen Vollzug ermächtigt werden sollen, weil das Ablesen dauert drei Wochen und man möchte nicht die Zeit verlieren. Können sie mir sagen, ob die dann morgen beginnen die Zählerstände abzulesen?

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Das haben sie schon längst getan.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Ja, sie haben es schon getan. D. h., wir beschließen heute eine rückwirkende Geschichte. Das muss uns auch klar sein und das steht aber nicht drinnen. So wie es im Amtsbericht drinnen steht, liest ein jeder heraus, dass sie morgen beginnen die Zählerstände abzulesen. So kann es ja bitte schön auch nicht gehen.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

1. 3. steht drinnen.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Nein, aber wirklich nicht.

Diskussion verschiedener Mandatare

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

D. h., ich möchte schon Aufklärung, wie es jetzt wirklich aussieht mit dem Ergebnis unter der Voraussetzung einer Anhebung und wie würde es aussehen, wenn wir ohne dieser Anhebung weiter arbeiten.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Frau Kollegin Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste. Es geht nicht in Wahrheit, das ist ein Randthema, um die Quersubventionierung, sondern es geht darum was diese Quersubventionierung speziell in Steyr verursacht. Und sie verursacht, dass man einfach über Reformen nicht nachdenkt, weil es ja so bequem ist. Wir haben die Gewinne aus dem Gaswerk, bis jetzt hat es ja wunderbar funktioniert, jetzt merkt man in der Diskussion, dass es zu bröckeln anfängt, und damit decken wir den Verlust aus dem öffentlichen Verkehr. Nie war die Frage, wie kann ich einen öffentlichen Verkehr qualitativ aber auch für die Kunden günstig und mit möglichst wenig Abgang produzieren. Das war nie die Frage die man sich gestellt hat, weil es war ja so bequem, wir haben die Gewinne. Wenn sie sich aber überlegen was die Entwicklung der letzten Jahre war, das können sie wunderbar aus den Geschäftsberichten entnehmen, von den Stadtwerken, wir haben weniger Fahrgäste, wir haben Rücknahme im Leistungsbereich. Nämlich im Leistungsbereich insofern, als wir weniger Fahrzeiten haben, weniger Takte. Ich erinnere nur an die Linie Neuschönau die früher viertelstündlich gefahren ist und inzwischen nur mehr halbstündig fährt und auch nicht mehr auf den Stadtplatz. Wir haben einen Abgang, der höher ist als früher und inzwischen verursacht der städtische Verkehrsbetrieb S 70.000,00 Verlust pro Tag. Das muss man sich einmal vorstellen, obwohl die Tarife längst nicht niedrig sind. Wenn sie heute in Steyr zwei Strecken fahren, bezahlen sie S 40,00. Das ist nicht wirklich günstig. Zugleich habe ich aber S 70.000,00 Abgang. Statt hier wirklich viel Energie reinzugeben und zu versuchen dieses Ergebnis zu verbessern, war es zu bequem mit dem Gewinn der Gaswerke. Deshalb wäre es längst an der Zeit, hier wirklich einmal zu reformieren, aber das hat die Quersubventionierung im Endeffekt verhindert, weil man sich damit immer rübergerettet hat.

Was jetzt die Anhebung der Erdgaspreise anbelangt, Herr Kollege Mayrhofer, ich habe es schon beim Herrn Dipl. kfm. Zeilinger probiert, ich habe ihn gebeten mir die Kalkulationsgrundlagen zukommen zu lassen, er hat gesagt das wird geschehen. Ja, passiert ist nichts, ich habe es bis heute nicht bekommen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Gibt es noch weitere Wortmeldungen? Nein? Schlusswort bitte.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Danke Herr Bürgermeister. Ich habe ein Schlusswort zu halten, habe aber vor, es sehr kurz zu halten, nämlich deswegen, weil ich ja bereits eingangs erwähnt habe, dass wir sehr ausführlich über die Thematik Erdgasabgabepreis und auch Verkehrsbetriebsverbund diskutiert haben und die damit im Zusammenhang stehende Querverbundfinanzierung. Meine Damen und Herren, ja natürlich haben wir bereits des Öfteren auch hier in diesem Kreise über die Sinnhaftigkeit einer Querverbundfinanzierung diskutiert. Das ist ja nichts Neues. Herr Kollege Hack, da sind sie nicht der Erfinder davon. Das muss ich ihnen schon sehr deutlich sagen. Ich kann ihnen eines auch sagen Herr Kollege Hack, schauen sie einmal über den Suppentellerrand hinaus und glauben sie nicht Steyr ist die Welt alleine. Sagen sie mir bitte jetzt nur einen Betrieb, einen öffentlichen Betrieb, der ein Verkehrsunternehmen betreibt und gleichzeitig auch ein Energieversorgungsunternehmen. Sagen sie mir bitte einen Betrieb in Österreich und da sind ihre schwarzen Kollegen in Bregenz auch damit gemeint, die nicht auf diese Art und Weise den öffentlichen Verkehr subventionieren um steuerliche Vorteile daraus zu lukrieren, um eben ein besseres Verkehrsangebot für die Bevölkerung zu erwirken.

Das ist ja wirklich sehr interessant, wenn man hier von den Leistungen redet, Frau Kollegin Frech. Nehmen sie doch bitte einmal zur Kenntnis, dass anerkannte Institutionen den öffentlichen Verkehr in Steyr als absolut positiv und gut darstellen. Bitte schauen sie doch einmal nach Wels. Wie sieht es denn da aus? Sie sind ja eh diejenige, die uns im Gemeinderat immer wieder quält und von Feuerland bis Südseestrand Vergleiche anbringt.

Gelächter

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

So exotisch war ich noch nie unterwegs.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Gehen sie einmal weg aus ihrer Maikäferperspektive. Ich sage es ihnen einmal wie es in Wels aussieht. Ich freu mich ja, dass sie lachen, weil vorher hätten sie mich fast erbissen.

Gelächter

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Schauen sie sich einmal Wels an, soll ich ihnen sagen wie es dort aussieht?

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Sie müssen nicht immer das Negative bringen.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Mehr als ein Drittel schlechteres Angebot für die Bevölkerung und rund 20 Millionen Schilling Zuschussbedarf. Wissen sie wie das läuft? Das wissen sie wahrscheinlich nicht.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Doch, weiß ich schon. Kennen sie auch das positive Beispiel Wr. Neustadt?

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

So, Wr. Neustadt, Frau Kollegin Frech, da muss ich ihnen wirklich eines einmal sagen, bitte nehmen sie endlich zur Kenntnis, dass Wr. Neustadt nicht mit Steyr vergleichbar ist. Die fahren nämlich bis nach Ungarn hinunter. Wenn sie das bis jetzt noch nicht wissen, dann sage ich es. Aber wahrscheinlich wissen sie nicht genau wo Ungarn ist, ...

Gelächter

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

... daher möchte ich mich nicht näher auf eine Diskussion einlassen.

Herr Kollege Mayrhofer, sie haben offensichtlich auch ein Problem. Es dürfte wirklich so sein, wie mir vor einigen Tagen ein Funktionär der ÖVP berichtet hat, dass sie Fraktionssitzungen so rucki zucki abwickeln und eigentlich wenig diskutieren. Da dürfte ihnen wahrscheinlich der Kollege Hack einiges nicht mitgeteilt haben. Ach so, er hat ja nicht mitteilen können, weil da hat er ja auf die Sitzung vergessen. Ich erinnere mich daran, wie wir über diese Thematik sehr ausführlich gesprochen haben.

Herr Kollege Hack, als Geschäftsmann sind sie schon angesprochen worden, ich darf ihre Argumente mit einigen Gegenfragen beantworten. Sie haben zwar jetzt keine Möglichkeit mehr, dass sie darauf antworten, aber vielleicht könnten sie mir über die Steyrer Rundschau das in Form eines Leserbriefes mitteilen.

Gelächter

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Herr Kollege Hack, wollen sie aus dem Gasversorgungsunternehmen einen Subventionsbetrieb machen? Herr Kollege Hack und eines ist ja wirklich sehr interessant, wissen sie, ich finde das als Konsument schon für eine Schweinerei. Warum verkaufen sie ein Päckchen Zigaretten, das sie meinerwegen um S 30,00 einkaufen, nicht um S 25,00? Warum verkaufen sie die Autobahnvignette, die aus verständlichen Gründen von S 150,00 auf S 1.000,00 angehoben ...

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Weil er es nicht darf.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

... worden ist, warum verkaufen sie die denn nicht um S 900,00 wenn sie so ein guter Geschäftsmann sind? Gerade sie sind ja derjenige, Herr Kollege Hack, der immer wieder fordert ...

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Sagen sie uns das Ergebnis. Können sie die Frage beantworten ja oder nein?

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

... den öffentlichen Verkehr in ihrem Interesse auszuweiten. Herr Mayrhofer, es nützt nichts wenn sie dazwischen reden, sie können mich nicht aus der Fassung bringen.

Gelächter

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Da müssen sie noch ein bisschen länger im Gemeinderat herinnen sitzen. Das sage ich ihnen auch sehr deutlich. Schauen sie, sie haben ja ein Problem als Wirtschaftsvertreter, sie haben ja ein echtes Problem, weil sie hier ja eigentlich nur den Stadtplatz vertreten. Das ist ja klar, weil der Kollege Hack seine Bedenken hat.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Herr Eichhübl, ich habe sie gefragt wie das Ergebnis aussieht?

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Ich bin ja nur neugierig, was sie dann für Begründungen finden, wenn der City-Point und das Ärztehaus eröffnet haben, gegen das wir nichts einzuwenden haben. Aber ich bin neugierig, wo sie dann ihren Sündenbock suchen, weil ihnen angeblich 25 Millionen Schilling bei den Stadtplatzkaufleuten als Abfluss dessen, weil also der Bus nicht mehr so oft auf den Stadtplatz fährt, abgehen. Jetzt sage ich ihnen noch etwas Herr Kollege Hack. Also, als Wirtschaftstreibender hätte ich eigentlich erwartet, dass sie besser rechnen können. Das sage ich ihnen auch ganz deutlich. Wenn sie nämlich jetzt in der Öffentlichkeit behaupten, dass früher 7.000 Personen auf den Stadtplatz gekommen sind und jetzt sind sie weg. 7.000 Personen sind weg. Jetzt sage ich ihnen einmal etwas. Vierundsechzigmal fährt der Bus im Viertelstundentakt vom Bahnhof auf den Stadtplatz. Wissen sie, wie viele Personen der befördert? Na ja, 2.300 bis 2.500 Personen am Tag. Wie war denn die Situation früher? Da sind sehr viele zwangsweise auf den Stadtplatz befördert worden. Ich denke

beispielsweise nur an die Linie 2, die nicht einmal aus dem Autobus ausgestiegen sind, die als Käufer nicht infrage gekommen sind und sehr viele Umsteiger, die ebenfalls nicht als Kunden infrage gekommen sind. Ich gebe schon zu, was ihnen abgeht sind die Schüler. Das ist schon richtig. Das sind die Schüler und zwar deswegen, weil sich halt am Stadtplatz keine Schule befindet und die daher nicht nach den Kriterien der Schülerfreifahrt kostenlos auf den Stadtplatz befördert werden.

Eines sage ich ihnen abschließenden noch, Herr Bürgermeister ich bin dann schon fertig, ich bin heute etwas weit ausgeschweift, ...

Gelächter

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

... bedanken sie sich bei ihren Vorgängern, Herr Kollege Mayrhofer sie ebenfalls, das waren nämlich die Betreiber, dass endlich die stinkenden Busse vom Stadtplatz wegkommen. Nehmen sie das endlich einmal zur Kenntnis.

Gelächter

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Herr Bürgermeister darf ich sie bitten die Abstimmung durchzuführen.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Können sie die Frage jetzt beantworten?

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Der schreit so laut, dass ich nichts verstehe. Ich habe sehr genau ausgeführt wie es aussieht, dass in den ersten beiden Monaten 7 Millionen Schilling dazugeschossen worden sind, Herr Mayrhofer, dass wir unser Erdgas verkaufen konnten, dass wir ...

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Um 7 Millionen Schilling mehr ausgegeben.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

... z. B. im vergangenen Jahr nur etwa 3 Millionen Schilling Gewinn auf der Erdgasabgabeseite machen werden und die haben wir für Investitionen verbraucht, um das Erdgasnetz weiter auszubauen. Aber bitte, ich möchte mich da nicht länger verbreitern. Herr Bürgermeister, ich darf sie bitten die Abstimmung durchzuführen.

Zwischenrufe von StR Gunter Mayrhofer

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Gut. Der Herr Mayrhofer hat gefragt, aber das war natürlich im Zuge eines Zwischenrufes.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Nein.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Er hat sein Schlusswort gehalten. Ich kann ihm nichts in den Mund legen. Das Schlusswort ist beendet und daher ...

Zwischenrufe von StR Gunter Mayrhofer und GR Mag. Michaela Frech

Ordnungsruf

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Beruhigt euch. Ich muss immerhin eine Abstimmung durchführen. Wenn der aufhört zu reden, der das Schlusswort hält, muss ich dann eine Abstimmung durchführen. Dieses tue ich somit. Ich frage, wer dem Antrag Nr. 24) die Zustimmung erteilt, der möge ein Zeichen der Zustimmung geben. SPÖ, FPÖ, GAL. Danke sehr. Wer ist gegen diesen Antrag? 2 (ÖVP - GR Ing. Wolfgang Hack, LIF - GR Mag. Michaela Frech). Wer enthält sich der Stimme? 5 ÖVP. Gut Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen. Nr. 25) bitte.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Nr. 25) betrifft wiederum das Freibad Steyr, nämlich die vorhin angesprochene Sportbeckensanierung. Da geht es um die Vergabe der Arbeiten für die Betonsanierung und Baumeisterarbeiten. Diese Thematik wurde auch sehr ausführlich im zuständigen Ausschuss deponiert. Ich darf ihnen daher kurz und bündig den Antrag des Verwaltungsausschusses für die wirtschaftliche Unternehmung Stadtwerke Steyr an den Gemeinderat vortragen.

25) BauH-3/00 Freibad Steyr; Sportbeckensanierung; Vergabe der Betonsanierung und Baumeisterarbeiten.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke Steyr vom 07.02.2001 sowie zufolge des Vergabevorschlages der FA für Hochbau des GB III vom 31.01.i.J. wird der Auftragsvergabe an nachstehende Auftragnehmer zur Erbringung der Baumeister- und Betonsanierungsleistungen zugestimmt:

A) Baumeisterarbeiten:

Fa. Mayr Bau, Steyr gem. Anbot vom 22.01.2001 S 3.612.641,16 (exkl. USt.)

B) Betonsanierung:

Fa. Bauschutz, Wels gem. Anbot vom 25.01.2001 S 2.705.904,94 (exkl. USt.)

Die erforderlichen Mittel in der Höhe von rund S 6.320.000,-- (exkl. USt.) wurden unter Voranschlagsstelle VSt. 5/831000/779000 des Stadthaushaltes berücksichtigt und werden aus dem Budget der Stadt Steyr erbracht.

In Anbetracht dessen, dass mit den Arbeiten noch im Monat März begonnen werden sollte, wird dem Antrag gem. § 5, Abs. 4 des Organisationsstatutes für die wirtschaftliche Unternehmung „Stadtwerke Steyr“ die Dringlichkeit, wonach die Stadtwerke zum sofortigen Vollzug ermächtigt werden, zuerkannt.

Herr Bürgermeister ich darf sie bitten die Diskussion bzw. die Abstimmung über den von mir vorgetragenen Antrag durchzuführen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es hier einen Diskussionsbedarf meine Damen und Herren? Also ich würde ihm nur wünschen, dem Kollegen Eichhübl, das er bei der Badsanierung auch so erfolgreich ist wie bei der Gaspreiserhöhung, ich meine was die Termine anbelangt.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Herr Bürgermeister, man könnte ja einiges dazu sagen.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Preise erhöhen ist leicht.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Man könnte einiges dazu sagen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich habe ja keine Frage gestellt, ich habe nur eine Feststellung gemacht.

Gelächter

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Ich habe eh noch ein Schlusswort.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

So, es gibt keinen Diskussionsbedarf und ich möchte auch nicht den Kollegen Eichhübl herausfordern eine größere Rede zu halten, er hat heute nämlich einen absoluten Höhenflug.

Gelächter

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Ich hätte ganz gerne den Kollegen Mayrhofer als Baureferent eingeladen, ein paar Worte zu sagen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Nein, nein, gib Frieden, bleiben wir bei der Sache.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Dafür ist er ja zuständig.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Nr. 25) bringe ich zur Abstimmung. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen. Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Der letzte Antrag meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates betrifft den Verkehrsbetrieb, nämlich einen Investitionskostenzuschuss. Ich darf in Erinnerung rufen, dass im Jahre 2000 mit dem damals noch zuständigen Finanzreferenten Herrn Bürgermeister Leithenmayr eine Vereinbarung getroffen wurde, nämlich insofern, als dass im Jahr 2000 für den Verkehrsbetrieb zwei Busse angekauft werden, diese auch von den Stadtwerken vorfinanziert werden und dass im Rechnungsjahr 2001 ein Investitionskostenbeitrag in der Höhe von 8 Millionen Schilling berücksichtigt wird, und um den geht es heute. Daher lautet der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat:

26) Stw-1/01 Stadtwerke Steyr - Verkehrsbetrieb; Investitionskostenzuschuss.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke Steyr vom 12.03.2001 wird dem Verkehrsbetrieb zwecks Realisierung der im Jahre 2001 vorgesehenen Investitionsvorhaben ein Investitionskostenzuschuss in der Höhe von ATS 8.000.000,-- gewährt.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von **ATS 8.000.000,--** (in Worten: Schilling achtmillionen) bei der Voranschlagsstelle 5/8790/779000 freigegeben.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von ATS 8.000.000,-- notwendig, die hiemit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonstruktion wird, auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung, noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt werden.

Herr Bürgermeister ich darf sie bitten über den letzten von mir vorgetragenen Antrag die Diskussion bzw. die Abstimmung durchzuführen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Frau Kollegin Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste. Herr Kollege Eichhübl, ich hoffe sie haben nach ihrem Stakkato inzwischen wieder so viel Atem gefangen, dass sie uns vielleicht doch diese Frage beantworten können, die noch immer im Raum steht, weil wenn es den Stadtwerken möglich ist uns zu sagen wie hoch der erwirtschaftete Verlust im Jahr 2001 sein wird, nämlich S 9.081.000,-- exakt, dann wird es ihnen doch ein Leichtes sein uns mitzuteilen, wie der Gewinn der Stadtwerke 2001 aussehen wird, wenn wir die Erhöhung des Gaspreises vornehmen, in der Höhe, die jetzt beschlossen worden ist, weil davon möchte ich gerne meine Entscheidung abhängig machen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Kann diese schwierige Frage beantwortet werden?

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Ich bin ja zutiefst zerstört, dass die Kollegin Frech jetzt ihr Abstimmungsverhalten von dem abmacht, was ich zu sagen habe. Frau Kollegin Frech, können sie mir sagen, wie viel Gas sie in diesem Jahr verbrauchen?

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Sie sind der zuständige Referent.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Ich frage sie, wie viel Gas verbrauchen sie dieses Jahr?

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Um das geht es nicht, es geht darum, dass hier adminiert wird mit einem Verlust, den man schon berechnet hat.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Ich sage ihnen jetzt noch etwas Frau Kollegin Frech. Sie sind ja auch wiederholt bei Diskussionen dabei gewesen, und ich habe es einfach leid, ständig den Gemeinderat mit Diskussionen zu belasten, die x-mal durchgeführt worden sind. Ich werde ihnen daher meine Antwort ersparen ...

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Sagen sie's, sie wissen es nicht.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

... und darf sie, Herr Bürgermeister, bitten, nachdem es ja jetzt um einen Investitionskostenbeitrag im Bereich des Verkehrsbetriebes geht, die Abstimmung durchzuführen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wir kommen daher zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich ein Zeichen zu geben. SPÖ, FPÖ, ÖVP, GAL. Wer ist gegen den Antrag? Niemand. Wer übt Stimmenthaltung? 1 LIF. Unter diesen Umständen, wenn wir uns immer so verhalten, würde es keine neuen Autobusse geben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Gerade sie, wo sie für die Busse so eintreten, sind dann dagegen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wir machen jetzt über meinen Vorschlag, wenn er angenommen wird, eine kurze Pause. Ich würde bitten, dass wir uns ungefähr 20 Minuten vornehmen. Ich möchte in der Zwischenzeit mit den Fraktionsvorsitzenden über die Geschichte Volleyball am Stadtplatz eine Meinungsbildung vornehmen. Die Fraktionsvorsitzenden sind schon im Bilde. Also, wir werden ungefähr 20 Minuten brauchen.

PAUSE VON 18.44 UHR BIS 19.15 UHR

GR Rudolf Schröder verlässt um 19.15 Uhr die Sitzung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir nähern uns der Schlussphase unserer heutigen Sitzung. Ich möchte kund tun, dass die Fraktionsvorsitzenden jetzt gerade beraten haben, weil wir ja gerade im

Gemeinderat beieinander sind, die schnelle Information sicher gewünscht ist und es wieder zu einer Diskussion führen kann, dass der Volleyballclub ein Beachvolleyballturnier am 6. und 7. Juli durchführen möchte. Sein Begehren war, dieses vor dem Bummerl- und dem Meindlhaus durchzuführen, es hat allerdings den Schönheitsfehler, dass die Busse nicht umdrehen können und daher den Stadtplatz ab Freitag 14.00 Uhr nicht frequentieren könnten. Es geht da um eine Grundsatzentscheidung, man kann das nicht nur dem Volleyballclub zugestehen und anderen Bewerbern nicht. Es würde also nach unserer Einschätzung sechs- bis siebenmal im Jahr dazu kommen, dass dort der öffentliche Verkehr nicht zu den gewohnten Haltestellen am Stadtplatz hinfahren könnte, daher habe ich die Fraktionsvorsitzenden gebeten, darüber Meinung zu bilden. Dieses ist jetzt geschehen und es ist hier fast einstimmig, also der Herr Apfelthaler könnte sich den Wendekreis bei der Dominikanerkirche vorstellen, es wurde aber einmal gesagt, dass das zu eng ist und der Wendekreis unserer Busse ist zu groß, es gibt auch Sicherheitsprobleme - und im Sommer sowieso, wegen der Schanigärten - wenn der Herr Apfelthaler andere Position hat, dann nehmen wir das auch zur Kenntnis, aber 4 Fraktionen waren der Meinung, man sollte solche Veranstaltungen am Stadtplatz durchaus zulassen und fördern, um die Belegung zu haben, aber es soll im vorderen Bereich - im Fußgängerzonenbereich beim Gericht stattfinden. Das ist hier die Auffassung von 4 Fraktionen und somit entschieden. So werden auch in Zukunft die Bewerber von solchen Veranstaltungen beschieden werden, es sei denn, die hohen Herrschaften beschließen einmal etwas anderes. Das war eingangs zu bemerken, damit der ganze Gemeinderat informiert ist und jetzt wird der Herr StR Mayrhofer gebeten, uns seine Anträge vorzutragen.

BE:STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Im ersten Antrag geht es um die Mittelfreigabe für die Neugestaltung der Leopold-Werndl-Straße, es handelt sich dabei um einen Dringlichkeitsbeschluss.

Es ergeht daher folgender Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

27) BauStr-14/00 Neugestaltung der LeopoldWerndl-Straße; Mittelfreigabe

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 15. Jänner 2001 wird der Neugestaltung der Leopold-Werndl-Straße durch das Land OÖ gem. StS-Beschluss vom 15. Juni 2000 (Übereinkommen) im Gesamtausmaß von S 14.189.000,--, wobei für die Stadt Steyr Kosten in einer Höhe von S 3,7 Mio. anfallen, sowie der Mittelfreigabe zur Auszahlung der 1. Teilrechnung in Höhe von S 1.500.000,-- bei der vorgesehenen VSt. 5/611000/771010 „Landesstraßen, Kapitaltransferzahlungen an das Land“ zugestimmt.

Die restlich erforderlichen Mittel werden nach Rechnungslegung durch das Amt der OÖ Landesregierung im Jahr 2001 und 2002 ausbezahlt.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von S 1.500.000,-- notwendig, die hiemit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 47 Abs. 5 StS 1992 zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich ersuche um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke, der Antrag steht zur Debatte. Wünscht jemand das Wort? Das ist nicht der Fall, daher kommen wir gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen. Gegenprobe. Stimmenthaltung? Danke sehr, einstimmige Annahme.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Der nächste Antrag bezieht sich auf den Straßenbau City-Point Forum, um die Erd-, Baumeister- und Asphaltierungsarbeiten. Wie sie sich erinnern können, haben wir auch den Gestaltungsbeirat über die Gestaltung des Vorplatzes, City-Forum, Bushaltestelle bis in den Bereich Brucknerplatz hin befragt. Wir haben uns für ein Kombinationsprojekt mit asphaltierten Verkehrsflächen und Pflasterungen entschieden, die mit Granitsteinen durchgeführt werden, die wie wir glauben, ein sehr ansprechendes Äußeres haben. Wir sind damit in der Lage billiger zu sein, wobei das „Billiger“ natürlich relativ ist.

Es ergeht daher folgender Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

28) BauStr-20/99 Straßenbau City-Point Forum; Erd-, Baumeister- und Asphaltierungsarbeiten (ohne Pflasterung); Teilvergabe Straßenbau

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 6. März 2001 wird der Auftrag für die Baumeister- und Asphaltierungsarbeiten zur Errichtung der Straßen beim City-Point Steyr an die Fa. Zwettler BaugesmbH, Steyr, in Höhe von S 5.760.244,63 inkl. MWSt. übertragen.

Die Mittel sind von VSt. 5/612000/002590 „Straßenbau Forum“ zu entnehmen.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von S 5.500.000,-- notwendig, die hiemit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

Ich ersuche um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall, daher kommen wir auch in diesem Fall gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen. Gegenprobe. Stimmenthaltung? Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Der letzte Antrag betrifft die Bebauungsplanänderung Nr. 5 „Christkindl“, die Änderung Nr. 5. Es ergeht der Antrag, dass man der Bebauungsplanänderung Nr. 5 entspricht, hier geht es um die Christkindlsiedlung. Wir haben gesagt, dass für einen zeitgemäßen Ausbau der dortigen Häuser, eine Rücknahme der Bauflucht um 3 Meter im rückwärtigen Teil angebracht ist.

Es ergeht der Antrag des Bauausschusses an den Gemeinderat.

29) BauGru-46/98 Bebauungsplanänderung Nr. 5 „Christkindl“; Änderung Nr. 5

Der Gemeinderat möge beschließen:

Gegenständliche Bebauungsplanänderung Nr. 5 „Christkindl“ - Änderung Nr. 5 - wird entsprechend den Plänen der Fachabteilung Stadtentwicklung und Stadtplanung des Magistrates der Stadt Steyr

vom 8. Februar 2001 sowie nach Maßgabe des Amtsberichtes der Fachabteilung Baurechtsangelegenheiten vom 9. März 2001 gemäß §§ 33 und 36 des OÖ. Raumordnungsgesetzes, LGBl. Nr. 114/1993 idgF., beschlossen.

Ich ersuche um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke, ist dazu eine Wortmeldung gewünscht? Das ist auch nicht der Fall. Wer für den Antrag stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen. Gegenprobe. Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme.

Ich danke dem Kollegen Mayrhofer, nächster Berichterstatter, Herr StR Ing. Spanring, bitte.

BE:STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates. In meinem ersten Antrag geht es um die Neuzusammensetzung des Personalbeirates. Nachdem Vizebürgermeister Leopold Tatzreiter seine politische Funktion zurückgelegt hat und er Ersatzmitglied im Personalbeirat für Bürgermeister Leithenmayr war, ist ein neues Ersatzmitglied zu bestellen.

Es ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

30) Präs-469/97 Zusammensetzung des Personalbeirates; Änderung

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA Personalverwaltung vom 25. Jänner 2001 wird

Herr Vizebürgermeister Ing. Forstenlechner David

als Ersatzmitglied für Herrn Bürgermeister Leithenmayr im Personalbeirat auf die Dauer der restlichen Funktionsperiode bestellt.

Die Darstellung des Amtsberichtes wird zum Beschluss erhoben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren, wird zu diesem Antrag das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Im nächsten Antrag geht es um die Neubestellung der Disziplinaroberkommission.

Es ergeht der Antrag des Personalbeirates an den Gemeinderat.

31) Präs-356/00 Neubestellung der Disziplinaroberkommission

Der Gemeinderat möge beschließen:

Auf Grund des Ausscheidens von Herrn Vizebürgermeister Leopold Tatzreiter mit Ablauf des 17. Jänner 2001 muss die personelle Zusammensetzung der Disziplinaroberkommission mit sofortiger Wirksamkeit bis einschließlich 30. Juni 2003 gem. § 76 StGBG in nachstehend angeführter Position geändert werden:

Vorsitzender Stellvertreter:

Anstelle von Herrn Vizebgm. Leopold Tatzreiter -

Herr Vizebgm. Ing. David Forstenlechner

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wird dazu eine Wortmeldung gewünscht? Das ist nicht der Fall. Einwendungen sehe ich auch keine, somit einstimmig beschlossen.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Im nächsten Antrag geht es um die Freigabe der Jahressubvention 2001 für den Kulturverein Röd@, der, vertreten durch den Geschäftsführer Michael Schönangerer, bei der Stadt Steyr mit Schreiben vom 18. Jänner 2001 um die Jahresförderung zur Finanzierung des laufenden Betriebes angesucht hat. Dieses Ansuchen wurde im Kulturausschuss sowie im Stadtsenat behandelt.

Es ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

32) Fin-31/01 Kulturverein Röd@ Steyr; Jahressubvention 2001

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Kulturangelegenheiten vom 9. März 2001 wird dem Kulturverein Röd@, vertreten durch den Geschäftsführer Michael Schönangerer, 4400 Steyr, Gaswerkgasse 2, eine Förderung für das Jahr 2001 in der Höhe von **ATS 450.000,-- (Schilling vierhundertfünfzigtausend)** gewährt.

Der genannte Betrag findet seine Deckung bei der **VA 1/300000/757000** und wird aus dieser freigegeben.

Ich ersuche um Diskussion und Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Dr. Pfeil, in Vorbereitung der Herr Fröhlich.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Meine sehr verehrten Damen und Herren. Im Antrag vom letzten Jahr für das heurige Jahr, vom damaligen Trägerverein für das Jugend- und Kulturhaus in Steyr, war neben der Bedankung für die Jahressubvention 2000 ein Antrag für das Subventionsjahr 2001 - ein Ansuchen in der Höhe von S 500.000,--. Wir haben nun S 450.000,--, also nahezu die gesamte geforderte Subventionshöhe in unserem Budget enthalten und diese Summe hat den Kulturausschuss auch einstimmig passiert. Es haben sich mittlerweile aber einige Dinge ereignet, die aber doch Anlass geben, unseren Beschluss zu überdenken. Zuerst einmal ist es bekannt geworden, dass der Kulturverein - der Trägerverein, der damals angesucht hat, Jugend- und Kulturhaus Steyr auf Kulturverein Röd@ umbenannt wurde und der Kulturverein Kraftwerk aufgelöst worden ist und in allen diesen Belangen der Kulturverein Röd@ Rechtsnachfolger geworden ist. Es wäre also jetzt einmal zu klären, wer nun schlussendlich der Subventionsempfänger ist.

Obwohl um S 500.000,-- angesucht worden ist, kommt jetzt nun ein Schreiben herein, ...

Unverständlicher Zwischenruf von GR Andreas Kupfer

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Am 29. August 2000 gab es ein Ansuchen, „Wir bitten sie deshalb für das kommende Jahr, den Betrag von S 500.000,-- für den Trägerverein zu berücksichtigen.“

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Für den Trägerverein!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Darum sage ich ja, es gibt jetzt zwischen den einzelnen Vereinen die Schwierigkeit, wer sucht für welche Subvention an. Jetzt schreibt der Kulturverein Röd@, als Nachfolger von dem Trägerverein, „Wie sie ja bereits wissen, haben wir den Kulturverein Kraftwerk und den Trägerverein für das Jugend- und Kulturhaus zu einem Verein zusammengelegt. Leider mussten wir erfahren, dass von den S 750.000,-- die wir für das Jahr 2001 von der Stadt bräuchten, nur S 450.000,-- im Budget vorgesehen sind. Wir möchten sie noch einmal darauf hinweisen, dass davon mindestens S 300.000,-- alleine für Betriebskosten wegfallen und wir von den restlichen S 150.000,-- nicht einmal eine Anstellung bezahlen können, ganz zu schweigen von sämtlichen anderen laufenden Kosten.“

Ich möchte jetzt nicht alles im Detail vorlesen, aber es ist nicht nur ein finanzielles sondern auch ein inhaltliches Problem. Wir haben im letzten Jahr auch ein politische Diskussion im Bereich Röd@ gehabt, wobei insbesondere gegenüber der FPÖ und deren Vertreter Aussagen getätigt worden sind, die man so einfach nicht stehen lassen und zur Tagesordnung übergehen kann. Es wurde, so haben wir geglaubt, in einem Gespräch geklärt und wir haben uns auch letztes Jahr in unserer Abstimmung nicht dagegen ausgesprochen. Wir haben geglaubt, dass damit die politische Diskussion erledigt wäre. Das ist aber nicht so. Es vergeht fast keine Veranstaltung, wo nicht Hetztiraden gegenüber der FPÖ in diesem Verein gemacht werden und das können und werden wir nicht tolerieren. Wir werden nicht einen Verein unterstützen, wenn neben und außerhalb aller gemachten Zusagen solche Aussagen weiter aufrechterhalten werden. Gerade weil heute in den Presseberichten der OÖ Nachrichten steht, dass dieser Verein eben auch deshalb so ein großes klaffendes Loch hat, weil die Personalkosten ihnen über die Köpfe wachsen und gerade in diesem Bereich wäre wohl auch Ehrenamtlichkeit mehr als gefragt, gerade in Zeiten wie diesen. Wenn man hier nach einem bezahlten Hausmeister, Geschäftsführer etc. schreit, dann würde ich doch meinen, gerade wenn hier auch Vertreter vom Gemeinderat drinnen sind, dass hier mehr Ehrenamtlichkeit notwendig wäre, wie auch in jedem anderen Verein. Also, es tut mir wirklich Leid, aber diesmal können und werden wir diesem Antrag nicht zustimmen. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke, weitere Wortmeldung Herr Kollege Fröhlich bitte.

GEMEINDERAT STEFAN FRÖHLICH:

Wertes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren. Auch ich habe ziemlich starkes Bauchweh, wenn ich mir diesen Antrag so durchlese und wenn ich mir so die Eckpunkte der Entwicklungen der ganzen Sache um Röd@ überlege. Ganz zu Beginn waren wir einmal gemeinsam unten, der Herr Bürgermeister war mit und auch zahlreiche Gemeinderäte. Wir sind unten so beisammen gesessen und haben uns zusichern lassen, dass dieses Kulturhaus politisch unabhängig sein möchte. Das wurde uns damals versprochen und sie würden sich auch politisch nicht irgendwie aus dem Fenster hängen. Das war 1997. Kurze Zeit später, Stichwort Grissemann - Stermann, ich glaube ich brauche da nicht näher darauf eingehen, konnte eine Entschuldigung von den

Verantwortlichen nur heraus gezwungen werden. Eigentlich seltsam, wenn man sich anschaut, wenn einer von den Freiheitlichen ein bisschen schärfer argumentiert, sind dann gleich sämtliche „braven Bürger“ auf der Barrikade, aber da musste man eine Entschuldigung heraus zwingen.

Gutbürger heißt das!

GEMEINDERAT STEFAN FRÖHLICH:

Dieser Vorfall war ziemlich bedauerlich und ich habe mir damals gedacht, dass das sicher nur ein Einzelfall ist und sicher nicht mehr vorkommen wird. Wir sind uns, glaube ich, alle einig, dass diese damalige Vorgangsweise einer politisch neutralen Organisation nicht entspricht. Kurze Zeit später gab es am Stadtplatz eine Anti-Regierungsdemonstration und wer war natürlich wieder tatkräftig daran beteiligt? Der „Röd@“ hat mit dem Bus Plakate heraufgebracht. Ich habe mich dann gefragt, wieder ein bedauerlicher Einzelfall? Aber schön langsam kamen mir bei der ganzen Sache Zweifel und ich glaubte immer weniger an die politische Unabhängigkeit. Wieder ein paar Wochen später, eine Veranstaltung im Kulturhaus Röd@ - das Kulturquartal. Vier Gemeinderäte waren da, darunter auch die Elfriede Reznar, der Andras Kupfer und der Kollege Fiala war auch dabei. Nichts gegen freie Meinungsäußerung, aber was da an aggressiven Hetzparolen gegen ÖVP und FPÖ losgelassen worden ist, ist wirklich sagenhaft. Zunächst wurde sinngemäß mit dem Satz begonnen „Wir fühlen uns nicht politisch verfolgt und wir wollen nicht hetzen“. Das klingt ja einmal ganz vernünftig, doch dann sind derartig viele unreife Äußerungen gefallen und eine derartig aggressive Hetze, wie ich noch auf keiner anderen Veranstaltung erlebt habe.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Aschermittwoch in Ried!

Gelächter

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Das jetzt nur zu den gehässigen Aussagen!

GEMEINDERAT STEFAN FRÖHLICH:

Nachdem die Elfriede Reznar und ich das 1 1/2 Stunden ausgehalten haben, mussten wir gehen, weil wir gemerkt haben, dass da irgendwie kein Interesse an einer objektiven Diskussion bestanden hat. Ein kleines Detail am Rande, ziemlich unprofessionell war auch, dass die Veranstaltung um 20.00 Uhr ausgeschrieben war und man de facto erst um 20.50 Uhr begonnen hat. Das ist auch keine Art und Weise mit Gästen umzugehen. Irgendwie ist das Ganze auch dem Andreas Kupfer komisch vorgekommen, er ist ganz verkrampft dort gesessen, ihm war das scheinbar auch peinlich.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

So wie jetzt!

GEMEINDERAT STEFAN FRÖHLICH:

Nein, nicht so wie jetzt, jetzt bist du richtig relaxt.

Wieder so viele zufällige Aneinanderkettungen, wo man eindeutig heraussieht, dass eine politische Betätigung stattfindet. Es gibt schon sehr starke Zweifel, ob hier eine Subvention weiterhin tragbar ist und eine Erhöhung der Subvention seitens des gemeinderätlichen Gremiums vertretbar ist. Die Verantwortlichen des Röd@ verstoßen wissentlich und gezielt gegen die Gründungsideen und Ideale,

unter denen Röd@ damals errichtet wurde. Daraus ergibt sich auch die Frage an den Herrn StR Spanring, wie sie zu dem ganzen Thema, zu den Entgleisungen im Röd@ stehen und was sie in Zukunft unternehmen werden, dass solche untragbaren Zustände beendet werden? Anschließend möchte ich sie noch ersuchen, da ganz gewissenhaft vorzugehen, denn hier werden die Ideale dieser Einrichtung schon sehr stark verletzt und damit, das muss man mit aller Deutlichkeit sagen, verschwinden auch die Daseinsberechtigungen dieser Einrichtung. Das Jugend- und Kulturzentrum Röd@ entwickelt sich in eine Richtung, die wir alle nicht wollen, nämlich zu einem Ort der Hetze, wo aktiv Hetze betrieben wird. Wir sind uns sicherlich einig, dass dies in Zukunft nicht mehr passieren darf. So wie das auch nicht mehr passieren darf, wie man in der heutigen Rundschau lesen kann - ich lese es ihnen kurz vor: „Die Stadt Steyr fördert den Jugend- und Kulturverein Röd@ mit S 450.000,--.“ Ich meine, warum schreibt man da jetzt schon hinein „fördert“? Es wird erst jetzt beschlossen, man weiß noch gar nicht, was da herauskommt. Soviel zu dem Thema. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Kollege Fiala bitte, in Vormerkung Kollege Kupfer.

GEMEINDERAT MARTIN FIALA:

Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, sehr geehrte Gäste. Ich möchte mich nur ganz kurz fassen. Nachdem ich bei dieser Veranstaltung, die hier angesprochen worden ist, dort gewesen bin, möchte ich nur ganz kurz einige Fakten klarlegen, weil das ein bisschen in einem Licht erscheint, das meines Erachtens nicht ganz so gewesen ist. Die Tatsache ist das, dass es sich um eine Kulturquartalveranstaltung gehandelt hat, deren Ort im Jugend- und Kulturhaus Röd@ war. Die Veranstalter waren die sogenannte „Freie Szene“, die sich aus mehreren Kulturvereinen Steyrers zusammensetzt und die haben sich 2 österreichisch anerkannte kritische Menschen eingeladen, nämlich die Frau Dr. Eva Rußmann aus Wien und den Herrn Bruckbauer.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Grissemann und Stermann!

GEMEINDERAT MARTIN FIALA:

Nein, das war eine andere Veranstaltung, Herr Dr. Pfeil.

Die Tatsache ist die, dass das Thema, so glaube ich, an die Anspielung von der Aussage des Herrn Dr. Schüssel, „Österreich, das erste Opfer der Kulturpolitik seit der Regierungsumbildung“, geheißen hat. So war die Titulierung der Veranstaltung und meiner Meinung nach, und ich war die ganze Veranstaltung dort, zum Gegensatz zur Fr. Kollegin Reznar und dem Herrn Kollegen Fröhlich, die früher gegangen sind, muss ich jetzt zur Ehrenrettung der Leute dort sagen, ist von den Verantwortlichen des Röd@ und der freien Kulturszene dort kein einziger Satz gefallen, der negativ gegen die Freiheitlichen gegangen wäre. Die einzigen Aussagen, die getroffen wurden, waren von den eingeladenen Diskussionsteilnehmern und die haben dort ihre freie Meinung geäußert. Das war einfach die Situation, wie sie sich dort dargestellt hat. Danke.

Unverständlicher Zwischenruf von Herrn Vzbgm. Dr. Leopold Pfeil

Diskussion verschiedener Mandatäre

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Kollege Kupfer bitte, Kollege Lengauer in Vorbereitung.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Liebe Kolleginnen und Kollegen. Völlig unverkrampft erzähle ich jetzt ein bisschen was über den Kulturverein Röd@, ohne jetzt die 4 bis 5-jährige Geschichte dieses Hauses aufzuzählen, sondern ich bleibe eher in der Gegenwart, bzw. in der jüngsten Vergangenheit, weil ich glaube, dass es ganz wichtig ist, das jetzt einmal klarzustellen. Das Kulturhaus Röd@, das die Vielzahl der Gemeinderäte, die hier im Gemeinderat vertreten sind, vom Beginn an wohlwollend unterstützt haben und zum Großteil, Gott sei Dank, auch noch machen, ist österreichweit ein Erfolgsprojekt, das mittlerweile auch Nachahmer findet. Es ist ein Erfolgsprojekt in vielen Bereichen. Ich könnte über die Entwicklung jetzt lange erzählen und die meisten hier herinnen wissen es ja auch, wie es gegangen ist. Genau deswegen, weil wir heute an einem Punkt angelangt sind, wo das Haus beinahe fertig ist. Wir haben in Steyr ein Kulturhaus stehen, das von Proberäumen, einer Veranstaltungssaal, einem Jugendzentrum, einem Mehrzwecksaal bis zu Werkstätten - Holz und Metall - ausgebaut ist und zum Großteil ehrenamtlich gebaut worden ist, das muss man jetzt auch einmal sagen, viele Arbeitsstunden von Jugendlichen, von Erwachsenen, von vielen Steyrern geleistet worden ist, mit großer Unterstützung von der Stadt Steyr und den persönlichen Einsatz unseres Bürgermeisters. Das Haus ist nun beinahe fertig, ist infrastrukturell hervorragend ausgestattet und was mich, als Vorstandsmitglied, sehr freut ist das, dass sich dieses Haus seit Monaten, seit Jahren und speziell in den letzten Monaten, einer Beliebtheit erfreut - auch über die Stadtgrenze hinweg - die wir uns nicht erwartet haben. Wir haben voriges Jahr Besucherzahlen an die 30.000 gehabt und alleine die ersten Monate, die jetzt waren, zeigen, wie wichtig dieses Haus ist und wie wichtig die Veranstaltungen dort für diese Stadt sind. Dass jetzt die freiheitliche Partei 1, 2, 3 Veranstaltungen herausnimmt und diese kritisiert, ist ihr gutes Recht, das sehe ich voll ein. Ihr seid dort kritisiert worden, das waren politische Veranstaltungen, aber wie es der Kollege Fiala bereits gesagt hat, der Kulturverein Röd@ war bei der einen Veranstaltung Mitveranstalter und hat sich dazu politisch nicht geäußert. Dazu stehe ich und ich hoffe, auch die Mehrzahl der hier vertretenen Gemeinderäte, dass die Freiheit der Meinung tatsächlich frei ist und dass die Kunst in diesem Land tatsächlich auch frei ist. Das muss hier auch einmal klar gesagt werden und damit muss auch die freiheitliche Partei rechnen. Ich habe auch meine Erfahrungen, dass dort grüne Politik kritisiert wird, dass dort sozialdemokratische Politik kritisiert wird und natürlich auch konservative Politik kritisiert wird. Es hat in dem Haus Veränderungen gegeben, wie es überall Veränderungen geben muss und man ist zum Schluss gekommen, und es hat darüber eine breite Diskussion der vielen ehrenamtlichen Mitarbeiter in diesem Haus gegeben, wie wir uns auf die Vorgaben für die kommenden Jahre vorbereiten müssen. Es hat im letzten Jahr einen langen Diskussionsprozess gegeben, wie man das Haus am besten weiterführen kann. Auch unter den gegebenen Voraussetzungen, mit Budgetkürzungen vom Bund und zum Teil auch vom Land, wie man ein Haus dieser Größe am besten gut und professionell führen kann. Ich könnte jetzt lange darüber reden, über die Budgets, warum es notwendig ist, dass man ein Haus dieser Größe mit Personal führen muss. Eben genau deshalb, weil man das Haus professionell führen muss. Die Einnahmentwicklung gibt uns ja auch Recht, dass nur ein Haus, das wirklich professionell geführt wird, auch Sinn macht. Es hat eben auch Veränderungen beim Personal gegeben, mit öffentlichen Ausschreibungen und Hearings; es hat Veränderungen bei der Vermarktung gegeben. Ich kann auch erzählen, dass wir z. B. beim Sponsoring allein in den letzten 2 bis 3 Monaten eine Verdreifachung haben, es sind große Banken und Versicherungen in das Sponsoring eingestiegen. Das heißt, auch in diesem Bereich tut sich etwas und es hat sich auch Vereinspolitisch etwas geändert. Ich sage es jetzt ganz offen, dieser Verein Kraftwerk war beinahe tot. In diesem Verein hat es nur mehr wenige Mitarbeiter gegeben und man hat sinnvoller Weise diese beiden Vereine zusammengelegt, Synergieeffekte erzeugt, eine Buchhaltung, gemeinsames Personal, gemeinsame Lohnverrechnung etc. Das brauche ich ihnen ja nicht erzählen, wenn man 2 Sachen zusammenlegt und nur mehr 1 Ding daraus macht, dass das kostengünstiger zu führen ist. Es gibt mittlerweile erste Erfolge, die eben durch diese Vereinszusammenlegung auch unterstützt wurden. Es wurden die laufenden Kosten gesenkt, es gibt eben diese Verdreifachung der Sponsorgelder und diesen Publikumszuspruch, von dem ich gesprochen habe. Was mich am meisten freut ist das, dass es vermehrt zu Kooperationen kommt. In diesem Fall tut es mir Leid, wenn sie sich da von diesen Aussagen persönlich betroffen fühlen, aber es gibt auch sehr gute Zusammenarbeit z. B. mit dem Kulturverein AKKU, der für viele Veranstaltungen zu klein ist und die jetzt z. B. Workshops im Röd@ machen. Tanz findet statt,

Kinderveranstaltungen, Literaturveranstaltungen, die es in Steyr viel zu wenig gibt und mittlerweile auch eine sehr gute Zusammenarbeit mit dem Museum Arbeitswelt. Diesen Punkt muss man, glaube ich, auch erwähnen, da das Museum Arbeitswelt seine Zeitwerkstatt derzeit in das Gebäude verlegt und dann Anfang September im Gebäude des Kulturhaus Röd@ eröffnet wird und dann auch mit dem Museum Arbeitswelt Synergieeffekte geschaffen werden können, bei gemeinsamen Veranstaltungen. Ich will aber nicht verhehlen und das hat auch die Zeitungsmeldung ergeben, dass es auch Probleme gibt und die sind finanzieller Natur. Wenn man ein Haus dieser Größe gut führen möchte, dann ist ein gewisser Finanzbedarf gegeben. Wir haben von der Stadt eine Zusage von S 450.000,--, die hoffentlich heute auch mehrheitlich beschlossen wird, es gibt Zusagen von Bund und Land, nur es klafft eine Lücke. Diese Lücke ist zum Teil durch Einsparungsmaßnahmen zu füllen. Hier wird es unter Umständen zu Personalabbau kommen müssen, wobei da natürlich die Qualität des Hauses darunter leiden wird. Aber es gibt vom Verein natürlich auch Möglichkeiten hier vermehrt Einnahmen zu lukrieren und es wird auch gemacht werden. Trotzdem werden wir mit einer Finanzierungslücke konfrontiert werden, wo ich diejenigen in diesem Gemeinderat bitte, die dem Kulturverein Röd@ und diesem Haus wohlgesonnen sind, mitzuhelfen, dass diese Lücke geschlossen wird. Wir können uns jetzt lange über 2 Veranstaltungen unterhalten, über eine Veranstaltung vor 8 oder 9 Monaten, oder über ein Kulturquartal, aber wir könnten uns auch darüber unterhalten, dass in diesem Haus Veranstaltungen stattfinden, wo 600 bis 700 Jugendliche alle 2 Monate sind. Weil ich gerade den Herrn Savio sitzen sehe, wo Veranstaltungen stattfinden, die sein Radiosender gemeinsam mit Jugendlichen organisiert. Das heißt, eine Vielzahl von Veranstaltungen, wo mittlerweile durchschnittlich 400 bis 600 Leute in dieses Haus pilgern, es ein höchst erfolgreiches Projekt ist und man diesem Projekt nichts Gutes tut, wenn man erstens, wie die Freiheitlichen es jetzt im Gemeinderat gemacht haben, diese Meldungen macht und das Haus wegen 2 Veranstaltungen in den Dreck zieht und wo es auch nicht positiv ist, wenn sie, Herr Mayrhofer, über die Presse dem Kulturverein Röd@ mitteilen, dass sie bezüglich der Zusammenlegung der Vereine Bedenken haben. Es hat bereits vor 2 Monaten eine Einladung an die ÖVP gegeben, mit dem Kulturverein Röd@ zu sprechen.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

So eine Schlaperei. Ich habe das nämlich alles ausgemacht und der Herr, der das alles ausmachen hätte sollen, der hat das alles vergessen.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Lassen sie mich bitte einmal ausreden. Dieser Termin ist ausgemacht worden und der Herr Direktor Lengauer hat dann unglücklicherweise ins Krankenhaus müssen, was natürlich völlig verständlich ist, dass man dann diesen Termin nicht einhalten kann.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Ich habe aber vor dem Krankenhausaufenthalt angerufen und das abgemeldet, aber er hat das nicht weitergegeben.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Nein, jetzt hören sie mir bitte einmal zu. Sie können mir einfach nicht zuhören.

Es ist uns natürlich mitgeteilt worden, dass sich der Termin mit der ÖVP verschiebt. Aber was nicht einsehbar ist, dass sie dann eine Pressemeldung machen, ohne dass sie Rücksprache halten und ohne dass sie das Angebot eines Gespräches annehmen. Das kann natürlich politischer Stil sein, aber es ist nicht fair. Das sage ich auch hier, wo es seit Monaten das Angebot eines Gespräches gibt und dieses Angebot nicht angenommen worden ist. Es hat ein Gespräch mit der SPÖ gegeben, das sehr konstruktiv war, es wird es auch noch mit den anderen Parteien geben. Aber dann das über die Presse so mitzuteilen und dem Verein über die Presse so einen Schaden zukommen zu lassen, das ist nicht

fair. Fair auch deswegen nicht, weil speziell der Herr Dir. Lengauer gemeinsam mit dem zuständigen Referenten und dem Kulturamtsleiter über die Vereinszusammenlegung seit Herbst informiert war. Es hat keine Gegenstimme gegeben, es ist wohlwollend anerkannt worden, dass es gut ist, diese Synergien zu nutzen. Jetzt über die Medien zu sagen, man hat nichts gewusst und man wurde nicht informiert, das ist schon ein starkes Stück.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Herr Kollege Lengauer bitte.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Sehr geehrte Herrn Bürgermeister, sehr geehrte Frau Bürgermeister. Ich könnte da jetzt in dieser Art und Weise einfach weiterspielen, möchte das aber nicht tun. Ich möchte zuerst eines klarlegen. Ich habe 2 Tage bevor ich ins Krankenhaus musste, Röd@ angerufen, habe ihnen mitgeteilt, dass ich ins Krankenhaus muss, dass ich bei der Begehung im Röd@ mit meiner Fraktion dabei sein möchte, weil ich ja doch dann im Kulturausschuss einiges zu bereden und beraten hätte und habe ersucht, mir bis zum gestrigen Tag die Frist zu gewähren und dann kann ich mit meiner Fraktion wieder einen Termin ausmachen, weil ich erst am gestrigen Tag mit meiner Fraktion wieder zusammen gekommen bin. Ich habe nachdem ich vom Krankenhaus zu Hause war, wieder bei Röd@ angerufen und gesagt, wie schaut es bei euch mit den Terminen aus? Dann hat mir der Geschäftsführer gesagt, er hat von meinem Anruf vor dem Krankenhausbesuch nichts erfahren, er war sehr böse auf mich. Er hat sich dann natürlich bei mir entschuldigt, wie ich es ihm erzählt habe und hat gesagt, das hat er nicht gewusst, dass ich vorher angerufen habe. Inzwischen haben wir einen Termin ausgemacht und es ist alles geklärt, wann wir von der Fraktion hingehen. Ich würde halt sagen, auch ein Vorstandsmitglied, das für seinen Verein kämpft, und das steht ihnen zu, soll halt dann bei diesen Dingen bleiben, die stimmen.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Man kann aber nicht vorher eine Presseaussendung machen!

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Ich könnte jetzt die guten Dinge aufzählen, wie es der Herr Kupfer getan hat, ich könnte die bösen Dinge aufzählen, wie es auch geschehen ist. Mir geht es aber eigentlich um die Kulturarbeit und da möchte ich jetzt einfach sagen, es gefällt uns vieles nicht, was zur Zeit im Röd@ geschieht. Wir haben es auch im Kulturausschuss gesagt, es gehört jetzt einfach überprüft, wie die Sachlage und die Verträge gerichtet sind, dass dies dann auch wieder sinnvoll stimmt, dass es da nicht irgendwelche Probleme wieder geben kann - durch die Vereinszusammenlegung - dass es einfach stimmen soll.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Das ist unglaublich, das sind keine Rotzbuben, die dort unten sitzen!

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Das denke ich auch nicht, das hat auch kein Mensch behauptet, sondern es gehört nachgefragt, ob bei einer Vereinszusammenlegung - wenn es zuerst 2 verschiedene Vereine gegeben hat und mit einem Verein ein Vertrag mit dem Magistrat gemacht wird - ob das so noch stimmt, ob das die richtigen Wege sind, oder ob man das eine oder andere im Vertrag ändern und umschreiben muss. Um mehr geht es nicht. Der Auftrag ist auch vom Kulturausschuss weitergeleitet worden und das wird jetzt angeschaut, ob die Verträge stimmen, oder ob man da was ändern muss. Das ist überhaupt keine Kritik, sondern eine sachliche Feststellung.

Was wir als Frist bekommen haben, der Brief ist nicht schön, da könnten wir uns darüber ärgern, aber da haben wir ja noch das Gespräch, wenn wir dann dort sind und dort werden wir dann auch über diese Dinge reden, die uns geärgert haben.

Nun zur heutigen Subvention und damit komme ich jetzt wieder zurück zur Kultur. Ich denke einfach, dass für viele Jugendliche gute Kulturarbeit geleistet wird. Das muss man jetzt bei all den bösen Dingen, die geredet worden sind, anerkennen, da es jetzt um eine Kulturförderung geht und die Jugendlichen, die sich dort unten daheim fühlen, die dort unten mit Idealismus arbeiten, die dort unten manche Dinge machen, die mir auch nicht unbedingt gefallen. Aber es heißt ja nicht, dass das was mir gefällt, anderen gefallen muss, daher meine ich, dass man heute dieser Subvention für die Kultur sehr wohl zustimmen soll. Die anderen Dinge sollte man dann einfach im Gespräch klären. Ich denke einfach, das sind wir der Kultur schuldig und da unten geschieht Kultur, da gibt es Idealismus und da arbeiten viele ehrenamtlich mit. Wenn dann natürlich steht, ab Herbst zahlungsunfähig und all diese Dinge, das sind dann die Schlagworte, die auch kommen. Für heute meinen wir, dass wir diese Förderung, die wir auch im Budget gesehen haben, die müsste man im Sinne der Kultur sehr wohl beschließen. Die anderen bösen Dinge versuchen wir dann zu klären, denn manches muss sich schon ändern.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Frau Kollegin Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste. Ich glaube es geht nicht um Gut oder Böse, sondern es geht darum, dass man sich zur einer Entscheidung, die man bereits in der letzten Gemeinderatsperiode getroffen hat, bekennt. Die Entscheidung war, ein Jugend- und Kulturhaus zu bauen. Wenn man diese Entscheidung getroffen hat, dann muss einem klar gewesen sein, dass damit auch Folgekosten verbunden sind. Das ist selbstverständlich und wenn ich mir den Budgetplan vom Röd@ anschau, jeder von ihnen hat auch den Zugang dazu gehabt, das war bei den Unterlagen im Akt, dann sieht man, dass ein Großteil von Betriebskosten vorhanden ist, die lassen sich nicht wegdiskutieren. Von der Müllentsorgung, Gas, Strom, Versicherungen usw., das ist jedem klar, das kann ich nicht ehrenamtlich bewältigen. Es ist wohl auch jedem klar, so sehr ich für ehrenamtliche Tätigkeiten bin, aber jeder von ihnen, der selbst einmal in einem Verein tätig war, weiß, dass ich gewisse Tätigkeiten nicht über Ehrenamtliche erledigen kann. Sie werden keinen ehrenamtlichen Hausmeister finden und sie werden wahrscheinlich auch keinen ehrenamtlichen Techniker finden. Das spielt es halt nicht. Wenn es so wäre, wäre es schön. Das heißt, zu sagen, setzt ein bisschen mehr auf Ehrenamtlichkeit, das wird nicht funktionieren, oder es endet im Chaos und das will man natürlich auch nicht. Wir haben heute schon öfter über Professionalisierung gesprochen. Will ich diese Professionalisierung, setzt das natürlich gewisse Dinge voraus. Unter anderem auch, dass ich ein Jugend- und Kulturhaus dieser Größe nicht nur mit Ehrenamtlichkeit betreiben kann. Wem das nicht klar ist, dem kann ich nicht helfen, aber das ist einfach in der Natur der Sache. Wenn ich so viele Veranstaltungen machen will, dann brauche ich Leute, die es professionell machen, nur mit Ehrenamtlichen werde ich nicht auskommen, das wird nicht funktionieren. Insofern war das ja auch ein Thema bei den Budgetgesprächen mit dem Herrn Bürgermeister im Dezember. Da hat es dieses Schreiben vom Röd@ noch gar nicht gegeben, denn das war vom 25. Jänner 2001. Aber ich kann mich erinnern, ich habe ungefähr die gleichen Worte beim Herrn Bürgermeister verwendet, wie es der Herr Schönangerer in seinem Schreiben verwendet, das einige scheinbar erbost hat. Ich finde aber, das ist einfach die Wahrheit. Er schreibt nämlich: „Zum Abschluss möchte ich sie und alle anderen Delegierten des Kulturausschusses daran erinnern, dass es meiner Meinung nach nicht schlüssig ist ein Haus für die Jugend zu kaufen, den Umbau zu unterstützen, nicht aber die nötigen Mittel für den laufenden Betrieb zur Verfügung zu stellen.“ Das ist wirklich nicht schlüssig. Man hätte darüber diskutieren können bevor man das Haus baut, können wir uns das leisten oder nicht. Aber jetzt wo es dasteht, fast fertig ist, dann zu sagen, na ja so können wir es uns nicht leisten, ja das geht halt nicht, auch wenn es vielleicht manchen nicht so gefällt. Ich kann mich außerdem daran

erinnern, dass es im Kulturausschuss sehr wohl eine einstimmige Abstimmung zu diesem Betrag von S 450.000,- gegeben hat, dass aber die Erhöhung im nächsten Kulturausschuss behandelt werden soll. Das heißt, es ist ohnedies vertagt worden. Was mir ein bisschen Unbehagen bereitet, das muss ich ganz offen sagen, ist die Diskussion in diese Richtung zu führen, Herr Kollege Fröhlich, sind sie mir nicht böse. Ich finde es durchaus gerechtfertigt, Kritik zu üben, ich habe auch bei einigen Punkten meine Kritik beim Röd@. Aus ihren Wortmeldungen ist irgendwie herausgegangen, würden sie nicht so agieren, dann würden wir ihnen die Subvention geben.

GEMEINDERAT STEFAN FRÖHLICH:

Eindimensional agieren sollen sie nicht, die ganzen Veranstaltungen sind nur gegen die FPÖ und die ÖVP gewesen.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Richtig, nur wenn ich diese Haltung habe, Herr Kollege Fröhlich, da wäre mir aber angst und bange, wenn plötzlich nur mehr die Kultur gefördert wird, die mir politisch genehm ist. Dann verhängen sich wirklich Maulkörbe, das kann es nicht sein. Das muss mir egal sein, das muss ich als Politiker aushalten.

GEMEINDERAT STEFAN FRÖHLICH:

Es soll gar keine Politik gemacht werden! Na pfui Teufel!

Gelächter

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Ja, Politik ist ein schmutziges Geschäft. Man kann an anderen Sachen etwas aussetzen, aber zu sagen, von der Meinung her gefällt mir nicht was die so machen, oder die Politik teile ich nicht, ich glaube, auf diese Schiene sollten wir uns nicht begeben. Ich würde sie bitten, diesem Antrag die Zustimmung zu geben und ich glaube auch, dass es an der Zeit ist, dass man nicht immer nur alle Vereine die etwas leisten, als Bittsteller sieht. Der Röd@ hat sehr viel gemacht, er hat auch eine wesentliche Funktion in der Stadt, er trägt auch zum positiven Image bei, dessen sollten wir uns auch einmal bewusst sein. Über alle anderen Dinge der Kritik kann man sicherlich reden.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Herr Dr. Pfeil noch einmal.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich war bis jetzt der irrigen Meinung, dass man dieses Thema sachlich diskutieren kann. Das ist aber anscheinend nicht der Fall. Niemand kann mir vorwerfen, dass ich dem Kulturhaus negativ gegenüber gestanden bin und grundsätzlich auch jetzt nicht tue. Ich habe als Kulturreferent mehrfach nachweislich Anträge und Versuche gestartet, ein Jugend- und Kulturhaus ins Leben zu rufen. Es ist dann erst nach vielen Jahren eine schwierige Geburt gelungen, mit der Hilfe von allen. Aber, wenn heute hier Worte fallen und wenn man wie sie Herr Kupfer sagt, die FPÖ zieht alles in den Dreck, dann ist das ganz strikt zurückzuweisen.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Bei jeder Veranstaltung wird politisiert!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Sie haben gesagt, „die FPÖ zieht Röd@ in den Dreck“ und das ist falsch. Wenn ich eine politische Diskussion haben möchte - da habe ich überhaupt kein Problem damit, ganz im Gegenteil - nur wie der Herr Fröhlich sagt, eine eindimensionale Diskussion, wo alle Diskussionsteilnehmer am Podium von einer Seite kommen, das ist keine Diskussion.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Sagen sie das doch dem Veranstalter!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Laden sie wirklich ein, dass eine Diskussion in Gang kommt, lassen sie auch andere Meinungen zu. Um nichts anderes geht es. Da kann der Veranstalter nicht sagen, das ist uns egal, wir machen leider nur solche Veranstaltungen, wo bei Diskussionen dann dieses herauskommt. Das kann es ja wirklich nicht sein.

Ich wollte wirklich nicht mehr darüber reden, aber nun zur Gesprächskultur. Nach diesen wirklich verbalen Skandalen, haben wir versucht die Sache zu kalmieren und zu beruhigen. Ich selbst war dort und habe ein Gespräch gesucht und auch da haben wir in der Öffentlichkeit nichts darüber gesagt. Wir haben uns auch weiterhin für die Unterstützung von Röd@ verwendet. Nur Herr Kupfer, es kann nicht sein, wenn nur solche Veranstaltungen zulässig sind, wo dann bestimmte Personen oder bestimmte Parteien auf das schändlichste herunter gemacht werden und der Veranstalter schweigt nur dazu. Wir dürfen aber dann noch die Hand heben und sagen, ja es ist eh alles wunderbar. So, Herr Kupfer, kann es sicher nicht gehen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Herr Mayrhofer bitte.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich wollte mich eigentlich wirklich nicht zu Wort melden, aber wenn ich natürlich persönlich - ich würde fast sagen - angegriffen werde und der Ton ein klarer Angriff ist, dann muss ich auch versuchen mich zu rechtfertigen. Ich kann ihnen versichern, es hat keine Presseaussendung gegeben, aber wenn sie von einem Redakteur angerufen werden, dann geben sie ihm Antwort, wenn er sie zu einem Thema befragt. Noch dazu, wo ich zu dem was ich gesagt habe, auch unbedingt stehe. Ich habe gesagt: „Die Subvention für das Röd@ ist für mich kein Problem.“ Das heißt, ich habe in der Stadtsenatsitzung und vor dem Redakteur gesagt, und er hat es auch so geschrieben, „wir werden der Subvention zustimmen“. Nur eines ist glaube ich legitim, auch als Verantwortlicher gegenüber den Bürgern, dass wir im Stadtsenat auch besprechen und sagen, wir sind der Meinung es muss nachkontrolliert werden, ob der ursprüngliche Zweck, für den wir das Geld und das Haus zur Verfügung gestellt haben, noch so ist, wie wir das seinerzeit vereinbart haben. Wir haben ersucht, dass die Verträge überprüft werden und dass wir uns damit auseinandersetzen, ob es noch immer diese Funktion eines für alle offenen Jugend- und Kulturhauses, unter dessen Dach sich mehrere Vereine finden können, gibt. Weil wir wären auch damals nicht bereit gewesen das Haus und diese Mittel zur Verfügung zu stellen, wenn es darum gegangen wäre, einen Kulturverein zu fördern. Weil, und das möchte ich auch ganz klar sagen, ein klares Ungleichgewicht gegenüber allen anderen ist, die hier Kultur schaffen, und so kann es nicht sein. Darum möchte ich das überprüft haben und das werden wir überprüfen, und wenn ihnen das nicht passt, Herr Kupfer, dann muss ich sagen, tut es mir Leid.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Herr Kollege Fiala bitte.

GEMEINDERAT MARTIN FIALA:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste. Ich habe da den Veranstaltungsbericht der Jahre 1997 bis 2000 vom Röd@ mit, wo auf etlichen A 4 Seiten das tägliche Programm des Jugend- und Kulturhauses Röd@ der letzten 3 Jahre aufgelistet wird. Ich konnte jetzt beim schnellen Überfliegen mit großer Mühe vielleicht eine oder zwei Veranstaltungen finden, die vielleicht politischen Charakter haben. Alle anderen sind Kulturveranstaltungen verschiedensten Stils und wenn man da liest, ich falle da nur über einen Namen drüber, z. B. ein Konzert der Gruppe

SUPERFORMY, dann möchte ich nur sagen, dass das mittlerweile 2 Künstler sind, die bei MTV, also bei einem der größten europäischen Musiksender, ihre Videoclips spielen. Diese wertvolle Kulturarbeit der letzten 3 Jahre an einer Veranstaltung aufzuhängen, wo nicht einmal das Jugend- und Kulturhaus Röd@ der Veranstalter war, sondern die sogenannte Freie Szene, das finde ich, meine sehr geehrten Damen und Herren, eindimensional und nicht mehrdimensional.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Gibt es noch weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Herr Referent, Schlusswort bitte.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Ja, Schlussworte werden nicht mehr sehr viele kommen. Es ist schon angesprochen worden, dass es Einvernehmen mit dem Vorstand vom Röd@ gibt, dass dieser damals abgeschlossene Vertrag einer entsprechenden Prüfung unterzogen wird und gegebenenfalls auch eine Neugestaltung durchgeführt wird. Diese Überprüfung seitens des Hauses ist in Arbeit. Was ich auch noch erwähnen möchte, ist auch im Einvernehmen mit dem Vorstand, dass die Finanzabteilung dieses Hauses, vielleicht der Mag. Hochgatterer, in Zusammenarbeit mit Röd@ die entsprechende Finanzgebarung des Hauses durchschauen, nachschauen, Einsicht nehmen wird, vielleicht auch mit entsprechenden Vorschlägen dem Haus helfen wird, wie gewisse finanzielle Gestaltungen möglich sind. Diese beiden Berichte möchte ich als Abrundung in dem Verhältnis mit Röd@ darstellen und ich ersuche jetzt um entsprechende Abstimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Wir kommen nun zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den ersuche ich ein Zeichen zu geben. Dafür SPÖ, ÖVP, GAL, LIF. Wer ist dagegen? 3 FPÖ (GR Fröhlich, GR Payrleithner, GR Toman). Wer übt Stimmenthaltung? 3 FPÖ (Vzbgm. Dr. Pfeil, StR Eichhübl, GR Reznar). Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Eines möchte ich vielleicht schon noch sagen. Herr Kollege Kupfer, ich habe das Gefühl, sie sind der größte Insider, das ist aus ihrem Beitrag hervorgegangen.

Unverständlicher Zwischenruf von GR Andreas Kupfer

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Da ist eh nichts dagegen einzuwenden. Ich möchte nur sagen, weil es halt Jugendliche sind und weil wir das eh wollen. Aber die Meldung, wir sind im Herbst zahlungsunfähig, ist normalerweise keine gute Aussage in der Öffentlichkeit, die einen Geldgeber, einen Förderer dazu veranlasst, eine Subvention zu beschließen. Weil normalerweise findet das genau wenn es befürchtet wird, nicht statt. Ich möchte das nur sagen, es ist nicht nur so, dass vielleicht der eine oder der andere aus unserem Kreis im Gemeinderat einen Sager macht zur Jugendkultur, sondern sie machen selber ja auch Sager

und da müssen sie sich auch ein bisschen überlegen, wie das geht. Natürlich brauchen wir für die Jugend eine zeitgemäße Form und Betätigungsmöglichkeit und das findet wahrscheinlich dankenswerterweise mittlerweile dort statt und wir unterstützen das auch. Wir haben das auch im Laufe der Zeit beträchtlich aufgestockt, aber natürlich immer nur die rote Karte, das hat halt auch keiner so gerne. Das muss man sich schon einmal überlegen. Das haben wir schon einmal gehabt, das ist mir auch noch in unangenehmer Erinnerung, das war im Zusammenhang mit der Vorwärts. Die haben uns auch immer nur die rote Karte gezeigt, das soll man nicht tun. Man soll schauen, was man miteinander machen kann. Das meine ich jetzt nur, als einer der sich auch bemüht hat, dazu.

Nun den letzten Punkt, Herr Spanring bitte.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Der letzte Antrag betrifft den Literaturpreis der Stadt Steyr - Statutenänderung.

In den Sitzungen des Stadtsenates vom 30. März 1995 und der des Gemeinderates vom 27. April 1995 wurden die Teilnahmebedingungen des „Literaturpreises der Stadt Steyr für junge Autorinnen und Autoren“ beschlossen.

Dieser Wettbewerb wurde im Jahre 1999 zum ersten Mal als „Literaturpreis der Stadt Steyr“ ausgeschrieben und durchgeführt. Heuer soll der „Literaturpreis der Stadt Steyr“ wiederum ausgeschrieben werden. Die FA für Kulturangelegenheiten im GB VI hat die Statuten für diesen Preis im Einvernehmen mit dem stadträtlichen Kulturreferenten und der Empfehlung des gemeinderätlichen Kulturausschusses - Sitzung vom 15. Februar 2001 - in Absprache mit der FA für öffentliche Rechtsangelegenheiten und Verfassungsdienst im GB I geändert, damit die Bedingungen unabhängig vom Veranstaltungsjahr anwendbar sind. Neu ist dabei die Altersgrenze von 35 Jahren und die Zuständigkeit des Stadtsenates für die jeweilige Konkretisierung. Um die Sponsoren gleichberechtigt in die Vergabe und Bewerbung des Literaturpreises einbinden zu können, wurde eine Umbenennung der Auszeichnung von „Literaturpreis der Stadt Steyr“ in „Literaturpreis Steyr“ und die damit verbundene Statutenänderung vorgenommen.

Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

34) K-119/00 Literaturpreis Steyr; Statutenänderung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Kulturangelegenheiten vom 7. März 2001 werden die geänderten Statuten des „Literaturpreises Steyr“ genehmigt. (Beilage)

Bevor wir zur Diskussion und Abstimmung kommen, darf ich sie, um den Akt entsprechend gleichzustellen, ersuchen, dass wir in den Teilnahmebedingungen unter Punkt 1.1 den Stichtag 1. Juni auf 1. Juli ändern, um sie mit dem „Literaturpreis Steyr“ 2001 „Teilnahmeberechtigt sind Personen, die nach dem 30. 6. 1966 geboren sind“ in Gleichklang zu bringen.

Ich ersuche um Diskussion und Genehmigung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wir haben also noch diesen Änderungsvorschlag gehört, er steht somit im Antrag zur Debatte. Wünscht dazu jemand das Wort? Das ist nicht der Fall, wir kommen daher gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den ersuche ich ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall, somit ist der Antrag einstimmig beschlossen.

Ich darf ihnen mitteilen, dass wir am Ende unserer Tagesordnung angelangt, heute S 54.136.000,-- ausgegeben, bzw. die Ausgabe dieses Betrages zur Kenntnis genommen haben.

Ich darf fragen, ob die SPÖ zur „Aktuellen Stunde“ ein Thema hat?

STADTRAT GERHARD BREMM:

Nein.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

FPÖ?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Nein.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

ÖVP?

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Nein.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Grüne?

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Nein.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

LIF?

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Nein.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich bedanke mich herzlich für die Mitwirkung und schließe die Sitzung.

ENDE DER SITZUNG: 20.14 UHR.

Der Vorsitzende:

Bürgermeister Hermann Leithenmayr

Die Protokollführer: OAR Anton Obrist, Gabriele Obermair

Die Protokollprüfer: GR Rudolf Blasi, GR Kurz Apfelthaler